

Die Debatte um das Mauergedenken in Berlin Pressestimmen

(für Zeitgeschichte-online zusammengestellt von Irmgard Zündorf und Katharina Günther)



Fotos: Hans-Hermann-Hertle

08.12.07 Der Tagesspiegel S.25

Schmitz, André

Aus der Geschichte lernen. Die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße. Eine Erwiderung

2.12.07 Der Tagesspiegel S.27

Hoffman-Axthelm, Dieter

Rennstrecke des Erinnerns. Der Ausbau der Berliner Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße ist Unfug. Eine Polemik

10.11.2005 Berliner Zeitung S.20

mm./dpa

Mauerfall.

Kerzen und Rosen erinnern an den Herbst 1989

9.11.2005 die tageszeitung

Philipp Gessler

"Sie taten, was alle gern getan hätten"

Die Historikerin Marion Detjen hat die Geschichte der Fluchthelfer dokumentiert. 16 Jahre nach dem Mauerfall sei es an der Zeit, dass herausragende Fluchthelfer geehrt werden.

taz: Frau Detjen, Sie haben die erste Monographie über die Fluchthilfe nach dem Mauerbau 1961 geschrieben: Ist es ein Skandal, dass kein Fluchthelfer bis heute öffentlich geehrt wurde?

Marion Detjen: In gewisser Weise passt dies zu den Persönlichkeiten. Das sind außergewöhnliche Biografien, zum Teil Außenseiter, die nie Ehrungen bekommen haben. "Skandal", das ist immer ein großes Wort. Aber es wäre schon an der Zeit, dass zumindest

einige der herausragenden Persönlichkeiten in irgendeiner Weise eine öffentliche Ehrung erfahren.

Wie erklären Sie sich die doch ziemlich überraschende Tatsache, dass kein Fluchthelfer für seine Taten öffentlich geehrt wurde?

Wahrscheinlich, weil das Thema insgesamt politisch zu umstritten ist und noch zu sehr assoziiert wird mit den Schattenseiten der Fluchthilfe in den 70er-/80er-Jahren, mit den anrüchigen Milieus, in denen Fluchthelfer sich dann später auch bewegt haben. Die frühen Fluchthelfer haben auch nie von sich aus den Versuch gemacht, dieses Schweigen zu überwinden.

Sie sprechen in Ihrem Buch von einer "Heldenzeit". Sind die Fluchthelfer, zumindest in der frühen Zeit, für Sie Helden?

Ich habe den Begriff "Heldenzeit" in Anführungsstriche gesetzt, als eine Art Ausnahmezeit unmittelbar nach dem Mauerbau, als die Politik ohnmächtig schien. Die studentischen Fluchthelfer der ersten Stunde hatten die Zeit, die Ressourcen, die Kontakte und den Idealismus, um die Mauer zu überwinden, während alle anderen im bürgerlichen Leben verhaftet waren, mit Kindern, mit Beruf, mit Arbeit, und sich solche wilden Aktionen gar nicht leisten konnten, obwohl sie sie moralisch unterstützten. Die frühen Fluchthelfer waren "Helden", weil sie das taten, was alle gern getan hätten, aber nicht tun konnten.

Für die Öffentlichkeit oder für Sie?

Für die damalige Öffentlichkeit. Aber für mich ... Helden? Es gibt eine Reihe ehemaliger Fluchthelfer, die ich selbst sehr mag und bewundere.

Warum ist dieses Thema "Fluchthilfe" so lange aus der Öffentlichkeit, ja auch aus der Geschichts- oder Politikwissenschaft verschwunden?

Weil es sehr schwierig ist, mit den Unsicherheiten der Bewertung umzugehen, die mit diesem Thema verknüpft sind - etwa die Bewertung der Motive der Flüchtlinge, die werden ja zum Teil immer noch diskreditiert als Wirtschaftsflüchtlinge. Dann die Rolle der Fluchtbewegung ganz grundsätzlich: Welchen Anteil hatte sie am Zusammenbruch der DDR? Wie verhielt sie sich zu der eher reformorientierten Opposition in der DDR? Inwieweit war nicht nur das Regime der DDR unrechtmäßig, sondern vielleicht der ganze Staat? Dies sind alles Fragen, bei denen immer noch nicht genug Abstand da ist, um sie nüchtern zu klären. Das sind Operationen am lebendigen Leib, die wehtun. Da muss erst eine jüngere Generation kommen, um sich an solche Themen heranzutrauen.

Sie beschreiben, wie es der Desinformationsabteilung der Stasi gelang, ab einem gewissen Zeitpunkt Fluchthelfer mit Hilfe von westlichen Medien zu diskreditieren. Wie konnte das so leicht gelingen? Musste da nicht vorher schon eine ähnliche Grundstimmung in Westdeutschland da sein?

Da spielten die Eigengesetzlichkeiten der westlichen Medien und ihre Entwicklung eine große Rolle. Zunächst bestand ja Anfang der 60er-Jahre in den Medien ein Schweigekonsens. Um die Fluchthelfer und die Fluchtwege zu schützen, schrieb man nicht über sie. Tragischerweise wurde dieser Konsens von den Fluchthelfern selbst zum ersten Mal gebrochen, weil sie, verzweifelt auf der Suche nach Geld, ihre Geschichten an die Presse verkauft haben. Gerade die Bildmedien waren vor allem am Sensationsgehalt dieser Geschichten interessiert. Da konnte es leicht passieren, dass die so genannten Heldengeschichten umschlugen in angebliche Verbrecher- oder Ganovengeschichten. Die Kommerzialisierung der Fluchthilfe, die ja in gewisser Weise wegen der steigenden Kosten zwangsläufig war, war natürlich sehr hilfreich, um die Fluchthilfe insgesamt zu diskreditieren. War es ein Sündenfall, dass sich die Fluchthilfe kommerzialisierte - oder eine schlichte Notwendigkeit, weil man Geld brauchte?

Die kleinen Geschäftsleute unter den Fluchthelfern hatten nicht die Skrupel, die die Studenten hatten, wenn sie Geld nahmen. Dann aber wurden auch bei diesen die finanziellen Zwänge immer drückender. Zunächst versuchte man, die Kosten über private Spenden abzudecken. Es gab Zahlungen aus den Geheimfonds des Gesamtdeutschen Ministeriums - zusammen mit Pressehonoraren und freiwilligen Zahlungen der Flüchtlinge.

Bei der Girmann-Gruppe war es irgendwann so, dass sie mit über 100.000 Mark verschuldet war. Je drückender diese Zwänge wurden, desto mehr zogen sich die skrupulösen, die idealistischen Fluchthelfer zurück und überließen das Feld Helfern, die eben weniger Skrupel hatten, auch wenn manche durchaus auch politischen Widerstand leisten wollten. Aber deren politische Motive waren dann so stark, dass darüber das konkrete Schicksal des Flüchtlings und die Risiken manchmal vergessen wurden.

Sie schreiben: Zumindest in einer kurzen Phase während der Flucht waren die Flüchtlinge total abhängig von ihren Helfern, in gewisser Weise hatte der Fluchthelfer Macht über den Flüchtling. Wurde gelegentlich auch diese Macht missbraucht?

Es gab ganz vereinzelt in den 70er- und 80er-Jahren Fluchthelfer, die wirklich Verbrechertypen waren, die auch hier im Westen dann strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden sind. Aber generell war der Flüchtling immer, wenn die Flucht gut ging, sehr, sehr dankbar. Auch die kommerziellen Fluchthelfer der 70er-Jahre haben zu den Flüchtlingen, bei denen die Flucht glückte, noch heute gute Kontakte und freundschaftliche Beziehungen. Anders bei den Flüchtlingen, bei denen die Flucht schief ging, die im Gefängnis landeten: Wenn die irgendwie den Verdacht bekamen, dass bei den Fluchthelfern andere Motive als nur die reine humanitäre Hilfe im Spiel waren, konnten die in den DDR-Gefängnissen sehr leicht aufgebracht werden gegen die Fluchthelfer im Westen.

Eines Ihrer Themen ist das stetige Wechselspiel zwischen Politik und Fluchthilfe. Welche Rolle spielte die teilweise Sympathie mancher 68er für das sozialistische Projekt DDR? Hat diese Sympathie später die Fluchthilfe immer mehr erschwert oder diskreditiert?

Diskreditiert hat es die Fluchthilfe bestimmt, aber auch die Entspannungspolitiker wussten zu allen Zeiten, dass die Flüchtlinge das Recht der Bundesrepublik auf ihrer Seite hatten. Das Grundgesetz schützte die Fluchthilfe, man konnte sie nicht verbieten, weder die kommerzielle noch die politisch missliebige oder den Missbrauch der Transitwege. Aber es war sicherlich so, dass ab Mitte der 70er-Jahre die gesamte westdeutsche Öffentlichkeit und Politik gegen die Fluchthilfe aufgestellt war. Es wurde versucht, zumindest die Delikte möglichst konsequent zu verfolgen, die fast zwangsläufig bei der Fluchthilfe begangen werden mussten - nämlich die ganzen Urkundendelikte, unerlaubter Waffenbesitz, Zollvergehen oder so lächerliche Dinge wie Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung, wenn ein Auto umgebaut wurde. Allerdings: Strafrechtlich verurteilt wurde nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der kommerziellen Fluchthelfer.

Warum war man sich auf DDR- und BRD-Seite eigentlich so einig, dass die kommerziellen Fluchthelfer zu verurteilen seien?

Auch in Westdeutschland gab es in breiten Bevölkerungsteilen Ressentiments gegen Kommerzialisierung überhaupt, und gegen Handlungen, die nicht strafbar sind, aber in einem Bereich stattfinden, der gesetzlich nicht geregelt ist, so wie die Fluchthilfe eben war. Das hatte dann etwas Anrüchiges - sehr viel mehr als etwa in den USA. Die amerikanische Presse hatte mit dem kommerziellen Element nie so ein Problem. Es war aber auch objektiv ein Dilemma: Man brauchte die Verhandlungen mit der DDR, um das Los ganz vieler Menschen zu erleichtern. Es wurden beispielsweise 250.000 Menschen im Rahmen der Familienzusammenführung und 34.000 Häftlinge herausgekauft. Gerade aber die Gruppe der Flüchtlinge, die in der DDR eigentlich ein bequemes Leben hätten führen können, die gut ausgebildet waren, aber die Freiheit wollten, auch die Freiheit zu Konsumentenscheidungen im Westen - für diese Gruppe konnte die Bundesregierung lange Zeit nichts tun. Das war die Zielgruppe für die kommerziellen Fluchthelfer.

Hätte sich die Politik im Westen auch in den 70er-, 80er-Jahren klarer zur Fluchthilfe bekennen müssen oder war es richtig, wegen der "Wandel durch Annäherung"-Politik etwas auf Distanz zur Fluchthilfe zu gehen?

Das ist eine politische Frage, da muss ich kurz überlegen. Meine persönliche Meinung ist: Es hätte einigen Politikern der sozialliberalen Koalition gut angestanden, nicht immer nur auf das kommerzielle und anrüchige Moment der Fluchthilfe zu verweisen, sondern auch immer deutlich zu machen, dass erst das Grenzregime der DDR diese Fluchthilfe erzeugt hat. Es liegt auch eine gewisse Ironie darin, dass die Karikatur des Kapitalisten, die der

kommerzielle Fluchthelfer darstellt und die von der DDR-Propaganda stark ausgeschlachtet wurde, erst durch die Diktatur der DDR so hervorgerufen worden ist.

Die Fluchthilfe hatte nicht wirklich Auswirkung auf den Zusammenbruch der DDR, das war eher der große Strom der Ausreisewilligen in den 80er-Jahren.

Die Fluchthilfe wurde Anfang der 80er-Jahre praktisch bedeutungslos - da fielen die Zahlen unter 100, ja 50 Flüchtlinge pro Jahr. Ab 1984 mit der großen Ausreisewelle brauchten auch die Ingenieure und Ärzte, die gut ausgebildeten Menschen diesen auch für sie riskanten und gefährlichen Weg der Fluchthilfe nicht mehr. Sie hatten den Ausreiseantrag als Alternative.

Bei vielen SED-Opfern sieht man häufig eine gewisse Verbitterung, dass ihr Leiden nicht oder zu wenig anerkannt wird. Beobachten Sie solche Verbitterung auch bei Fluchthelfern, dass ihre Taten nicht gewürdigt werden?

Das kann man nicht generalisieren. Einige, vor allem die, die in Haft waren, die zum Teil sehr traumatisiert sind, weil sie schreckliche Erlebnisse hatten, die sie nicht verwunden haben, leben noch heute in Verbitterung - und zum Teil in Paranoia. Wieder andere, vor allem die aus der so genannten Heldenzeit, sind sehr souverän im Umgang mit ihrer Geschichte und verstehen sich auch nicht als Opfer.

Was lernen wir denn aus der Geschichte der Fluchthilfe: etwa, dass auch eine idealistische Idee sich im Laufe der Zeit korrumpieren kann?

Vielleicht, dass Menschen ein idealistisches Projekt, wenn es von der Diktatur in die Mangel genommen wird, aus der Hand gleitet und sie mitgerissen werden von einer Entwicklung, die sie überhaupt nicht mehr steuern können, sondern die von der Diktatur gesteuert wird. Die Fluchthelfer haben sich nicht selber korrumpiert, sondern die Fluchthilfe ist von der DDR korrumpiert worden. Ich selbst habe vor allem gelernt, unser Grundgesetz zu bewundern, das entgegen allen politischen Hin und Hers und allen gesellschaftlichen Stimmungen durch alle Jahrzehnte hindurch den Menschen in der DDR dieses Freiheitsversprechen gegeben hat und auch einlösen konnte. Das finde ich wirklich eine großartige Leistung unserer Verfassung, die bisher noch überhaupt nicht anerkannt oder verstanden worden ist.

Sie haben kleine Kinder: Können die noch etwas mit dem Thema Mauer anfangen? Wie wollen Sie irgendwann einmal den Kindern erklären, was die Mauer war?

Die Kinder verstehen sehr gut, was es bedeutet, wenn eine Familie zerrissen wird durch eine Mauer, wie es zehntausendfach der Fall war. Es gibt bisher keine Kinderbücher, die dieses Thema irgendwie angemessen aufarbeiten würden - ich habe schon überlegt, ob ich nicht eines schreiben soll. Meine Kinder würden sich das sogar wünschen

<http://www.taz.de/pt/2005/11/09/a0236.nf/text.ges.1>

9.11.2005 Märkische Allgemeine Zeitung S.14

Multimediale Chronik der Mauer.

Potsdamer Historiker beteiligt

9.11.2005 Der Tagesspiegel

Marc Neller/ Lars von Törne

Mauergedenkstätte hat mehr Besucher als je zuvor

Tägliche Andachten erinnern an Opfer der Teilung

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/09.11.2005/2163413.asp>

7.11.2005 Spiegel 45/2005 S.70

Andreas Wassermann/ Steffen Winter

Gedenkstätten

Schleichende Übernahme. 16 Jahre nach dem Mauerfall versuchen ehemalige DDR-Grenzer, ihre Verantwortung für Tretminen und Todesschüsse zu verharmlosen.

7.11.2005 Berliner Zeitung S.17

Thomas Rogalla

Den Maueropfern ein Gesicht geben – nicht nur am 9. November

Gedenkstätte will mit Berlinern Biographien der Opfer erforschen

Wer war Ernst Mundt, der am 4. September 1962 von einem DDR-Grenzer bei der Flucht über die Mauer an der Bernauer Straße tödlich getroffen wurde? Was trieb die damals 18-jährige Marinetta Jirkowsky dazu, am 21. November 1980 bei Hohen Neuendorf über die Mauer zu klettern? Schüsse aus einer MP setzten ihrem Leben ein Ende. Warum starb 1975 im Sperrgebiet bei Sacrow der 21-jährige Lothar Hennig?

Viele Schicksale der Mauertoten sind noch ungeklärt. Die Zentrale Gedenkstätte und die Versöhnungsgemeinde in der Bernauer Straße wollen nun auf neue Weise der Maueropfer gedenken, sie aus der Anonymität holen und ihnen auch außerhalb offizieller Gedenktage Namen und Gesicht geben. Denn üblicherweise wird nur zwei Mal im Jahr, am 13. August und am 9. November, des Mauerbaus und der Opfer des DDR-Regimes gedacht.

Namen aus dem Totenbuch

Das neue Gedenkritual soll immer werktags dienstags bis freitags um 12 Uhr in der Versöhnungskapelle auf dem Mauerstreifen an der Bernauer Straße stattfinden: Dann wird im Rahmen der kurzen mittäglichen Andacht ein Lektor jeweils eines der bereits bekannten Mauerschicksale aus dem in der Kapelle aufbewahrten "Totenbuch" vortragen. 244 Namen von Maueropfern sind in einer Datenbank enthalten, ihr Leben ist jedoch oft nur in Grundzügen bekannt. Zwei Mitarbeiter der Gedenkstätte und Potsdamer Historiker arbeiten an der weiteren Aufklärung einzelner Biografien.

In einer mehrmonatigen Probephase nahmen die Funktion des Lektors Mitarbeiter der nahen Lazarus-Gemeinde, der Gedenkstätte, der Evangelischen Kirchenleitung und des Bürgerbüros wahr. Die Initiatoren des neuen Gedenkrituals wünschen sich, dass dieser Kreis durch interessierte Berliner erweitert wird. "Wir rufen alle Interessierten dazu auf, sich für dieses Projekt zu engagieren und mitzuhelfen, dass die Toten der Mauer nicht vergessen werden", sagt Manfred Fischer, Pfarrer der Versöhnungsgemeinde. Auf ihn geht die Idee zurück, angeregt auch von Andreas Nachama, Direktor der Topographie des Terrors. Fischer und die Projektleiterin der Mauer-Gedenkstätte, Maria Nooke, würden sich insbesondere über die Beteiligung von Schülern oder Schulklassen freuen - viele der Maueropfer waren Jugendliche.

Das bewusst stille, mit Gebet und Fürbitte umrahmte Gedenkritual in der Versöhnungskapelle an der Bernauer Straße ist damit unausgesprochen der Gegenentwurf zu der spektakulären, mittlerweile abgerissenen Mauerkreuzinstallation am Checkpoint Charlie. "Wir wollen die Getöteten würdigen, aber eine Heroisierung ist nicht unser Ziel," betont Nooke. Dass der christliche Rahmen des Gedenkens nichtgläubige Berliner oder etwa muslimische Schüler von einer Mitarbeit abhalten könnte, glaubt Pfarrer Fischer eher nicht: "Wir sind für alle offen, die sich ernsthaft für das Gedenken an die Mauertoten engagieren wollen."

Am kommenden Mittwoch, dem 16. Jahrestag des Mauerfalls, werden unter anderem Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und die Stasiakten-Beauftragte Marianne Birthler in der Zentralen Gedenkstätte Bernauer Straße der Mauertoten gedenken. Ein Dokumentarfilm zeigt abends den berühmten Sprung des Volkspolizisten Conrad Schumann, der am 15. August 1961, die Kalaschnikow wegwerfend, über den Stacheldraht in die Freiheit rannte. Erinnert wird auch an spätere Fluchtversuche, die hunderte Flüchtlinge mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit bezahlten.

Zur Mauergedenkstätte gehört ein 60 Meter langes Stück des Original-Todesstreifens und das Dokumentationszentrum Berliner Mauer. Die Versöhnungskapelle daneben erinnert an die Versöhnungskirche. Der Senat will eine Gedenklandschaft errichten.

Die Feierlichkeiten am 9. November beginnen um 10 Uhr mit einem Posaunenruf. Um 12.30 Uhr gibt es eine öffentliche Führung, um 19.30 Uhr zeigt ein Film im

Dokumentationszentrum, wie die SED tausende Anwohner aus der Bernauer Straße vertreiben ließ.

Für eine Beteiligung an dem täglichen Totengedenken wenden sich Interessierte an die Gedenkstätte, Bernauer Straße 111 in Mitte (Tel.: 464 10 30) oder die Versöhnungsgemeinde (Tel. 463 60 34). Internet: www.berliner-mauer-dokumentationszentrum.de
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/1107/lokales/0030/index.html>

5.11.2005 Der Tagesspiegel

Werner von Bebbler

Mein Name ist Charlie, Checkpoint Charlie

Die Gegend um den legendären Kontrollpunkt wäre gerne etwas Besseres. Besuch am einst heißesten Ort des Kalten Krieges

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/05.11.2005/2150234.asp>

22.10.2005 Berliner Zeitung

Christiane Braunsdorf

"Wir wollen den Toten ihre Würde wiedergeben"

Berliner Wissenschaftler erstellen ein Totenbuch über die Opfer der Mauer

Mitte - An der Schillingbrücke springt Werner Probst ins kalte Wasser der Spree. Der 25jährige zittert - nicht nur vor Kälte, auch vor Angst. Sein Ziel: das andere Ufer. Der Westen. Probst, "Bürger der DDR", kämpft sich durch die kalten Fluten. Um 22.20 Uhr wird es plötzlich taghell um ihn herum - ein DDR-Grenzsoldat hat ihn mit einem Suchschweinwerfer erfaßt. Sekunden später knallen zwei Warnschüsse - Probst bricht in Panik aus, taucht ab. Endlich erreicht er die rettenden Stufen des Kreuzberger Kais, wühlt sich schon in Sicherheit. Doch jetzt schießen die Grenzer gezielt - Probst wird in die Brust getroffen. Blutend stürzt er auf das Westberliner Ufer. Die Ostberliner Wasserschutz-Polizei zerrt ihn in ihr Boot, dort stirbt er. Der Fall Werner Probst, geschehen am 14. Oktober 1961, ist einer von Hunderten Todesfällen an der Berliner Mauer. Nicht immer sind die Akten so handfest wie in seinem Fall. Bis heute existieren keine genauen Zahlen über die Mauertoten.

Detektivarbeit über 40 Jahre nach der Tat

Forscher vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen wollen jetzt klären, wie viele Menschen zwischen 1961 und 1989 bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer wirklich starben. Ihr Ziel: ein Totenbuch für die Opfer.

Dr. Hans-Hermann Hertle hat die Zahlen genau im Kopf: "244 Fluchtversuche mit tödlichem Ausgang haben wir in der Datenbank", erläutert er. "Unsere Aufgabe ist es zu klären, wie viele davon Selbstmorde oder Unfälle gewesen sind - etwa, wenn jemand in der Spree ertrunken ist." Doch wie läßt sich nach manchmal über 40 Jahren noch klären, wer schuld ist am Tod eines Menschen? "Das ist häufig ein Puzzlespiel", erklärt Politikwissenschaftler Hertle. Sein Team aus zwei Wissenschaftlern und zwei Studenten durchforstet Akten aus ganz unterschiedlichen Quellen, sucht nach Parallelen oder Widersprüchen. "Die Berichtsakten der Grenztruppen sind zunächst die Grundlage", so Hertle. "Dann gibt es noch Berichte der Ost- und Westberliner Polizei, der DDR-Staatssicherheit und natürlich Zeitungs- und Rundfunkberichte." 134 der 244 Todesfälle konnten inzwischen gesichert als Mauertote identifiziert werden. In 86 Fällen ist sogar der Tathergang eindeutig geklärt - durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. "Es sind Akten aus den Mauerschützen-Prozessen."

2004 wurde das letzte dieser Gerichtsverfahren abgeschlossen. Erst danach konnte Hertles Team mit der Arbeit beginnen. Und es sind oft grausame Geschichten, die er liest: Den Angehörigen der bei der Flucht Ermordeten wurde oft die Geschichte erzählt, Vater oder Sohn habe Selbstmord begangen. Die Stasi konstruierte "Tatorte", schaffte sogar "Zeugen" herbei, die die Leiche im Wald gefunden haben sollten.

In zwei Jahren soll eine Ausstellung in der Mauergedenkstätte Bernauer Straße die Forschungs-Ergebnisse dokumentieren. "Wir wollen den Toten endlich ihre wahre Geschichte zurückgeben", sagt Maria Nooke, Projektleiterin in der Gedenkstätte.

<http://bz.berlin1.de/aktuell/berlin/051023/mauer.html>

08.10.2005 Die Welt

Mathias Stengel

Vorerst beigelegt: Streit um Mauerkreuz-Provisorium

<http://www.welt.de/data/2005/10/08/786285.html>

07.10.2005 Berliner Zeitung S. 19

xskh.

Mauerkreuze am Reichstag bleiben stehen

Bezirk Mitte sieht von einer Räumung vorerst ab.

Vierzehn weiße Kreuze mahnen an der Ebertstraße neben dem Reichstag zum Gedenken an die Mauertoten. Vor drei Wochen beschloss das Bezirksamt Mitte, die Gedenkstätte noch im Oktober zu räumen. "Die Stelle war von Anfang an nur ein Provisorium", erklärt die Sprecherin des Bezirks, Karin Rietz. Die Kreuze waren aufgestellt worden, nachdem der ursprüngliche Ort des Gedenkens direkt an der Spree wegen Bauarbeiten nicht mehr zugänglich war. Bezirk, Senat und Opferverbände hätten sich darauf verständigt, dass die Kreuze beseitigt würden, sobald die neue Gedenkstätte fertig gestellt sei, so Rietz.

Dies ist jetzt der Fall, doch weil die Stimmung nach der Räumung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie aufgeheizt ist, verhindert der Senat eine weitere Räumung. "Wir wollen keine isolierte Aktion, bevor nicht Ende des Jahres das Gesamtkonzept Berliner Mauer genehmigt wird", sagt Gedenkstätten-Referent Rainer Klemke. Dies habe er auch dem Bund der Mitteldeutschen, der für die Mauerkreuze an der Ebertstraße verantwortlich ist, mitgeteilt. Daraufhin startete der Verband eine Unterschriftenaktion gegen die Politik des Bezirks. Dieser ruderte gestern zurück. "Wir machen erstmal gar nichts und warten das Gesamtkonzept des Senats ab", sagte Sprecherin Karin Rietz.

Langfristig ist die Räumung jedoch beschlossene Sache. "Wenn die Gedenkstätte am historischen Ort fertig ist, gibt es eine Doppelung und dann kann eine Stätte weg", so Senatsvertreter Klemke. Die Sorge der Opferverbände, der neue Ort an der Spree liege abseits der Touristenströme, hält er für unbegründet. "Der Senat wird dafür sorgen, dass die Besucher zeitgeschichtlich informiert werden."

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/1007/lokales/0066/index.html>

04.10.2005 Das Parlament S. 20

Kailitz, Susanne

Gedenken am besonderen Ort

Spreeweg und Mauermahnmal für die Öffentlichkeit freigegeben

06.10.2005 Der Tagesspiegel S. 12

ari

Mauerstreifen: Amt will mit Investor reden

SPD-Expertin wundert sich über Flierls Taktik

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/06.10.2005/2098471.asp>

29.09.2005 Neues Deutschland

Nölte, Karin

Baugrube mitten im Mauerkonzept

Investor ließ Bagger rollen, während der Senat das Planungsrecht übernahm.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=78741&IDC=5&DB=O2P>

29.09.2005 Berliner Zeitung S. 40

Mahnmal. Mauerreste im Bundestagsgebäude

BERLIN. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse präsentiert der Öffentlichkeit heute um 14 Uhr das Mauer-Mahnmal in dem zum deutschen Bundestag gehörenden Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Das Mahnmal besteht aus Mauersegmenten, die dem ursprünglichen Verlauf der Mauer an diesem Ort folgen. Sie wurden von dem Bildhauer Ben Wargin mit Zahlen- und Jahresangaben der bei Fluchtversuchen zu Tode gekommenen Menschen versehen. Eine Informationstafel gibt weitere Auskunft zum Mahnmal. Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus befindet sich am Platz der Republik 1.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0929/politik/0135/index.html>

29.09.2005 Berliner Zeitung S. 21

Paul, Ulrich

Schöne Aussichten

Der neue Uferweg im Parlamentsviertel ist fertig - und auch Berlins "Spanische Treppe" Sechs Jahre nach dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin ist der schönste Platz im Parlamentsviertel fertig gestellt: der Spreeplatz zwischen dem Paul-Löbe- und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Besonderes Kennzeichen: eine Freitreppe am nördlichen Ufer der Spree mit bester Aussicht auf den Reichstag.

Heute um 11 Uhr eröffnen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (beide SPD) die Uferpromenade am Schiffbauerdamm, die zu dem neuen Platz mit der Treppe führt. Damit ist der Aussichtspunkt am Spreebogen nun für jedermann zugänglich. Schon lange wird die vom Münchner Architekten Stephan Braunfels entworfene Freitreppe als "Spanische Treppe" im Parlamentsviertel bezeichnet. Mit 60 Stufen ist sie allerdings etwas kleiner als das Original in Rom (136 Stufen). Wer auf der Berliner Treppe sitzt, der blickt in Richtung Südwest - tagsüber also genau in Richtung Sonne.

Architekt hofft auf ein Café

Die bis zu 25 Meter breite Treppe führt eigentlich nirgendwo hin. Wer die Stufen hoch läuft, gelangt auf eine große Terrasse 9,50 Meter oberhalb des Uferweges. Ursprünglich sollte die Treppe zu einem öffentlichen Eingang der Bundestags-Bibliothek führen, die sich im Lüders-Haus befindet, berichtete Architekt Braunfels. Doch "aus Sicherheitsgründen" habe der Bundestag auf den Einbau der Pforte verzichtet. Auch der Vorschlag von Braunfels, auf der Terrasse ein Café zu eröffnen, wurde abgelehnt. "Es hieß, wir finden niemals einen Pächter", sagt der Architekt. Er beurteilt dies anders. Der "Bundespressestrand" ganz in der Nähe habe gezeigt, dass es sehr wohl Bedarf für ein Café gibt. Deswegen hat der Architekt die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass es sich der Bundestag nochmal anders überlegt. Vorerst steht auf der Terrasse nur eine Bronze-Skulptur des italienischen Künstlers Marino Marini.

Der Spreeplatz am Fuß der Treppe ist der wohl ungewöhnlichste Platz in Berlin: er ist hundert mal hundert Meter groß und besteht hauptsächlich aus Wasser, nämlich aus der Spree. Zu betreten sind nur die Platzränder am Ufer vor dem Löbe- und dem Lüders-Haus, die ebenfalls von Braunfels entworfen wurden. Der Platz symbolisiert den Brückenschlag von Ost nach West und damit zugleich die Überwindung der Mauer. Denn hier verlief einst die Grenze zwischen den getrennten Stadthälften. Ein Geländer an den Ufern gibt es nicht. Treppen führen auf beiden Seiten zum Wasser - als wenn man über sie einfach zur anderen Seite rüberlaufen könnte.

Das vom Künstler Ben Wargin geschaffene Mauer-Mahnmal im Bibliotheksturm des Lüders-Hauses erinnert an die Teilung der Stadt. Ben Wargin hat auf die Betonteile die Zahl der

Toten für jedes Jahr geschrieben. Geöffnet ist das Mauer-Mahnmal zunächst am Freitag, Sonnabend und Sonntag von 13 bis 19 Uhr. Wegen Bauarbeiten wird der Zutritt ab dem 4. Oktober vorübergehend unterbrochen. In dem Raum soll noch eine Sicherheitsschleuse eingebaut werden.

Größere Bauarbeiten stehen an der Ostseite des Lüders-Hauses an. Dort sollen nach einem Beschluss der Bau- und Raumkommission des Bundestags weitere 330 Büros in einem Erweiterungsbau entstehen. Möglich wird dieser Anbau, den der Architekt Stephan Braunfels ausführen will, weil der Plattenbau an der Luisenstraße im vergangenen Jahr abgerissen wurde. Nachdem sich der Bund mit den Wertheim-Erben über eine Entschädigung für das Grundstück des Lüders-Hauses geeinigt hat, steht dem Bau nichts mehr im Wege. Die Vorsitzende der Bau- und Raumkommission, Irmingard Schewe-Gerigk (Grüne), sagte, in den Anbau sollen Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung einziehen. Rund 90 Millionen Euro soll der Neubau kosten. Einen Termin für den Baubeginn gibt es aber noch nicht.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0929/lokales/0024/index.html>

28.09.2005 Der Tagesspiegel S. 9

Oloew, Matthias

Bauherr durchkreuzt Pläne fürs Mauergedenken.

An der Bernauer Straße haben Bauarbeiten für ein Wohnhaus begonnen. Genau auf dem Gelände wollte Kultursenator Flierl eine Gedenkstätte schaffen.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/28.09.2005/2084358.asp>

27.09.2005 Der Tagesspiegel

Trotnow, Helmut

Die späte Wende beim Mauergedenken

„Die Landespolitik hat sich lange nicht für die Erinnerung an die Teilung interessiert.“

21.09.2005 Der Tagesspiegel S. 9

mne

Ein Stück Mauerkonzept. Flierl legt dem Senat einen Zwischenbericht vor

„Demnach wären 13 Millionen Euro nötig, um Grundstücke entlang der Bernauer Straße zu bekommen.“ [...] Flierl erwartet, dass sich der Bund mindestens zur Hälfte an den Kosten für den Ausbau der Gedenkstätte beteiligt.

21.09.2005 Der Tagesspiegel S. 8

apz

Tod ohne Verklärung. Flierls Museum des Kalten Krieges

21.09.2005 Neues Deutschland S. 11

Nölte, Karin

Der Mauer eine Erinnerungslandschaft.

Kultursenator gab Zwischenbericht zum Gedenkstättenkonzept. Grundstücke sind der Knackpunkt.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=78347&IDC=5&DB=O2P>

21.09.2005 Berliner Zeitung S. 21

Rogalla, Thomas

Ein Logo für die Mauer.

Senat stimmt Mauerkonzept zu / Früherer Todesstreifen in Mitte soll nicht bebaut werden.

Berlin hat einen ersten wichtigen Schritt für den Ausbau der zentralen Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße getan. Der Senat billigte am Dienstag ein entsprechendes inhaltliches Konzept von Kultursenator Thomas Flierl (PDS) sowie eine Vorlage der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer (SPD), für die baurechtliche Neuordnung des Gebiets. Flierls Papier sieht unter anderem vor, den noch freien ehemaligen Todesstreifen längs der Bernauer Straße und auf dem Nordbahnhofsgelände von Bebauung frei zu halten und zu einer Erinnerungslandschaft auszubauen. Allerdings sind zuvor noch schwerwiegende rechtliche und finanzielle Probleme zu lösen.

Nationale Aufgabe

Durch eine Änderung des Bebauungsplans soll verhindert werden, dass weitere Baugenehmigungen für das Mauerareal erteilt werden. Die Bausenatorin hat das Gelände (siehe Karte) rechtlich zum Gebiet "außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung" erklärt. Nach der ersten Senatszustimmung, die noch an diesem Donnerstag vom Rat der Bürgermeister abgesegnet werden soll, wird damit für den Senat der Weg frei, eine so genannte Veränderungssperre zu verhängen und einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Die Eile ist geboten, weil eine Reihe von Bauanfragen beim Bezirk Mitte vorliegen, die nach jetziger Rechtslage genehmigt werden müssten.

Zur Rechts- kommt die Kostenproblematik. Der Senat muss den Eigentümern (viele Grundstücke gehören dem Bund, manche Privaten) die Flächen abkaufen oder Entschädigungen zahlen. Flierl will erreichen, dass der Bund und die neuen Länder, die von den Grundstücksverkäufen profitieren, die Areale "aus gemeinsamem Interesse an der Erinnerungsarbeit" kostenfrei zur Verfügung stellen. Auch handele es sich bei Erhalt und Ausbau der Gedenklandschaft Bernauer Straße um eine "nationale Aufgabe", an der sich der Bund beteiligen müsse. Flierl will darüber mit der Bundeskulturbeauftragten verhandeln. Nach derzeitigen Schätzungen belaufen sich die Kosten für die Grundstücksfreihaltung auf rund 13 Millionen Euro. Der Finanzsenator, der das Konzept mitgezeichnet hat, machte deutlich, dass die Mittel dafür "im Rahmen der Prioritätensetzung" an anderer Stelle eingespart werden müssen.

Flierl soll nach den Verhandlungen im Dezember dem Abgeordnetenhaus sein Gesamt-Mauerkonzept vorstellen. Danach soll es unter anderem für die vielen Gedenkorte der Teilung Berlins ein "Mauer-Logo" und einheitliche Orientierungshilfen geben, mit deren Hilfe sich Einheimische und Touristen leichter zurechtfinden. Neben der "corporate identity" soll das Logo auch als Gütesiegel dienen, das der Senat nur an qualifizierte Anbieter, zum Beispiel Stadtführer, vergeben will.

Die Stadtentwicklungsverwaltung wird ein interaktives Internetangebot zur Mauer unter www.berlin.de ins Netz stellen. Im neuen U-Bahnhof am Brandenburger Tor sollen Bilder an die Teilung der Stadt erinnern, Touristen sollen dort Hinweise auf die zahlreichen Mauergedenkorte Berlins finden.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0921/lokales/0034/index.html>

10.09.2005 Der Tagesspiegel

mne

CDU kämpft nicht mehr für Mauerstücke.

Union präsentiert eigenes Gedenkstättenkonzept

10.09.2005 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 2

mk.

Konzept der CDU zum Mauergedenken.

„Die Geschichte legt die Orte fest“ / Gegen Museum des Kalten Krieges

29.08.2005 Die Welt

Gundlach, Sabine

Umstrittenes Bauprojekt des Umweltministeriums: Mauerreste hinter Glas

Neubau um Grenzanlagenrest sorgt vor erstem Spatenstich für Kritik - Bauhistoriker warnt vor Zerstörung des authentischen Denkmals

Der Streit um die Mauer am Nordbahnhof ist noch nicht beendet, da bahnt sich der nächste Konflikt an. Für den neuen Dienstsitz des Bundesumweltministeriums soll einer der letzten Reste originaler Mauer abgerissen und später in dem Neubau integriert werden.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) feiert heute den ersten Spatenstich für den neuen Berliner Dienstsitz des Ministeriums unweit des Potsdamer Platzes. An der Stresemannstraße 128-130 soll für 47,8 Millionen Euro ein Komplex aus denkmalgeschütztem Alt- und innovativem Neubau entstehen. Im Vorfeld des Baustarts wird jetzt Kritik am Umgang mit dem "Herzstück" genannten Kern des Neubaus laut. Zentrum des neuen Amtssitzes ist einer der letzten Reste Mauer, die auf der kleinen Brache links neben dem zu sanierenden Altbau steht. Genau dort, wo der 24 Meter hohe Neubau nach dem Entwurf von Geier Maass Pleuser Architekten geplant ist. Die Mauer soll zunächst abgerissen und später an gleicher Stelle in dem Neubau integriert werden. Hinter Glas, in einer nach Angaben der Architekten großzügigen Schneise, die sich bis zum Dach durchzieht.

Für Bauhistoriker Johannes Cramer ist dies ein "ungeheuerlicher Vorgang". Die denkmalgeschützte Mauer sei nach dem geplanten Eingriff "einfach nicht mehr authentisch", sagt der TU-Professor. In einem Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, bittet der Wissenschaftler Umweltminister Trittin "vor dem Hintergrund der laufenden Debatten zum Mauergedenken (...) auf eine Änderung der vorliegenden Planung hinzuwirken". Neben dem Verlust des Originals bemängelt Cramer auch, daß der neue Dienstsitz des Ministeriums keinen Platz mehr für das rotweiße Sperrgitter biete, das derzeit hinter der Mauer stehe. "Solche Details gehören auch zur Grenzanlage, die keineswegs nur aus Mauer bestand", so Cramer.

Selbst Trittins Parteifreund, der EU-Abgeordnete Michael Cramer, betrachtet den Bau um die Mauer kritisch. "Das ist sicher nicht die beste Lösung", sagt der grüne Politiker. Er betrachtet es "grundsätzlich als ein kulturhistorisches Verbrechen, daß für das Regierungsviertel Baupläne erstellt wurden, die die Mauer nicht berücksichtigen".

Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit versteht man die Aufregung nicht. "Wir stellen doch gerade die Mauer in den Mittelpunkt des architektonischen Konzeptes und erhalten sie als historisches Zeugnis für die Nachwelt", sagt Michael Schroezen. Der Leiter des Pressereferates betont, daß das Projekt beispielhaft sei. "Wir verhindern den Abriß und unterstützen die Neugestaltung Berlins."

<http://www.welt.de/data/2005/08/29/767348.html>

22.08.2005 Tagesspiegel

Neller, Marc

Baustelle Mauer

An der Bernauer Straße sollen die Reste des früheren Todesstreifens gesichert werden und die dortige Gedenkstätte aufwerten

Kränze, ernste Gesichter, kurze Andacht, Politikerreden, Beteuerungen, dass man die Erinnerung an jene nie verlieren dürfe, die beim Versuch, aus der DDR zu flüchten, umkamen – so sieht das Gedenkritual aus, das sich Jahr für Jahr am 13. August wiederholt – unter anderem an der Gedenkstätte Bernauer Straße. An ihr wird sich in den nächsten Wochen zeigen, was derlei Beteuerungen wert sind: Anfang September will sich der Senat mit einer Vorlage von Kultursenator Thomas Flierl (PDS) befassen. Der will die Gedenkstätte aufwerten, indem er dort den Todesstreifen wieder erfahrbar macht. Eine Expertengruppe hat für ihn einen Plan ausgearbeitet. Demnach sollen die letzten Reste des ehemaligen innerstädtischen Todesstreifens längs der Bernauer Straße erhalten werden, darunter ein halber Kilometer marode Hinterlandmauer auf dem Gelände des Nordbahnhofs.

Die Stadtentwicklungsverwaltung erstellt derzeit einen Plan, welche Grundstücke dafür gekauft oder getauscht werden müssten. Mindestens zehn Millionen Euro wird das nach mo-

mentanem Stand kosten. Geld, das Berlin und der Bund aufbringen müssten. Allein Berlin müsste etwa 3,5 Millionen Euro lockermachen.

Dass diese Pläne in wenigen Monaten reifen, liegt an Alexandra Hildebrandts inzwischen geräumter Mauerinstallation am Checkpoint Charlie. Sie löste eine Debatte aus, die ein Schlaglicht darauf warf, dass die Berliner Politik seit 1989 keine Idee hatte, wie mit der Teilungsgeschichte der Stadt umzugehen sei.

Nun soll der Plan her und die Bernauer Straße einen Bedeutungswandel erfahren. Jahrelang galt sie als abgelegen, plötzlich ist sie „nur zwei Stationen vom S-Bahnhof Friedrichstraße entfernt“, wie Flierls Gedenkstättenexperte Rainer Klemke sagt. Und Historiker wie Politiker diesseits und jenseits politischer Gräben loben nun die Chancen, die diese Gegend biete. So formuliert Klemke den neuen Common Sense, wenn er sagt: „Die Bernauer Straße ist der richtige Ort für das Mauergedenken. Es gibt kaum noch authentische Stellen, an denen die Brutalität der Trennung, mitten in der Stadt, auch für kommende Generationen ablesbar ist.“

Derzeit muss man noch einiges von der historischen Bedeutung der Bernauer Straße wissen, sonst sieht man nur eine schnöde, von Unkraut überwucherte Brache und krümelnden Beton am Nordbahnhof. Diese Reste sollen nun vorsichtig restauriert werden. Eine Gedenklandschaft soll dort entstehen, mit einem Informationsportal gegenüber dem Nordbahnhof: ein schlichter Pavillon, in dem ein Film über den Mauerbau gezeigt wird. Von dort aus könnten Informationstafeln durch die angrenzenden Gebiete führen, wo Denkmalschützer Grenzdetails wie Zäune und Barrieren gesichert haben.

Pfarrer Manfred Fischer ist hochofret über den Sinneswandel. Seit Jahren setzt er sich für den Gedenkort ein. Jetzt gehört er der „Mauer AG“ an – der Expertengruppe, die Flierl die Vorschläge zur Bernauer Straße unterbreitet hat. Manfred Wilke, ein Kollege Fischers, SED-Forscher und CDU-Mitglied, lobt: „Das Neue ist, dass die Debatten sehr offen geführt werden. Es gibt keine Fronten, sondern ein gemeinsames Ringen um das beste Konzept.“ Nicht unbedingt das beste Konzept sei es, einen Teil der Hinterlandmauer am Nordbahnhof wegen eines Fußballplatzes abzureißen. Das will sein Parteifreund, Mittes Bürgermeister Joachim Zeller. Noch ist nicht entschieden, wie die Sache ausgeht.

Doch nicht einmal die glühendsten Befürworter glauben, dass die Pläne ohne Weiteres umzusetzen sind. Schon die Billigversion, in der für zehn Millionen Grundstücke gesichert werden sollen, werde „eine Herausforderung“, sagt Gabriele Camphausen, Vorsitzende des Vereins Berliner Mauer. Das Land müsste die Mauergrundstücke erwerben, um deren Rückgabe die Altbesitzer ein Jahrzehnt lang vergeblich stritten. Auch Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin müsste einverstanden sein. Und das Bundesfinanzministerium, das über die „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ etliche Mauergrundstücke verwaltet, müsste darauf verzichten oder sie gegen andere Grundstücke tauschen. Aus Eichels Ministerium hieß es kürzlich, man sei an die Haushaltsordnung gebunden. Die sieht vor, dass Grundstücke Profit abwerfen müssen.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/22.08.2005/2003897.asp>

19.08.2005 Berliner Zeitung S. 23

Hoffmann-Axthelm, Dieter

Sind wir lebensmüde?

Beim Streit um die Gedenkstätte Bernauer Straße geht es um den Gemütszustand der Stadt. Die Berliner Politik gefällt sich derzeit in einem merkwürdigen Paradox: einem Übermaß an historischem Gedenken, im Dienste des Vergessens. Mauer- und Gedenkthemen scheinen die wichtigsten Fragen der gebeutelten Stadt zu sein. Aber der Eingeborene weiß, dass das nicht sein kann - er weiß, dass es nichts Zuverlässigeres gibt als die Berliner Geschichtsvergessenheit.

Das Paradox lässt sich allerdings auflösen. Vordergründig reicht es schon, sich nach den Terraingewinnen im kulturellen Tauziehen zwischen Ost und West umzusehen. Weiterblickend, wäre nach denjenigen Entscheidungen zu fragen, die man sich durch reichliches stadträumlich entfaltetes Gedenken erspart. Der jüngste, durch die Zeitungen gegangene

Streit um Denkmalschutz und Sportplätze auf dem Nordbahnhof mag bezirklicher Kleinkram sein, er ist ein gutes Beispiel und ein Fenster auf die Stadtpolitik überhaupt.

Natürlich, dieser Streit zwischen Senat und Bezirk um ein Stück Betonzaun auf dem Nordbahnhof ist, für sich genommen, eine Farce. Es geht um 90 Meter stark zerlöcherter Hinterlandsmauer in einem totalen Abseits. Das strittige Teil liegt wohlgemerkt außerhalb der Denkmalzone, auf die sich vor kurzem Senat und Bund in einem aufwändigen Verfahren geeinigt haben. Plötzlich soll es ein "Eckpfeiler" der Gedenkstättenkonzeption sein, und das unvermeidliche Landesdenkmalamt beeilt sich, den Abriss zu verbieten. Größer kann der Abstand zwischen hohen Absichten und den jämmerlichen Tatsachen nicht sein.

Der Bezirk hat eindeutig die besseren Gründe: Er will auf dem Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs seit über einem Jahrzehnt angekündigte und tatsächlich dringend benötigte Sportflächen anlegen. Der Flächenbedarf des Schulsports der umliegenden Schulen ist schon seit dem Mauerfall ein ungelöstes Problem. Stets war, wenn die Schüler beispielsweise des John-Lennon-Gymnasiums in der Sportstunde auf irgendwelche fern liegenden Sportplätze pilgern mussten, auf die bevorstehende Lösung auf dem Nordbahnhof verwiesen worden. Lange genug war sie an fehlenden Geldern gescheitert.

Der Senat dagegen hat plötzlich die angebliche Nähe zum Erinnerungsbiotop Bernauer Straße entdeckt - eine Nähe, die alles andere als sinnfällig ist, vielmehr an den Haaren herbeigezogen. Eigentlich hätte man aus dem gleichen Grund auch den Bau der Straßenbahn zwischen Bernauer Straße und Invalidenstraße, quer über das Bahnhofsgelände, untersagen müssen. Dass der Senat gerade hier mal wieder die politische Zentralität des Erinnerens entdeckt und gerade dieses isolierte, in keinerlei sinnvollen Zusammenhang eingefügte Stück Betonzaun unter Schutz stellt, ist vor Ort also nicht zu begreifen. Es erklärt sich nur so, dass es um ganz anderes geht, etwa um Kreuze am Checkpoint Charlie, vor die sich die CDU stellte, um die innere Befindlichkeit der roten-roten Koalition bloßzustellen, es geht vielleicht überhaupt um den Gemütszustand der offiziellen Stadt und Stadtpolitik.

Es gibt ja bereits die Gedenklandschaft, die man erst herstellen will: der Gedenkort Bernauer Ecke Ackerstraße, gegenüber das kleine Mauermuseum mit dem Aussichtsturm, östlich der Ackerstraße schließt der Elisabethfriedhof mit der dem Mauergedenken gewidmeten Versöhnungskapelle an. Geplant ist nun eine Ausweitung dieses Clusters zu einem Freilichtmuseum des Mauernerlebnisses. Dazu müssen gerade diejenigen Mauergrundstücke vom Land erworben werden, um deren Rückgabe die Altbesitzer ein Jahrzehnt lang gestritten haben. Dreieinhalb Millionen Euro will sich das bis an die Grenze des verfassungsmäßig Erlaubten verschuldete Land Berlin den Erwerb dieser privaten Grundstücke kosten lassen. Dass der Mauerverlauf mit viel Geld und Sorgfalt durchgehend kenntlich gemacht ist, ist inzwischen zu wenig. Man will gleichsam den Mauerfall rückgängig machen.

Als wenn der Abriss der Mauer nicht das einzige Projekt gewesen wäre, das zwischen Ost und West der Stadt Konsens war und mehrheitlich von unten erfolgte. Was getrennt war, sollte wieder zusammenwachsen. Jetzt wird gerade das Zusammenwachsen von oben unterbunden: Kein Respekt vor dem Volksentscheid von 1989/90 - das Berliner Landesdenkmalamt hätte sicherlich auch 1789 den Parisern den Abriss der Bastille verboten -, kein Bedarf an Wiederannäherung der durch die Mauer tief entfremdeten Lebenswelten von Wedding-Brunnenviertel und Mitte-Nord.

Nun kommt aber zu dem Vorhaben, den Grenzstreifen zwischen Brunnen- und Gartenstraße freizuhalten, noch die Ausweitung nach Westen hinzu. Städtebauliche Vernunft würde gerade hier die Fortsetzung verbieten. Das Nordbahnhof-Gelände bildet seit Anlegung der Stettiner Bahn Ende des 19. Jahrhunderts einen Keil, der jeden Austausch zwischen den ohnehin defizitären Stadtgebieten Chausseestraße und Ackerstraße verhindert. Die Invalidenstraße, einst ein pulsierender Großstadtort, kommt nicht voran.

Wozu aber soll nun dieser Kraftakt gut sein? Wirklich nur für den Tourismus? Der Mauertourismus hält sich in Grenzen, er spielt im Gesamtbild keine zentrale Rolle und hat bereits seine Orte. Vordergründig handelt es sich um die aktuelle ideologische Verlegenheit, in die der Senat durch die Kreuze der Frau Hildebrandt am Checkpoint gebracht wurde. Dahinter steckt allerdings Bedenklicheres: die Konzeptionslosigkeit der gegenwärtigen Stadtpolitik, die

keine Zukunft kennt und sich, von CDU bis PDS, in die Fetischisierung des Vorhandenen flüchtet, von der Opernkultur bis zum Mauergedenken.

Auf den genauen Ort, die Fläche des Nordbahnhofes, gebracht, heißt das nicht nur Stagnation. Es heißt vor allem, dass man nicht in der Lage ist, Gegenwartsbedürfnisse und Vergangenheit vernünftig abzuwägen und befriedigend zu versöhnen. Stattdessen ein Amok laufender Erinnerungskult. Die denkmalschützerische Monumentalisierung des Todesstreifens sagt uns ja: Das Leben, die Zukunftsfragen der Stadt, sind zu schwierig, der Erinnerungskult geht vor.

Mit lebendiger historischer Erinnerung, mit Geschichtsbewusstsein, hat das alles nichts zu tun. Man will gerade nur das eben Vergangene festhalten, das, womit man politisch nicht fertig wird. Was davor war, interessiert niemanden. Was danach kommt - wer weiß, wer in zehn Jahren zuständig ist. Der Kult ist das Gegenteil von Geschichte. Kult schützt vor Geschichte, indem er Geschichte in Stein überführt, in Objekte, Routine, Erlebnis und Passivität - ob Grenzstreifen oder Holocaust-Mahnmal. Geschichte heißt, dass vorher etwas war dass es weiter geht, und dass man handelnd mitten drin steht, aufbauend und zerstörend. Sind wir lebensmüde? Uns droht jedenfalls eine Resignation, die sich Zukunft nicht vorstellen kann und lebendiges Verarbeiten durch steinerne Tafeln ersetzt.

Der Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm entwarf 1995 das "Planwerk Innenstadt". Er veröffentlichte u.a. die Bücher "Die Rettung der Architektur vor sich selbst", "Die dritte Stadt" und "Straßenschlachtung".

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0819/feuilleton/0002/index.html>

17.08.2005 Berliner Zeitung S. 18

Rogalla, Thomas

Gedenklandschaft im Bau

BERLINER MAUER - Von der Grenze, die Berlin geprägt hat, sind nur noch Reste übrig. Der frühere Todesstreifen an der Bernauer Straße soll nun erhalten und gesichert werden.

Als der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und die Kanzler-Kandidatin Angela Merkel am 13. August Kränze für die Mauertoten niederlegten, glich die Szenerie an der Gedenkstätte Bernauer Straße der in den Vorjahren. Ernste Gesichter, kurze Andacht und das Versprechen, dass das Schicksal derer, die bei der Flucht aus der DDR starben, niemals vergessen werden dürfe.

Was diese rituellen Versicherungen im Alltag wert sind, wird sich bald erweisen. Denn Berlin, Bund und die anderen neuen Länder müssen mindestens zehn Millionen Euro locker machen, um die letzten Reste des ehemaligen innerstädtischen Todesstreifens längs der Bernauer Straße sowie einen knappen halben Kilometer bröckelnde DDR-Hinterlandmauer auf dem Nordbahnhofsgelände vor der Bebauung oder dem endgültigen Zerfall zu retten. Anfang September wird sich der Senat mit einer entsprechenden Vorlage des fürs Mauergedenken zuständigen Kultursenators Thomas Flierl (PDS) auseinander setzen, eine weitere Vorlage der Stadtentwicklungsverwaltung befasst sich mit der Sicherung der Grundstücke.

"Die Bernauer Straße ist eines der letzten noch erhaltenen Zeugnisse der Berliner Mauer, an der die Brutalität der Trennung an einem authentischen Ort in der Mitte der Stadt für die kommenden Generationen noch ablesbar ist", sagt zur Begründung Rainer Klemke aus dem Hause des Kultursenators. Dessen Mauerkonzept sieht unter anderem vor, das historische Areal links und rechts der Gedenkstätte Bernauer Straße mit seinen zahlreichen noch vorhandenen Mauerresten und -spuren sichtbar und für Berliner und Touristen erlebbar zu machen. Zu ahnen ist vom historischen Rang des Areals zurzeit noch wenig. Auf der unkrautbewachsenen Brache betreiben ein Flohmarkt und ein Gebrauchtwagenhändler ihr Geschäft.

Beflügelt durch den sichtbaren Publikumserfolg der Anfang Juli wieder abgerissenen Mauereinstallation am Checkpoint Charlie hatte man im Senat umgedacht und den Wert des Areals erkannt. Bislang galt die Bernauer Straße als abgelegen, "jetzt hat man gelernt, dass sie nur zwei S-Bahn-Stationen von der Friedrichstraße entfernt liegt", freut sich Pfarrer Man-

fred Fischer, der sich seit Jahren für den Erhalt des Gedenkortes einsetzt und Spiritus Rector der Versöhnungskapelle im Mauerstreifen ist. Sie erinnert an die Versöhnungskirche, die die SED 1985 sprengen ließ. Fischer gehört einer Expertengruppe, der "Mauer AG" an, die für Flierl Vorschläge zur Zukunft der Gegend um die Bernauer Straße vorgelegt hat.

Danach soll sich die Gedenklandschaft vor allem vom Nordbahnhof aus den Besuchern erschließen (siehe Kasten). Anschließend werden sie über ein "Portal" in Richtung Gedenkstätte und Versöhnungskapelle gelotst, eingestimmt in einem noch zu bauenden Glaspavillon durch einen Film über den Mauerbau. Weiter soll es gehen vorbei an Informationstafeln und "dezenten" Hinweisen durch das angrenzende "Gebiet großer Spurendichte", wo die Denkmalschützer zahlreiche Grenzdetaills wie Zäune und Barrieren gesichert haben. Anhand des Geländes der Sophiengemeinde, die sich nach 1989 vehement gegen den Erhalt der Mauer auf ihrem Friedhof wehrte, wird auch der Nachwende-Streit über das Mauergedenken thematisiert. Jenseits der Strelitzer Straße Richtung Mauerpark soll nur noch ein schmaler Streifen den Grenzverlauf markieren - eine Freihaltung in der ganzen Breite würde 40 bis 50 Millionen Euro kosten.

Schon die jetzige Sparversion, in der für zehn Millionen nur der denkmalgeschützte Kernbereich um Gedenkstätte und Kapelle frei bleiben soll, wird schwierig durchzusetzen sein. Nicht nur Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin muss nicken. Auch das Bundesfinanzministerium, das über die "Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" die meisten Mauergrundstücke verwaltet, müsste verzichten - ebenso die neuen Bundesländer, die über den Mauergrundstücksfonds von den Verkäufen profitieren. Das Eichel-Ministerium ließ wissen, dass es sich auch bei diesem nationalen Projekt an die Haushaltsordnung gebunden fühle. Sie sieht statt der Freihaltung die profitable Verwertung von Grundstücken vor.

 Lehrpfad durch die Geschichte

1. Der Nordbahnhof soll Ausgangspunkt für Besucher werden. Im Bahnhof soll an dessen Geschichte als "Geisterbahnhof" im Grenzgebiet erinnert werden.
2. Ein "Portal" soll die Besucher in das Grenz-Gelände leiten. In einem flachen Pavillon wird die Geschichte der Teilung im Film gezeigt.
3. In der Gedenklandschaft sollen Originalspuren der Grenze sichtbar gemacht und erläutert werden. Erhalten sind Abschnitte der Vorderland- und der Hinterlandmauer, Zäune, Kolonnenweg und Reste der Lichttrasse.
4. Fotos an den Rückseiten der Spiegelwände der Gedenkstätte sollen den Opfern Gesicht und Namen geben.
5. Um die menschlichen Schicksale geht es auch in der Versöhnungskapelle. Dort wird bereits werktäglich eines Mauertoten gedacht.
6. Hier werden die Fundamente der Häuser freigelegt, die die SED für die Mauer abreißen ließ. Modelle sollen den Mauerverlauf erläutern.
7. Ein schmaler Streifen wird die Blickbeziehung zum Mauerpark erhalten.
8. Der Original-Wachturm, der bis 1990 hier stand, soll wieder errichtet werden.
9. Hier ist eine Aussichtsplattform geplant, von der aus das gesamte Grenzareal zu überblicken ist.
10. Auf dem Gelände des Nordbahnhofs ist noch ein Großteil der Hinterlandmauer vorhanden, außerdem die Schneise der Vorderlandmauer.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0817/lokales/0017/index.html>

13.08.2005 Tagesspiegel

Neller, Marc

44 Jahre nach dem Mauerbau

Die Spuren der Teilung

Flierl lässt sich Zeit mit dem Gedenken am Checkpoint Ausstellungspläne des Kultursenators verzögern sich Weiter Streit um Mauer am Nordbahnhof

Wäre es gekommen, wie Kultursenator Thomas Flierl (PDS) vor einem Monat forsch ankündigte, dann gäbe es am Checkpoint Charlie seit zwei Wochen eine Dokumentation der DDR-Geschichte zu sehen: Auf einem von zwei eingekleideten Bauzäunen wäre die Vergangenheit des ehemaligen Grenzübergangs dokumentiert. Auf dem anderen würden jene Berliner Gedenkstätten vorgestellt, die sich mit der Aufarbeitung des SED-Regimes befassen. Tatsächlich aber hat sich nichts getan: Die beiden Grundstücke, auf denen bis vor kurzem über tausend Mauerkreuze standen, liegen brach. Der Bezirk Mitte hat die beantragte Baugenehmigung bisher nicht erteilt. Es wird noch dauern, bis sich etwas tut am Checkpoint. Flierls Gedenkstättenreferent Rainer Klemke spricht inzwischen von einem Termin „um den 26. Oktober“. Und: „Selbst wenn morgen die Genehmigung käme, würde es etwa vier Wochen dauern, bis die Dokumentation fertig wäre.“

Die Bauzäune sind das eine. Das andere sind zwei geplante Würfel, die die Grundstückseigentümerin, die Bankaktiengesellschaft (BAG) Hamm, auf den Grundstücken übergangsweise aufstellen will: 20 Meter hoch, 20 Meter breit, 20 Meter tief – entsprechend den Ausmaßen jener Gebäude, die am Checkpoint entstehen sollen und in denen Flierl im Jahr 2011 gerne ein „Museum des Kalten Krieges“ sähe. Bis dahin sollen die Würfel, die Flierl als „Freiluft-Ausstellung“ bezeichnet, historische Fotos zeigen – und Werbung. Es gibt Streit deswegen, die Kritik reicht von „ziemlich geschmacklos“ (Alice Ströver, Grüne) bis zu „an Peinlichkeit nicht zu überbieten“ (CDU-Generalsekretär Frank Henkel).

Bis „spätestens bis Ende Oktober“ sollen die Würfel stehen, hatte Flierl angekündigt. Nun aber heißt es aus mehreren Quellen, die Bank sei nach den öffentlichen Reaktionen unsicher, ob sie nicht einen erheblichen Imageschaden riskiert, und denke über Alternativen nach. Eine Sprecherin sagte, die Bank wolle die Gerüchte nicht kommentieren.

Für Flierl heißt das: Er gerät unter Zeitdruck, sollen seine Ankündigungen nicht zur Farce werden. Sein Gedenkstätten-Experte bemüht sich derweil, die Angelegenheit herunterzuspielen. Klemke sagt: „Um die laufenden Kosten für die Grundstücke so gering wie möglich zu halten, hat die Eigentümerin selbst ein Interesse daran, möglichst bald die Würfel aufzustellen – samt Werbung.“

Bleibe dennoch eine zweite Baustelle, auf der es ebenfalls um das Mauergedenken in der Stadt geht: der Nordbahnhof. Auch dort gehen die Dinge nicht voran, wie Flierl es gerne sähe. Noch immer ist nicht entschieden, was mit den Resten der Hinterlandmauer passiert. Flierl will sie retten, um sie an die nahe gelegene Gedenkstätte an der Bernauer Straße anzubinden. Der Bezirk Mitte dagegen beharrt darauf, einen Teil der denkmalgeschützten Mauer einzureißen, um einen lange geplanten Sportplatz bauen zu können. In den kommenden Tagen sollen zwei Ausschüsse und schließlich die Bezirksverordnetenversammlung endgültig darüber entscheiden. „An unseren Plänen hat sich nichts geändert“, sagte Mittes Baustadträtin Dorothee Dubrau (Grüne) am Donnerstag. „Einen Abriss wird es nicht geben“, sagt dagegen Flierls Sprecher Torsten Wöhlert: Das sieht Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) ebenso. „Wir haben deshalb das Verfahren an uns gezogen“, sagt ihre Sprecherin Manuela Damianakis. „Und daran wird sich nichts ändern.“ Am Ende wird sich der Senat wohl durchsetzen. Die Frage ist nur, wann.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/13.08.2005/1987145.asp>

13.08.2005 Märkische Allgemeine Zeitung

Grote, Klaus D.

Die Mauer musste weg 44 Jahre nach Baubeginn sollen die wenigen Resten von Berlins Grenzanlagen...

Es ist die einzig verbliebene Möglichkeit für einen authentischen Blick auf den Todesstreifen. Aus 16 Metern Höhe kann man an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße auf den antifaschistischen Schutzwall blicken:

13.08.2005 Tagesspiegel

Jacobs, Stefan

Der Teilung auf der Spur – bald ist der Mauerweg fertig

Nach langer Verzögerung geht der Bau voran: Ende 2006 soll der Grenzweg komplett sein. Auf den Tag genau 44 Jahre ist der Mauerbau her. In der Euphorie der Nachwendezeit wurden die Spuren der Teilung weitgehend getilgt – so gründlich, dass selbst Einheimische den Verlauf des Todesstreifens an vielen Stellen nicht mehr ausmachen können. Vor vier Jahren beschloss der Senat, einen Weg entlang der einstigen Grenze anzulegen. Nach Startproblemen kommt der Ausbau nun zügig voran.

Große Teile des 40 Kilometer langen innerstädtischen Abschnittes sind bereits ausgeschildert, 160 Kilometer soll die gesamte Route einmal haben. Nun folgt die Feinarbeit: Im nächsten Jahr sollen 94 Informationstafeln aufgestellt werden, auf denen in aktuellen Luftbildern der Grenzverlauf markiert und erklärt wird. Außerdem werde die Beschilderung entlang der südlichen Stadtgrenze ergänzt, sagt Harald Krüger, der bei der Stadtentwicklungsverwaltung das Projekt koordiniert. Nach seinen Angaben stehen für den Geh- und Radweg 4,7 Millionen Euro zur Verfügung. Zehn Prozent müsse Berlin als Eigenanteil aufbringen.

Die Verantwortlichen sind froh, dass die Finanzierungsfrist um ein Jahr bis Ende 2006 verlängert wurde, weil bisher erst 1,7 Millionen Euro ausgegeben werden konnten. Man habe die Planungsschwierigkeiten unterschätzt, sagt Krüger – und kündigt an, „dass in diesem Jahr noch eine ganze Menge Baustellen begonnen werden“. Am Heidekampgraben zwischen Treptow und Neukölln wird ebenso schon gearbeitet wie parallel zur verlängerten A113 am Teltowkanal, an kreuzenden Magistralen wie der Chausseestraße würden demnächst Mittelinseln für Fußgänger gebaut.

„Berlin hat sich da reingekniet“, lobt der Grünen-Verkehrsexperte Michael Cramer, der die größten Defizite auf Brandenburger Seite sieht. So verhinderten Potsdamer Behörden seit drei Jahren den Ausbau des Weges am Luisenberg. Die Naturschutzbehörde sträube sich gegen eine Asphaltierung, obwohl andere Beläge an Steigungen erfahrungsgemäß nie lange halten. Aus Potsdam war am Freitag keine Stellungnahme zu erhalten. Ganz oben auf Cramers Wunschliste stehen eine Unterquerung der Dresdner Bahn und eine Radwegführung von der Glienicker Brücke zum Schloss Cecilienhof, die am Veto der Schlösserstiftung scheiterte.

Für die Berliner Innenstadt hofft Cramer darauf, dass die Route bald auf dem alten Kolonnenweg am Nordbahnhof entlang führen kann. Dort will der Senat ein Stück Hinterlandmauer bewahren.

Im Handel ist der Führer „Berliner Mauer-Radweg“ von M. Cramer (Verlag Esterbauer, 9,90€) erhältlich. Der Autor führt heute ab 14 Uhr eine Radtour vom Bahnhof Hennigsdorf nach Hermsdorf.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/index.asp?qotos=http://archiv.tagesspiegel.de/toolbox-neu.php?ran=on&url=http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/13.08.2005/1987440.asp#art>

02.08.2005 Der Tagesspiegel

za

Jetzt entscheidet der Senat über Mauer am Nordbahnhof

Der Senat will einen 90 Meter langen, denkmalgeschützten Mauerstreifen am Nordbahnhof erhalten, indem er dem Bezirksamt Mitte den Bebauungsplan aus der Hand nimmt. „Wir ziehen das Verfahren an uns“, sagte der zuständige Referatsleiter in der Kulturverwaltung, Rainer Klemke, gestern dem Tagesspiegel. Eine Senatsvorlage „zur Sicherung der Liegenschaften“ rund um die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße sei jetzt „auf den Weg gebracht worden“.

Anfang Juli hatte es Streit gegeben, als die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Mitte beschloss, die Hinterlandmauer abzureißen und auf der großen Ödfläche einen Sportplatz anzulegen. Dies steht aber dem Konzept entgegen, die Bernauer Straße zur zentralen Stätte des Gedenkens an die Berliner Mauer auszubauen. Auf dieses Konzept hatten sich der

Senat, auch der Bezirk Mitte, Historiker und Bundespolitiker geeinigt. Nun sollen mit einem Senatsbeschluss Fakten geschaffen werden. Dabei ziehen, wie die SPD-Kulturexpertin Brigitte Lange während einer Gedenkstätten-Rundfahrt ihrer Fraktion am Montag bestätigte, Kultursenator Thomas Flierl (PDS) und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) an einem Strang.

Der Bebauungsplanentwurf, der vom Senat beschlossen werden soll, befasst sich mit dem gesamten Areal zwischen Mauerpark und Gartenstraße und den dafür benötigten Liegenschaften. Kernbereich ist die Gedenkstätte Bernauer Straße, die ergänzt werden soll durch eine „Erinnerungslandschaft“ und den ehemaligen Grenzpostenweg, der mit Informationstafeln beschildert werden soll. Zu diesem Areal gehört auch die gut erhaltene Hinterlandmauer, die nach dem Willen des Bezirksbürgermeisters Joachim Zeller (CDU), unterstützt von den Grünen in der BVV Mitte, zugunsten des lange geplanten Sportplatzes abgerissen werden soll.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/02.08.2005/1966520.asp>

28.07.2005 Der Tagesspiegel

Neller, Marc (Interview)

„Die Mauer ist ein positives Symbol“

Kunsthistoriker Leo Schmidt rät Berlin, von den Touristen zu lernen

Herr Schmidt, geht die Berliner Politik richtig mit der Mauergeschichte der Stadt um?

Es gibt einen entscheidenden Fortschritt: Bis Ende der Neunzigerjahre wollte man nur abreißen und vergessen.

Seit wann ist das anders?

Seit 2001. Am 13. August hat der damalige Bausenator Peter Strieder gesagt, dass man die Mauer nicht vergessen darf – und meinte es auch am Tag darauf noch so. Er wollte eine vollständige Dokumentation der erhaltenen Mauerspuren, die gibt es inzwischen. Zudem hat Alexandra Hildebrandt mit ihrer gefälschten Mauer an der falschen Stelle die Diskussion befördert. Da hat auch das offizielle Berlin gemerkt, dass etwas getan werden muss. Zudem: Vor ein paar Jahren gab es zehn Orte, an denen Mauerreste denkmalgeschützt waren. Jetzt sind es 25 Orte.

Trotzdem wollte Mittes CDU-Bürgermeister Joachim Zeller ein Stück der Mauer am Nordbahnhof abreißen, um einen Fußballplatz bauen zu können.

Das ist nicht zu begreifen. Ich habe Zeller bis dahin als jemanden wahrgenommen, der gute Vorschläge einbrachte und erhalten wollte, was noch da ist. Dann kam der Abrissplan – für einen Bolzplatz. Jemand wie Zeller sollte schon wissen, wo er Prioritäten setzt. Gerade wenn man ein Gelände hat wie am Nordbahnhof – mit Todesstreifen und einer Grenzlandschaft, die emotional noch erfahrbar ist.

Genau das bestreitet Zeller.

Wann immer wir mit unseren ausländischen Studenten Seminare und Exkursionen zum Thema Mauer gemacht haben, dann waren die von dem Gebiet am Nordbahnhof am meisten fasziniert.

Warum?

Weil noch so viel da ist: die Grenzlandschaft am Kolonnenweg, Vorfeldsicherungen, lange Hinterlandmauer und die Grenzbefestigung an der Gartenstraße. Wenn man sich darauf einlässt, dann stellt sich dieses unheimliche Gefühl dafür ein, was es war, das da mitten durch die Stadt verlief. Für alle anderen ist die Mauer ein Haufen Schrott: krümelnder Beton, rostende Armierungen. Aber das ist ja gerade der irrsinnige Kontrast zwischen der Banalität der Reste und dem, wovon sie erzählen. Die Diskussion um den Mauerrest am Nordbahnhof verdeutlichen das grundlegende Berliner Problem: Nur Wenige können sich vorstellen, welche Bedeutung diese Mauerreste weltweit haben.

Wenn Touristen Mauerreste suchen, tun sie das meist am Checkpoint Charlie.

Es wäre hilfreich für die Debatte, sich auf die Sichtweise von Nicht-Berlinern einzulassen. Die Touristen suchen ein Symbol, das für Mauertote, für Leid, Trennung und Unterdrückung steht – aber eben auch für die Überwindung all dieses Irrsinns. Die Berliner dagegen sehen vor allem die Trennung, als habe es 1989 nicht gegeben. Man sollte lernen, die Mauer langsam auch als ein teilweise positives Symbol zu begreifen.

Wie soll das gehen?

Soweit ich weiß, hat noch niemand versucht zu analysieren, was Touristen erhoffen, über die Mauer zu erfahren. Ich bin sicher, man könnte den Kern dieser Ideen intelligent umsetzen und käme zu einem überzeugenderen Ergebnis, als wenn man platt rekonstruiert.

Was halten Sie von der Bernauer Straße als zentralem Ort eines Gesamtkonzepts für die Erinnerung an das SED-Regime?

Es ist der richtige Ort. Man kann dort sehr viel erleben, sehen und nachvollziehen. Mehr als anderswo in Berlin. Das kann aber nicht das Einzige sein. Man muss die Leute dort abholen, wo sie hinkommen. Insofern halte ich die Pläne mit dem Brandenburger Tor für gut. Am Checkpoint Charlie müsste man gut informieren. Das war bisher nie der Fall.

Bietet das Gedenkzentrum in der Bernauer Straße diese Information?

Dort ist sehr viel geboten. Aber ich wünschte mir noch mehr Information zur Mauer, zu ihrer Vorgeschichte und ihrer Bedeutung.

Was schlagen Sie vor?

Jene Darstellungsformen, die die Menschen überzeugen, müssen Ausstellungsprofis finden. Es wäre wichtig, einen guten Mix verschiedener Angebote zu haben, damit man die Grenzlandschaft erfährt und auch die nötigen Hintergründe. Das ist sehr, sehr schwierig.

Was halten Sie von den Plänen des Kultursenators – ein Museum des Kalten Krieges am Checkpoint Charlie?

Berlin und Umgebung waren geprägt vom Kalten Krieg. Aber man muss davor warnen, die Mauer mit dem Kalten Krieg zu erklären. Eine Tendenz, die ich in Reihen der ehemaligen SED und der PDS feststelle. Die Berliner Mauer ist Symbol des Kalten Krieges, aber nicht sein Produkt. Sie wurde 1961 gebaut, da gab es den Kalten Krieg schon 15 Jahre. Zudem gab es die Mauer, weil Ulbricht es wollte – nicht die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Die Mauer ist also ein Produkt der verfehlten Politik der DDR. Mauerbau und Kalten Krieg zu eng zu verbinden, wäre ideologisch interpretiert.

Leo Schmidt, 52, ist Professor für Kunstgeschichte an der Technischen Universität Cottbus. Er hat für den Senat die noch existierenden Reste der Berliner Mauer dokumentiert.

25.07.2005 Die Welt

Gundlach, Sabine

Zeitreise zu den Maueroxforden

Experte Rainer E. Klemke: Überwältigendes Interesse der Berliner am Gedenkstättenkonzept

Die Stele für Maueroxford Peter Fechter, der Wachturm Kieler-Eck oder das Parlament der Bäume - mehr als hundert Mauer-Gedenksteine gibt es in Berlin, doch ein endgültiges Konzept für das Gedenken des einstigen Grenzwalls und seiner Opfer steht noch immer aus. Voraussichtlich Ende Oktober soll das Berliner Parlament über das Gedenkstättenkonzept entscheiden, für das Kultursenator Thomas Flierl (PDS) im Frühjahr einen ersten Entwurf vorlegte.

Das Ergebnis der von Flierl aufgrund des öffentlichen Drucks initiierten Arbeitsgruppe Mauergedenken sei "kein PDS-Konzept", sagt Rainer E. Klemke. Der Leiter der Arbeitsgruppe betont, daß der Kultursenator der Öffentlichkeit keine fertige Vorgabe präsentieren, sondern mit diesem Entwurf vielmehr einen "diskursiven Prozeß" anregen wollte.

Der ist spätestens seit der Räumung von Alexandra Hildebrandts umstrittenen Holzkreuzen nebst Mauerimitation in vollem Gange. Wobei die kämpferische Chefin des privaten Mauermuseums an der Friedrichstraße die diskursiven Prozesse zuweilen überholt. So plant Hildebrandt, wie diese Zeitung berichtete, eine Erweiterung ihrer Ausstellung am Checkpoint Charlie um das Thema des Kalten Krieges. Damit ist sie möglicherweise dem offiziellen Gedenken Jahre voraus.

Denn erst, wenn das Gelände, auf dem Hildebrandts Mauerkreuze standen, bebaut wird, hat das geplante öffentliche Museum des Kalten Krieges eine Chance. Der Kaufvertrag für das Grundstück beinhaltet für das Land Berlin den Anspruch auf 650 Quadratmeter Fläche für einen Gedenkort, sagt Klemke. "Angesichts der internationalen Bedeutung des Checkpoint Charlie als Ort der weltpolitischen Auseinandersetzung" sei es wichtig, das Thema des Kalten Kriegs hier in einer wissenschaftlich qualifizierten Art und Weise darzustellen, erläutert Flierls Mitarbeiter im Hinblick auf Hildebrandts historisch ungenaue Aufarbeitung. Doch wer weiß schon, wann sich ein zahlender Investor findet.

Da ist das Interesse an Vorschlägen für den Gedenkstättenkonzept-Entwurf offenbar weitaus größer.

Geradezu "übermäßig", wie der Leiter der Mauergedenk-AG sagt. Mittlerweile habe man bereits aufgrund hunderter von Anregungen aus der Bevölkerung Veränderungen erarbeitet. Auch für den zentralen Ort des übergreifenden Konzeptes, die noch zu erweiternde Gedenkstätte Bernauer Straße. "Viele Menschen haben sich für eine größere Beachtung der individuellen Schicksale ausgesprochen", sagt Klemke. So soll denn auch an "diesem Ort, wo die meisten und spektakulärsten Fluchten stattfanden, noch stärker der Mauerschicksale gedacht werden", sagt Klemke. Unter anderem mit multimedialen Mitteln will man die frühere Grenzsituation erfahrbar machen. "Wir planen eine Art virtuelle Zeitreise, bei der die Besucher der Gedenkstätte in die Häuser gehen und mit den Leuten sprechen können", erläutert Klemke und ergänzt, daß die Mauer ebenso museal erläutert werden soll.

Neben der Gedenkstätte Bernauer Straße für die Geschichte der Berliner Mauer und dem geplanten Museum am Checkpoint Charlie soll in der Fußgängerunterführung der neuen U-Bahn am Brandenburger Tor ein Gedenkort über die Wiedervereinigung informieren.

Darüber hinaus ist als einer der "Orte des Umgangs mit der Mauer und der künstlerischen Gestaltung" unter anderem auch die East Side Gallery ins Konzept integriert. "Wir überlegen, auf dem Mittelstreifen der Mühlenstraße einen erhöhten Steg aufzubauen, der über diesen Ort informiert und zudem einen Blick über die Mauer ermöglicht", erläutert Klemke. Alle in dem Konzept integrierten Orte, wie auch einige der ehemaligen Geisterbahnhöfe oder der Grenzübergang Bornholmer Straße sollen durch Hinweisschilder miteinander verlinkt werden. Eine Mauergedenkstätten-Homepage informiert zudem ab nächstem Jahr über alle aufgelisteten Einzelpositionen.

<http://www.welt.de/data/2005/07/25/750594.html>

23.07.2005 Der Tagesspiegel

als

Grüne lehnen Museum des Kalten Krieges ab

Die Dokumentations- und Gedenkstätte Bernauer Straße soll als zentrale Berliner Mauergedenkstätte weiterentwickelt werden, fordert die Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus. „Die Bernauer Straße ist ein authentischer Ort“, erläuterte gestern die kulturpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alice Ströver. In der Bernauer Straße mit dem längsten noch vorhandenen Teilstück der Grenzanlagen soll die Grenzsituation erfahrbar gemacht werden. Ein „Museum des Kalten Krieges“ lehnen die Grünen ab; ebenso wolle man mit dem ernstesten Thema „kein Disneyland“ und keine Rekonstruktion von Erinnerung. „Nicht am Checkpoint Charlie, sondern in der Bernauer Straße sind Menschen aus den Fenstern gesprungen und mussten dies mit ihrem Leben bezahlen“, sagte Ströver. Auch die aktuelle Präsentation von sechs Mauerteilen am Potsdamer Platz sei „absolut ungeeignet“.

Dagegen müsse man die noch vorhandenen Mauerreste und Bestandteile der ehemaligen Grenzanlagen vollständig unter Denkmalschutz stellen, meinte Ströver, da nur noch ein Prozent der ehemaligen innerstädtischen Mauer vorhanden ist. „Es ist höchste Zeit, die verbliebenen Reste zu sichern, um das Andenken an die unmenschliche Teilung der Stadt, die viele Menschen das Leben gekostet hat, wach zu halten“, sagte Ströver. Der innerstädtische doppelreihige Pflasterstreifen, der den Mauerverlauf kennzeichnet, müsse in ganzer Länge verwirklicht werden. Ströver stellte auch die Neuauflage der Broschüre „Berliner Mauerstreifzüge“ vor, kostenlos zu beziehen unter der Telefonnummer 2325 2406.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/23.07.2005/1949408.asp>

21.07.2005 die tageszeitung

Adesiyun, Frauke; Machowecz, Martin

Mauergedenken bleibt Baustelle

Sony schenkt der Stadt 35 alte Mauerstücke. Was mit ihnen passiert, ist unklar. Am Checkpoint Charlie sollen Infotafeln mit Werbung aufgestellt werden. Wer sich dort präsentiert, ist offen

Vor dem Sony Center stehen etwa 40 Menschen dicht gedrängt. Sie warten auf die Einweihung einer Ausstellung. Deren Name: "Berliner Mauer - Orte des Gedenkens". Die Exponate sind Mauerstücke, die bis 1996 auf dem Grundstück standen, das Sony für den Center-Bau gekauft hat. Jetzt schenkt der Konzern die 35 mit Graffiti verzierten Blöcke der Stadt. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) ist zufrieden. Sony-Geschäftsführer Serge Foucher auch: "Wir sind stolz, dass die Mauerstücke erhalten werden konnten."

Es könnte ein guter Tag für die Gedenkstättenlandschaft der Stadt werden - wäre da nicht ein alter Streit um just diese Mauerteile. Mitstreiter ist ein Mann, der ebenfalls zur Einweihung gekommen ist - bewaffnet mit Megafon und Transparenten. Er heißt Erich Stanke und behauptet: "Das sind meine Mauerteile." Wenn er anfängt, seine Geschichte zu erzählen, muss er tief Luft holen. Sie ist kompliziert. "Sony hat die Mauerreste Weihnachten 1996 geklaut", behauptet Stanke. Er sei bei einer Kontrolle 1990 im Ostteil mit Grenzsoldaten ins Gespräch gekommen und habe alles, was auf dem Grundstück stand, geschenkt bekommen. "Das kann ich mit Verträgen beweisen", sagt Stanke und ruft nach seinem Anwalt, der in der Nähe steht. Stanke tut das oft, denn er will es jedem beweisen. Der Anwalt, Hanns-Oliver Plöger, blättert dann immer in seinem Ordner. Das dauert - Stanke prozessiert seit Jahren. Weil Stanke am Dienstag den Transport der Mauerteile zum Potsdamer Platz verhindern wollte, erwirkte Sony eine einstweilige Verfügung gegen ihn.

Für Ingeborg Junge-Reyer ist die Geschichte gegessen - sie sieht Sony und die Stadt Berlin im Recht und überlegt lieber, was man mit diesen Mauerresten anfangen könnte. Nur sechs davon stehen noch bis zum 21. August vor dem Sony Center - die restlichen werden eingelagert. Was mit ihnen passiert, ist unklar: Ein Konzept fehlt. Vielleicht dürfen sich die Partnerstädte Berlins bald über ein Stück Mauer freuen. Interesse hätten sie bekundet, so Junge-Reyer. "Außerdem werden wir im Rahmen des Gedenkstättenkonzeptes sehen, was man machen kann."

Um die Frage, wie und ob etwas ins Mauerkonzept passt, wird auch etwas weiter östlich, gestritten: am Checkpoint Charlie. Nachdem vor zwei Wochen die dortige Mauerkreuz-Installation von Alexandra Hildebrandt geräumt wurde, will die Bankgesellschaft Hamm, der das Grundstück gehört, Tafeln mit Informationen zur Geschichte der Mauer aufstellen und mit Werbung kombinieren. Letzten Freitag hat sie beim Bezirksamt Mitte einen entsprechenden Bauantrag gestellt. Sie möchte einen Bauzaun und zwei Gerüsttürme auf das Gelände stellen. An den Bauzäunen und am unteren Ende der Türme soll über die Mauer Geschichte informiert werden, der obere Bereich ist für Werbung reserviert.

Werbung über Gedenken

unorthodoxe Kombination trifft nicht jeden Geschmack. Mit einer schnellen Genehmigung rechnet Bernd-Otto Rietzke vom Bezirksamt Mitte deshalb nicht. Es gebe enormen politischen Abstimmungsbedarf: "Da passiert nichts von heute auf morgen." Einer, der politisch mit abstimmen soll, ist Kultursenator Thomas Flierl (PDS). Sein Sprecher Diedrich Wulfert bestätigte gestern, Flierl werde am Verfahren beteiligt. "Allerdings können wir das Ganze nicht verhindern - das wollen wir auch nicht." Knackpunkt ist für ihn nicht die Frage, ob Werbung am Gedenkort platziert wird, sondern welche. "Wir werden uns hoffentlich mit den Besitzern auf kompatible Werbeinhalte einigen können." Wulfert betont vor allem den Nutzen, den der Senat aus der Werbung zieht. "Der Bau des Gebäudes, in dem das Museum des Kalten Krieges unterkommen soll, wird finanziell von dem Investor getragen. Dafür werden die Werbeeinnahmen benötigt." "Absolut sprachlos" sei sie über die Idee, an diesem Ort Werbung zu platzieren, gibt sich Alexandra Hildebrandt ungewohnt wortkarg. Sie hat unterdessen in anderer Hinsicht die Initiative ergriffen und ein weiteres Haus am Checkpoint erworben. [...] "Es wird hier um Themen der deutschen Nachkriegsgeschichte gehen, noch ausführlicher als in der bestehenden Ausstellung."

<http://www.taz.de/pt/2005/07/21/a0207.nf/text>

21.07.2005 Der Tagesspiegel S. 9

mne

Ein Kreuzchen durch Flierls Mauer-Pläne

20.07.2005 Die Welt

Gundlach, Sabine

Mauermuseum soll erweitert werden

Die von Alexandra Hildebrandt initiierten Mauerkreuze am Checkpoint Charlie sind gerade vor zwei Wochen abgeräumt worden, da zieht die Chefin des Mauermuseums schon einen neuen Plan aus der Tasche. "Wir haben eins der drei Gebäude, die wir teilweise für das Mauermuseum nutzen, von der GSW gekauft und konzipieren dort jetzt die Erweiterung unserer Ausstellung", bestätigte Alexandra Hildebrandt gestern dieser Zeitung. Mit dem Kauf des Altbaus an der Friedrichstraße 44 sei die Zukunft des Museums "für alle Zeit gesichert", betonte Frau Hildebrandt. Geplant seien dort unter anderem Informationen zur Geschichte des Museums sowie zum Thema Kalter Krieg. "Wir haben im Dachgeschoß Hinweise darauf gefunden, daß hier ein Stützpunkt des amerikanischen Geheimdienstes CIA war und werden das entsprechend darstellen," sagt Alexandra Hildebrandt "Die Eröffnung der Erweiterung soll schon bald sein", gibt sich die kämpferische Witwe von Mauermuseumsgründer Rainer Hildebrandt optimistisch, nennt aber keinen Termin. Auf jeden Fall kommt die Chefin des privaten Mauermuseums Kultursenator Thomas Flierl (PDS) zuvor. Flierl plant just auf dem Gelände, wo bis Anfang Juli Hildebrandts Mauerimitation und Mauerkreuze standen, langfristig ein Museum des Kalten Krieges. Eine entsprechende Konzeption für das finanziell noch nicht gesicherte Projekt wird derzeit vom Deutschen Historischen Museum mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam erarbeitet.

"Man kann hier am Checkpoint Charlie nicht alles auf die Ebene des Kalten Krieges reduzieren", sagt Hildebrandt zu den Plänen von Flierl. Dieser Platz stehe vor allem "für den Leitgedanken der Freiheit, den die Alliierten unterstützt haben", betont Hildebrandt.

"Hier muß ein Denkmal hin, und wir haben Hoffnung, daß wir das zustande bringen", gibt sich die gebürtige Ukrainerin noch lange nicht geschlagen. Hildebrandt bemüht sich nach wie vor um die von der Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG) zwangsverwalteten Grundstücke an der Friedrichstraße. Man sei mit möglichen Sponsoren im Gespräch, bestätigt Hildebrandt.

Angesichts der auf dem Gelände zunächst geplanten Werbeträger meldete sich gestern erneut der TU-Professor für Stadtgeschichte, Johannes Cramer, zu Wort. Cramer kritisiert, daß die Erfahrbarkeit der Berliner Mauer desaströs sei. Der Bauhistoriker, der die Reste der Mauer in einem Forschungsprojekt dokumentierte, forderte erneut ein Gesamtkonzept.

<http://www.welt.de/data/2005/07/20/748291.html>

20.07.2005 Der Tagesspiegel S. 10

van Lessen, Christian

Potsdamer Platz – wieder mit Mauer

Das Land erhält 35 Originalteile von Sony geschenkt. Das freut nicht jeden

Auf dieses Geschenk des Sony-Konzerns haben offenbar viele gewartet: Kaum waren gestern Mittag erste Mauerteile am Potsdamer Platz vom Lastwagen geladen und aufgebaut, standen Touristen mit Kameras schon Schlange. 35 Originalteile wurden nach und nach an der Ecke Ebertstraße aufgebaut – genau an einer der Stellen, an denen die Mauer einst gestanden hatte. Berlin hat bis zum 21. August – so lange sollen die Betonteile noch stehen – eine weitere Touristenattraktion.

Die original bunt bemalten Mauerstücke sind Teil der Ausstellung „Berliner Mauer – Orte des Gedenkens“, die heute im Sony-Center eröffnet wird. Überschattet wurde die Aufbauaktion am Dienstag vom Protest Erich Stankes. Der selbst ernannte „Mauerschützer vom Potsdamer Platz“ unterhielt dort bis 1996 eine 70 Meter lange Mauer als Gedenkstätte. Sony räumte das Gelände und sicherte die Mauerteile. Stanke ist der Ansicht, sie seien sein Eigentum. Er kündigte gerichtliche Schritte an. Es ist nicht das erste Mal, dass er für Mauerreste kämpft. Er hat sich an die Betonplatten gekettet, mit Selbstverbrennung gedroht. 1990 hat der Unternehmer den DDR-Grenztruppen 120 Mauerteile am Potsdamer Platz abgekauft und seitdem darauf bestanden, dass die stehen bleiben, doch es kam anders. 2002 wurden Mauerteile als Staatsgeschenk an UN-Generalsekretär Kofi Annan übergeben, 2004 wurden 25 Meter Mauer an der Ecke Leipziger Platz/Stresemannstraße abgetragen, weil das Bundesumweltministerium dort bis jetzt einen neuen Dienstsitz baut. Nun der Streit mit Sony. Vom Konzern war gestern keine Stellungnahme zu erhalten.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die heute die Mauerteile offiziell als Geschenk in Empfang nimmt, wies auf „längst geklärte juristische Auseinandersetzungen“ hin. Die Rechtslage sei klar und vor Gericht entschieden. Das Land Berlin könne sich guten Gewissens über das Geschenk freuen.

Viele Berliner, die gestern beim Aufbau der Mauerstücke dabei waren, versuchten, sich die Situation von damals vorzustellen. West-Berliner erinnerten sich, dass ein paar Schritte von der wiederaufgebauten Mauer einst die Flachbauten von Souvenirläden standen. Fast direkt an der Mauer bot ein hoher Beobachtungsturm einen freien Blick über die Grenzanlagen und den verödeten Leipziger Platz.

Die Bellevuestraße galt Betrachtern gestern als einzige feste Größe. Wo das alte Hotel „Esplanade“ stand, türmt sich das Sony-Center. Die Ausstellung dort will erinnern und Orientierungshilfe geben. In ihre Zeit fällt der Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961.

Die Ausstellung soll nach ihrer Premiere im Lichthof der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an der Behrenstraße in Mitte gezeigt werden. Für die Mauer ist dort allerdings kein Platz. Sie wird im August zum zweiten Mal am Potsdamer Platz abgebaut. Dann soll sie nach Auskunft der Behörde wieder zerlegt und zwischengelagert werden, bis sie ihren endgültigen Standort bekommt. Wenn es nach dem Wunsch vieler Touristen geht, gäbe es dafür nur einen idealen Standort: den Potsdamer Platz.

20.07.2005 Berliner Zeitung

Rogalla, Thomas

Mauergedenken mit Werbeunterbrechung

BAG-Bank will riesige Reklamefläche auf geräumtem Grundstück am Checkpoint Charlie errichten

Die vor kurzem zwangsgeräumten Grundstücke am ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie in Mitte sollen für Werbezwecke wirtschaftlich genutzt werden. Die Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG), die die Grundstücke zwangsverwaltet, plant dort, wo

kürzlich noch über 1 000 Holzkreuze an die Opfer der deutschen Teilung erinnerten, die Errichtung einer etwa 20 Meter hohen, kombinierten Reklame- und Gedenktafel. In deren oberem Bereich soll für kommerzielle Produkte geworben werden, im unteren Teil sollen Fotos und Texte an die Geschichte des Grenzübergangs erinnern. Ein Bauantrag der BAG liegt dem zuständigen Bezirksamt Mitte vor. Das Amt und die Bank wollten sich am Dienstag auf Anfrage nicht zu den Plänen äußern. Auf dem Gelände befindet sich bereits ein mit Reklame beklebter Pavillon, in dem ein Gästebuch für Touristen ausliegt.

Oben Reklame für den neuen H&M-Bikini, unten die Dokumentation des qualvollen Todes des Flüchtlings Peter Fechter? Oben Reklame für den coolen Energy-Drink, unten die Bilder von der Konfrontation von Panzern der USA und der UdSSR, die damals am Rande eines neuen Krieges standen? "Das wollen wir in keinem Fall", sagte Diedrich Wulfert, Referent von Kultursenator Thomas Flierl (PDS), der derzeit Urlaub macht. Flierl, der federführend für das Mauer-Gedenkkonzept in Berlin zuständig ist, soll auf Bitte des Bezirksamts Mitte prüfen, ob der Antrag der Bank mit den erinnerungspolitischen Zielen Berlins in Einklang zu bringen ist. Wenn das Schreiben des Bezirks Mitte vorliege, "werden wir prüfen, ob die Werbeinhalte auf dem Plakat mit der Erinnerung an die Mauer und ihre Opfer an diesem historischen Ort kompatibel sind", sagte Wulfert. Ob dies rechtlich überhaupt möglich ist, müssten im Zweifel die Juristen der Verwaltung prüfen. "Wir hoffen aber darauf, dass wir uns mit dem Betreiber der Plakatwand im Gespräch auf eine für beide Seiten tragbare Lösung einigen können", sagte Wulfert. Im übrigen gehe man davon aus, dass die Plakatwand nur eine Zwischenlösung sei, die nicht jahrelang stehe.

Wie berichtet, hofft der Senat darauf, dass die ehemals landeseigenen Grundstücke, die unter Eberhard Diepgen (CDU) an einen mittlerweile insolventen Investor verkauft worden waren, bald bebaut werden. Für diesen Fall sieht Flierls Mauerkonzept vor, 650 Quadratmeter Fläche für ein Museum des Kalten Krieges zu nutzen.

Als "eine schreckliche Idee" bezeichnete Alexandra Hildebrandt das Vorhaben, auf dem Gelände eine Werbewand zu errichten. Es sei ihr unbegreiflich, wie man ihr weltweit bekanntes Mahnmal aus Kreuzen und Mauerstücken habe abreißen können, um nun am Checkpoint Charlie Reklameplakate aufzustellen. "Das ist eine Schande", sagte Hildebrandt. Einnahmen habe die BAG auch durch das Mauermuseum erzielt. Für die Nutzung der Grundstücke habe sie noch bis Juni monatlich 14 500 Euro Miete an die Bank überwiesen. Das Mauermuseum bemühe sich weiter, 36 Millionen Euro aufzubringen, um die Grundstücke zu kaufen.

Die abgebauten Kreuze sind in einem Magazin eingelagert. Interesse an den Kreuzen gibt es unter anderem in Polen. Joachim Brudzinsky, Spitzenpolitiker der nationalkonservativen Partei, schlug vor, einen Teil der Kreuze in Stettin aufzustellen. Auch aus anderen Ländern gebe es Anfragen, sagte Hildebrandt. "Aber die Kreuze bleiben hier. Sie gehören an den Checkpoint Charlie."

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0720/lokales/0024/index.html>

19.07.2005 Die Welt

Eigentümer stellt Bauantrag: Werbung statt Mauerkreuze am Checkpoint Charlie

Eigentümer legt Bauantrag für Zwischennutzung vor: Kritik von SPD und CDU

Claudia Schiffer statt Mauergedenken, Seifenreklame statt Kreuze und Mahnmal: Zwei Wochen nach der Räumung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie kommt wieder Bewegung in die Nutzung des 7000 Quadratmeter großen Geländes beidseits der Friedrichstraße: Nach Informationen dieser Zeitung will der Eigentümer, die Bankaktiengesellschaft Hamm, ein Werbegerüst auf der Brache aufstellen und dort auch Gedenktafeln anbringen lassen. Das Gerüst soll 20 mal 20 Meter groß sein und dort ein Jahr stehen, bevor ein Investor mit dem Bau von Wohn- und Geschäftsgebäuden beginnt, heißt es aus Behördenkreisen.

Ende der vergangenen Woche hat die Bank dafür zusammen mit einem Projektentwickler einen Bauantrag beim Bezirksamt Mitte eingereicht. Geplant ist ein Gerüstaufbau, der im oberen Bereich private Werbung ermöglicht und am Fuß eine Fotodokumentation zur Geschichte des Checkpoint Charlie vorsieht. Laut Bezirksamt, soll es sich nur um eine zeitlich begrenzte Nutzung handeln. Aus formalen Gründen sei gegen das Vorhaben nichts einzuwenden. Allerdings setzen Bezirk und Senat darauf, daß die Brache endgültig aus dem Stadtbild verschwindet. Mitte stellte noch keinen Bescheid aus, sondern reichte das Vorhaben an Kultursenator Thomas Flierl (PDS) weiter, der dort Infotafeln und später ein Museum des Kalten Krieges errichten will. Er wird vom Bezirksamt um eine Stellungnahme gebeten. Flierl ist derzeit im Urlaub und war nicht zu erreichen. Die Bankaktiengesellschaft wollte keine Stellungnahme abgeben. Der CDU-Bundestagskandidat in Mitte, Volker Liepelt, kritisierte den Plan: "Das ist eine schlechte Lösung. Dann hätte man die Mauerkreuze dort auch gleich stehen lassen können", sagte er. "Gerüste mit Werbung sind keine angemessene Würdigung dieses Ortes." Auch die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Brigitte Lange, ist skeptisch. "Diese Kombination von Werbung und Gedenken finde ich unmöglich", sagte sie. "Wir müssen dagegen alles daran setzen, daß an dem Ort etwas Sinnvolles entsteht."

<http://www.welt.de/data/2005/07/19/747910.html>

13.07.2005 Tagesspiegel S. 10

oew

Die Mauer kommt zurück. Sony schenkt der Stadt 35 Original-Teile

12.07.2005 Berliner Zeitung S. 15

Miller, Tobias

Berliner CDU für Erhalt der Mauerreste

Die Berliner CDU ist auch für den Erhalt der Mauerreste auf dem Gelände des Nordbahnhofes. Es handelt sich um die so genannte Hinterlandmauer, die die Grenze der DDR im Osten markierte. Damit stellt sich die Union gegen das Votum des Bezirks Mitte und des CDU-Bürgermeisters Joachim Zeller. Der Bezirk wollte ein Teil der Mauer abreißen lassen, um dort einen Sportplatz zu errichten. Die Senatoren Ingeborg Junge-Reyer (Stadtentwicklung, SPD) und Thomas Flierl (Kultur, PDS) hatten den Abriss bereits gestoppt.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0712/lokales/0106/index.html?>

11.07.2005 Das Parlament

Kailitz, Susanne

Zwist am Checkpoint Charlie

Das umstrittene Mauermahnmal am Checkpoint Charlie wurde geräumt

Am Ende hatte aller Widerstand nichts gebracht: Am 5. Juli, kurz vor halb sieben, wurde das umstrittene Mahnmal für die Mauertoten am Check-point Charlie geräumt. Der Initiatorin Alexandra Hildebrandt blieb nichts, als im strömenden Regen dabei zuzusehen, wie das Vermächtnis ihres verstorbenen Mannes Dieter Hildebrandt von den Arbeitern einer Baufirma abgerissen wurde.

1.065 Holzkreuze hatten seit Oktober 2004 auf zwei brach liegenden Grundstücken an der Friedrichstraße an die Opfer der Mauer erinnert. Hildebrandt, Chefin des Mauermuseums am Checkpoint Charlie und Vorsitzende der "Arbeitsgemeinschaft 13. August" hatte das Gelände gepachtet und das Mahnmal noch errichtet, als der Pachtvertrag von der Bankaktiengemeinschaft BAG Hamm schon gekündigt worden war. Nachdem sie in einem Rechtsstreit unterlegen war, reagierte Hildebrandt in der vorigen Woche auf die angekündigte Räumung mit dem Plan, das Gelände für insgesamt 36 Millionen Euro kaufen zu wollen. Mit einer Anzahlung wollte sie den Abriss des Mahnmals noch verhindern.

Geschafft hat sie es nicht - und auch der erhoffte göttliche Beistand blieb aus: Noch am Montagabend hatte ein katholischer Pfarrer die Holzkreuze geweiht. Das Angebot des evangelischen Superintendenten Martin-Michael Passauers, die Kreuze an einen kirchlichen Ort bringen zu lassen, war von Hildebrandt abgelehnt worden.

Ganz problemlos verlief die Räumung nicht: Vier ehemalige Stasi-Häftlinge hatten sich an den Kreuzen festgekettet. Auf Plakaten protestierten sie gegen den Abriss des Mahnmals: "Erinnern! Nicht vergessen. Über 1.000 Tote an Mauer und Stacheldraht". Doch angesichts von 190 Polizeibeamten, die für einen friedlichen Verlauf der Räumung sorgen sollten, gaben sie ihren Widerstand auf.

Alexandra Hildebrandt steht auch einige Tage nach der Räumung des Mauermahnmals noch vollkommen unter Schock. Sie spricht mit leiser, schleppender Stimme, ringt immer wieder um Fassung. "Ich bin geschockt, entsetzt. Was da passiert ist, ist einfach Barbarei. Das alles tut so weh, vor allem deshalb, weil so viele Menschen darunter leiden. Die Regierung in dieser Stadt hat gar keine Vorstellung davon, welche Wunde sie in die Herzen vieler Menschen gerissen hat." Mit dem Ende ihres Mauermahnmals kann die gebürtige Ukrainerin sich nicht abfinden. "Wir werden natürlich nicht aufgeben. Es muss ein Denkmal für die Mauertoten geben - und zwar am Checkpoint Charlie." Sie erzählt, man habe eine Schweizer Bank gefunden, die sie beim Kauf des Geländes begleiten werde. Auch ein hochrangiger Politiker habe ihr versichert, er werde sich für ihr Anliegen einsetzen. "Aber die regierenden Parteien wollen das nicht."

Mit seinem Verschwinden hat das Mauermahnmal am Check-point Charlie auch eine politische Diskussion ausgelöst. Die Berliner CDU hatte sich an den Protesten gegen die Räumung beteiligt und dem SPD/PDS-Senat Versagen vorgeworfen. Kultursenator Thomas Flierl hat inzwischen eingeräumt, es gebe "Defizite" beim Gedenken an Opfer der Mauer. Ein vom Senat vorgelegtes Konzept sieht ein Museum am Checkpoint Charlie vor, das an die Ost-West-Konfrontation während des Zweiten Weltkrieges erinnern soll. Einen Platz zur Erinnerung an die Maueropfer soll es hingegen in der offiziellen Gedenkstätte in der Bernauer Straße geben - die allerdings liegt im Norden der Stadt und ist weit entfernt aller touristischen Pfade. Für den Berliner CDU-Chef Ingo Schmitt ist das umstrittene Gelände an der Friedrichstraße der geeignete Platz für ein Mahnmal: "Der Bereich um den Checkpoint Charlie hat weltweite Bedeutung errungen, für Berlin ist er von symbolischer Bedeutung." Auch die Parteien im Bundestag sehen inzwischen Handlungsbedarf. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause beschloss das Parlament fraktionsübergreifend, einen Ort der Erinnerung an die deutsche Teilung am Brandenburger Tor zu schaffen. Für Alexandra Hildebrandt ist das nicht genug: Sie kämpft weiter um ihr Mauermahnmal.

<http://www.das-parlament.de/2005/28-29/kehrseite/001.html>

11.07.2005 Die Welt

Köhler, Regina

Mauerstreit: CDU unterstützt Flierl

Doch Bürgermeister Zeller hält am geplanten Abriß eines Teilstücks fest

Der Streit um den möglichen Abriß von originären Mauerresten am Nordbahnhof - Bezirksbürgermeister Joachim Zeller (CDU) will an einem Beschluß des Bezirksamtes Mitte festhalten, dort eine Sportanlage zu errichten - führt zu erneuten Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner CDU. Während Zeller den Sportplatz auf jeden Fall bauen will, lenkte Monika Grütters, kulturpolitische Sprecherin der CDU und Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Bundestagswahl, ein. "Zeller muß die aktuelle Debatte über ein Mauergedenken an der Bernauer Straße berücksichtigen." Der Landesvorstand habe am Freitag eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, sich mit dem Gedenkkonzept Berliner Mauer auseinanderzusetzen und eigene Vorschläge zu machen, so Grütters. Zur Gruppe gehörten neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU, Manfred Wilke und CDU-Generalsekretär Frank Henkel auch sie selbst. Zeller solle in diese Arbeitsgruppe einbezogen werden.

Prinzipiell befürworte die CDU das Vorhaben Flierls, die Bernauer Straße zum zentralen Ort des Gedenkens zu machen, sagte Grütters. "Das ist der richtige Ansatz." Über den Bau einer Sportanlage in unmittelbarer Nähe müsse deshalb noch einmal nachgedacht werden. Vielleicht sei es möglich, die Anlage zu verlegen oder zu verkleinern, damit sie das Gedenkkonzept nicht tangiert. "Wir können uns nicht am Checkpoint Charlie anketten und auf der anderen Seite den Abriss von originären Mauerteilen betreiben", so Grütters.

Zeller wußte gestern noch nichts von der Arbeitsgruppe, sagte aber, daß er gern mitwirken werde. Ein vernünftiges Gedenkkonzept sei dringend nötig. Gleichzeitig betonte der Bezirksbürgermeister, daß der Bauplan für den Sportplatz nicht mehr zu stoppen sei. Dem Land Berlin würden ansonsten wegen Vertragsbruchs Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe drohen. "Der Streit ist zu kurz gegriffen", kritisierte Zeller. Statt sich über 90 Meter Mauer aufzuregen, die längst nicht mehr vollständig seien, sollte man sich den wirklichen Herausforderungen stellen und nicht von wichtigeren Fragen ablenken. "Es geht um die Zukunft der Eastside Gallery, um ein Konzept für den Checkpoint Charlie und den Beschluß des Bundestages, Maueropfer am Brandenburger Tor zu gedenken."

<http://www.welt.de/data/2005/07/11/744372.html>

10.07.2005 Tagesspiegel S. 12

ddp

Freiluft-Galerie soll an Mauer erinnern. Eröffnung am 13. August am Checkpoint Charlie

10.07.2005 Tagesspiegel S. 12

Neller, Marc

Für Bürgermeister Zeller ist der Mauerabriss nicht verhandelbar. Sportplatz statt DDR-Grenzanlagen am Nordbahnhof: Der Bezirk Mitte hält trotz vieler Proteste an diesem Plan fest. Pro und contra

09.07.2005 Berliner Zeitung S. 22

Aulich, Uwe

Hinterlandmauer bleibt stehen

Senat lehnt den Abriss ab

Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) wird den Abriss von 90 Metern Hinterlandmauer auf dem Gelände des Nordbahnhofs verhindern. "Wir werden dem vom Bezirksamt Mitte beschlossenen Abriss nicht zustimmen", sagte sie am Freitag. Der Nordbahnhof und die Hinterlandmauer seien unverzichtbare Bestandteile des Gedenkstättenkonzeptes, das der Senat an der Bernauer Straße verwirklichen wolle. Der Senat plant, auf dem einstigen Todesstreifen zwischen Garten- und Strelitzer Straße alle noch vorhandenen Spuren der Mauer zu sichern und Verbindungen zum Mauerpark und zum Nordbahnhof herzustellen. Der Bezirk dagegen hatte beschlossen, 90 von 410 Metern Hinterlandmauer abzureißen, damit ein Fußballplatz gebaut werden kann. Mit den abgerissenen Teilen sollten Lücken im 320 Meter langen Mauerrest geschlossen und dieser Abschnitt saniert werden.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0709/lokales/0141/index.html>

08.07.2005 Die Welt

Gundlach, Sabine

Neuer Mauerstreit in Mitte

Bezirk will Originalstück am Nordbahnhof für Sportanlage abreißen

Die umstrittene Mauerimitation am Checkpoint Charlie ist gerade abgerissen, da erhält der Streit um das Mauergedenken in Berlin schon wieder neuen Zündstoff. Diesmal geht es

allerdings um ein Stück Originalmauer: Mittes Bürgermeister Joachim Zeller (CDU) will 90 der 410 Meter langen Hinterlandmauer auf dem Areal am Nordbahnhof abreißen. Der denkmalgeschützte Betonwall soll einer Sportanlage weichen.

Der Beschluß des Bezirksamtes Mitte, der nach Angaben Zellers auf Planungen beruht, die mehr als zehn Jahre zurückreichen, rief jetzt Kultursenator Thomas Flierl (PDS) auf den Plan. Flierl sieht sein Gedenkstättenkonzept gefährdet.

In einem Schreiben an Zeller protestiert Flierl vehement. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung will der Kultursenator den Abriß verhindern. Auch in Zellers eigener Partei regt sich starker Widerstand. CDU-Ortsverbände in Mitte forderten gestern das Bezirksamt auf, den Abriß auszusetzen. "Sollten originale Abschnitte der Hinterlandmauer tatsächlich abgerissen werden, kann die Geschichte von Trennung und Zerstörung gewachsener Stadtzusammenhänge nicht mehr authentisch erzählt werden", heißt es in einer aktuellen Erklärung. Zellers Parteifreunde, die lautstark gegen den Abbau der Mauerimitation der privaten Gedenkstätte von Alexandra Hildebrandt protestierten, sind offensichtlich sehr verärgert. "Ich kritisiere diesen Entschluß deutlich und hätte mir gewünscht, daß es nicht dazu gekommen wäre", betonte gestern CDU-Generalsekretär Frank Henkel.

Zeller hingegen bekräftigte gestern die Pläne des Bezirks. "Wir haben auch eine Verantwortung für unsere Jugend und müssen ihr Angebote machen", begründete Zeller, "die Notwendigkeit für diese Sportanlage." Die umfangreichen Planungen für das Areal am Nordbahnhof seien schon Jahre bekannt, sagte Zeller. Als ehemaliger Baustadtrat von Mitte hätte auch Flierl davon wissen müssen, sagte Zeller.

<http://www.welt.de/data/2005/07/08/743025.html>

07.07.2005 Berliner Zeitung S. 19

Miller, Tobias

Herr Flierl und die harmlose Mauer

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat Recht. Ein "Museum des Kalten Krieges" birgt die Gefahr, dass das hundertfache individuelle Leid, das die Mauer verursacht hat, relativiert wird. Wenn die weltweite Konfrontation des Ost- und des Westblocks nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt wird, ist die Mauer in Berlin nur einer von vielen lokalen Konfliktherden aus diesen Jahrzehnten. Möglicherweise erscheint ihr Bau 1961 dann sogar als notwendige Konsequenz, um eine militärische Konfrontation, einen heißen Krieg in Europa, zu verhindern. In der kalten Logik des Kalten Krieges wären die vielen Toten dann eben auch eine unabänderliche Folge des Mauerbaus. Das wäre in der Tat eine Verhöhnung der Opfer und ihrer Angehörigen.

Allerdings muss man sich nun auch nicht allzu sehr über den Vorschlag von Kultursenator Thomas Flierl, ein solches Museum einzurichten, aufregen. Erstens fehlt ein Investor, der das Museum baut und zweitens fehlt einer, der die Einrichtung und den Betrieb des Museums finanziert. Dieses Museum wird es auf Jahre hinaus nicht geben. Trotzdem ist der Vorschlag bemerkenswert. Denn Flierl erweckt mal wieder den Eindruck, dass es ihm eher darum geht, die Zeit der SED-Diktatur im nachhinein verharmlosen zu wollen.

Der Streit um das seltsame private Mahnmal mit den Holzkreuzen an der Stelle des ehemaligen Checkpoint Charlie hat allerdings auch gezeigt, dass die Menschen ein Bedürfnis und ein Interesse haben, sich an einer authentischen Stelle über die Schrecken der Mauer informieren und anrühren zu lassen. Darauf ist der Kultursenator Thomas Flierl bislang eine Antwort schuldig geblieben.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0707/lokales/0085/index.html?>

07.07.2005 Berliner Zeitung S. 21

Aulich, Uwe

Mauergedenken à la CDU

Union protestiert gegen Abbau der Kreuze am Checkpoint Charlie - Mittes Bürgermeister Zeller will die echte Mauer abreißen

Mit Demonstrationen hat sich die Berliner CDU vehement für den Erhalt der nachgebauten Mauer am Checkpoint Charlie eingesetzt, an anderer Stelle im Bezirk Mitte will sie jetzt aber einen originalen Abschnitt der Hinterlandmauer opfern. Das Bezirksamt Mitte hat mit Bezirksbürgermeister Joachim Zeller (CDU) an der Spitze am Dienstag beschlossen, 90 Meter des insgesamt 410 Meter langen Betonwalls auf dem Gelände des Nordbahnhofs abzureißen. Der Teil der Hinterlandmauer soll weg, damit an dieser Stelle ein Fußballplatz gebaut werden kann.

Zeller will damit eine seit Jahren geplante Neugestaltung des Nordbahnhofs durchsetzen. Außer dem Fußballplatz sollen dort Erholungsflächen für Anwohner entstehen, eine Beachvolleyballanlage mit 22 Feldern wurde in diesem Jahr schon errichtet. Zwischen dieser Anlage und dem Parkgelände stehen die übrigen 320 Meter Hinterlandmauer, die Zeller erhalten will.

Für CDU-Generalsekretär Frank Henkel passt es nicht zusammen, dass seine Partei einerseits für den Erhalt aller Mauerreste eintritt, Zeller aber den Abriss der Hinterlandmauer billigt. "Ich hätte mir einen sensibleren Umgang des Bezirksamtes gewünscht", sagt Henkel. Dennoch hält er die Planung des Bezirks für einen "Kompromiss, den man heute eingehen muss". Schließlich könnten durch den Abriss die anderen Mauerreste auf dem Gelände erhalten werden.

Mit dieser Argumentation befindet sich die CDU auf einer Wellenlänge mit Mittes Baustadträtin Dorothee Dubrau (Grüne). Anders als die CDU vermeidet die Stadträtin aber das Wort Abriss und spricht von einer Verlagerung der Mauerteile. "Die Hinterlandmauer ist an vielen Stellen kaputt. Den 90 Meter langen Abschnitt wollen wir dazu benutzen, die Lücken in dem nördlichen Abschnitt zu schließen und dort kaputte Mauerteile zu ersetzen", sagt Dubrau. Die Sanierung des 320 Meter langen Abschnitts werde knapp 80 000 Euro kosten.

Im Senat weiß man erst seit wenigen Tagen von der Abrissplanung des Bezirks. Senatsbaudirektor Hans Stimmann äußert sich in einem Schreiben an Kultursenator Thomas Flierl (PDS) besorgt, weil der Mauerabbriss das bislang allseits getragene Gedenkkonzept Berliner Mauer im Kern berühre. Auch der Kultursenator ist von dem Vorgehen des Bezirks überrascht. In einem Brief fordert Flierl Zeller auf, die Umsetzung des Abriss-Beschlusses auszusetzen. Andernfalls werde die letzte Chance vertan, in Berlin die flächenhaften Dimensionen des Mauerregimes darzustellen, so Flierl.

Konzept wird überflüssig

Bereits im Februar hatten sich Senat, Bezirk, Historiker und Vertreter des Bundestages auf ein neues Konzept für die Bernauer Straße verständigt. So sollen auf dem einstigen Todesstreifen zwischen Gartenstraße und Strelitzer Straße alle noch vorhandenen Spuren der Mauer gesichert werden, um auf der gesamten Fläche die Mauer Geschichte deutlich zu machen. Auch ein Zusammenhang zum Mauerpark in Prenzlauer Berg und zum Nordbahnhof soll hergestellt werden. Unter anderem ist an der Gartenstraße eine Aussichtsplattform geplant, von der man den Mauerstreifen in der Bernauer Straße und die Brachfläche auf dem Nordbahnhof sehen und damit das Ausmaß des Todesstreifens nachvollziehen kann. Sollten die Mauerteile abgerissen werden, sei das nicht mehr möglich, kritisiert Maria Nooke, die Leiterin der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße. "Statt auf die Hinterlandmauer sieht der Besucher auf einen Sportplatz, das Mauerkonzept ist damit an einem zentralen Ort zerstört."

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0707/lokales/0032/index.html?>

07.07.2005 Berliner Zeitung S. 21

Miller, Tobias

MUSEUM

SPD hält nichts von neuen Plänen des Kultursenators

In der SPD ist man mal wieder über Kultursenator Thomas Flierl (PDS) verstimmt. Von seinen Vorschlägen, wie künftig am ehemaligen Checkpoint Charlie an die Mauertoten gedacht werden soll, stößt bei den Sozialdemokraten auf Widerstand. Allen voran hat Bundestagspräsident und Berliner Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Wolfgang Thierse, Bedenken gegen das "Museum des Kalten Krieges" vorgebracht. Flierl will, dass langfristig in einem Neubau an der Friedrichstraße ein solches Museum entsteht. Davor soll an einem Bauzaun mit Bildern und später in einer Open-Air-Ausstellung die Geschichte des Checkpoints dokumentiert werden.

Er habe nichts dagegen, dass das Thema Kalter Krieg ein Teil des Gedenkkonzeptes sei, sagte Thierse der Berliner Zeitung. Aber er sei sich nicht sicher, ob unter diesem Titel nicht die "beunruhigende Absicht" stehe, die Schrecken der Mauer zu relativieren. "Die Mauer war ein Unterdrückungsinstrument", sagte er. An ihr starben hunderte Menschen. Er forderte von Flierl ein "vernünftiges Konzept für die Erinnerung und das Gedenken an die Toten". Wie ein solcher Gedenkort aussehen könnte, wollte Thierse nicht sagen. Von dem privaten Mahnmal mit den Holzkreuzen hielt er aber nicht viel. Die Kreuze seien Geschmackssache, sagte er. "Meinem Geschmack entsprachen sie nicht." Aber das Anliegen von Alexandra Hildebrandt, der Chefin des privaten Mauermuseums, der Mauertoten zu gedenken, "fand ich gut", sagte der Bundestagspräsident.

Unverständnis erntet Flierl auch beim SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller. Er habe "allergrößte Bedenken, am Checkpoint etwas neues zu erfinden". Bei dem Streit um die Mauerkreuze habe es sich um eine rein private Auseinandersetzung zwischen Hildebrandt und dem Grundstückseigentümer gehandelt. Durch Flierl entstehe der Eindruck, "wir müssten etwas den Mauerkreuzen entgegensetzen". Das sei aber nicht so. Die vorhandenen Gedenk- und Erinnerungsstätten an die Mauer und ihre Opfer reichen nach den Worten Müllers aus. "Sie müssen nur besser verbunden und dargestellt werden", sagte er.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0707/lokales/0067/index.html?>

07.07.2005 Tagesspiegel S. 10

Neller, Marc

Bezirk will Mauerreste am Nordbahnhof abreißen. Mittes CDU-Bürgermeister Zeller plant dort einen Sportplatz. Kultursenator Flierl (PDS) will das verhindern

07.07.2005 Tagesspiegel S. 10

L, C.v.

Auf Spurensuche. Der Tag eins nach dem Fall der Mauerkreuze: Touristen fotografieren ins Leere

07.07.2005 Berliner Zeitung S. 36

Thierse kritisiert die Idee eines Museums des Kalten Krieges

Die Idee des Berliner Kultursenators Thomas Flierl (PDS), am ehemaligen Checkpoint Charlie ein Museum des Kalten Krieges einzurichten, stößt bei SPD-Politikern auf Widerstand. "Ich habe nichts dagegen, dass der Kalte Krieg Teil des Gedenkkonzeptes ist", sagte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse der Berliner Zeitung. Bei dem Namen "Museum des Kalten Krieges" bestehe aber die Gefahr, dass der Schrecken der Mauer und das hundertfache Leid wegen der Toten an der ehemaligen Grenze relativiert werden.

"Die Mauer war ein Unterdrückungsinstrument", sagte Thierse. Er forderte ein "vernünftiges Konzept für die Erinnerung und das Gedenken an die Toten". Das private Mahnmal mit den

Holzkreuzen habe nicht seinen Geschmack getroffen, "das Anliegen fand ich aber gut", sagte Thierse. Auch der Berliner SPD-Chef Michael Müller kritisierte die Pläne von Senator Flierl.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0707/politik/0104/index.html?>

06.07.2005 Die Welt

Schulz, Stefan

"Ich werde sie wieder aufbauen". Mauerkreuze am Berliner Checkpoint Charlie geräumt - Initiatorin will trotzdem nicht aufgeben

<http://www.welt.de/data/2005/07/06/741766.html>

06.07.2005 Süddeutsche Zeitung S. 3

Bullion, Constanze von

Trauer um die Mauer.

06.07.2005 Tagesspiegel S. 7

Birthler, Marianne

"Die Mauerkreuze lassen keine Leerstelle zurück". M. Birthler fordert ein Gesamtkonzept

06.07.2005 Neues Deutschland

Funke, Rainer

Widerstand in den Regen gefallen

Im Morgengrauen begann das Abräumen der Installation »Mauerkreuze«

Unter dem Schutz von 190 Polizisten wurde gestern begonnen, die private Installation der 1065 »Mauerkreuze« und der aufgestellten Mauersegmente am Checkpoint Charlie zu entfernen. Damit wurde ein Räumungstitel vollstreckt, den die Eigentümerin des Geländes, eine Bank, beim Amtsgericht erwirkt hatte. Kreuze-Initiatorin Alexandra Hildebrandt hatte sich, wie berichtet, geweigert, nach Ablauf des Pachtvertrages die Installation zu beseitigen. Bereits im Morgengrauen waren die Bauarbeiter angerückt. Sie wurden von einstigen Häftlingen in DDR-Gefängnissen, die sich an die Kreuze gekettet hatten, mit »Stasi, Stasi« und »Pfui«-Rufen bedacht. CDU-Abgeordnete, ansonsten weit- gehend demoresistent, protestierten ebenfalls. Als der strömende Regen nicht aufhören wollte, endete der Widerstand. Die Akteure verließen, so die Polizei, ohne Zwischenfälle das Gelände. Nach Verwaltungsangaben könnten auf die »Arbeitsgemeinschaft 13. August« Räumungskosten in sechsstelliger Höhe zukommen.

Kultursenator Thomas Flierl (PDS) erläuterte gestern in der Senatsitzung die tags zuvor von ihm veröffentlichte Anschlusslösung nach dem Abräumen der Mauerkreuze. Wie berichtet, will man nach einem dreistufigen Konzept vorgehen: Auf einem 360 Meter langen Bauzaun entlang der betroffenen Grundstücke soll über die historischen Zusammenhänge rings um den Checkpoint Charlie informiert werden, dann wird dort eine Openair-Ausstellung entstehen, die schließlich in einem Museum des Kalten Krieges eine Heimstatt findet.

Der Bauzaun solle »recht bald installiert werden«, erläuterte der amtierende Senatssprecher Günter Kolodziej vor Journalisten. Mit dem Eigentümer des Grundstücks, einer Bankaktiengesellschaft in Hamm, die einen Investor sucht, bemühe sich der Senat jetzt um eine Abstimmung, aus Hamm sei Zustimmung signalisiert worden. Der Senat wolle die Grundstücke nicht pachten. Wer die Kosten für den Bauzaun tragen werde, entziehe sich seiner Kenntnis, sagte Kolodziej.

Das beabsichtigte Museum des Kalten Krieges gehe auf eine Vertragsklausel von 1992 zurück, als der Diepgen-Senat die Grundstücke für den Bau eines American Business Centers verkaufte und dabei festhielt, dass in einem geplanten Gebäude ein solcher Ort des Gedenkens an den Checkpoint Charlie seinen Platz finden solle. Dieses Museum werde laut

Flierl keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zum bestehenden privaten Mauermuseum darstellen.

Derweil hält die Debatte um Installation und Abriss weiter an. Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für MfS-Unterlagen, forderte Frau Hildebrandt laut rbb zur Verständigungsbereitschaft auf. Die Räumung müsse als rechtsstaatliche Entscheidung respektiert werden. Nur so sei Raum für gemeinsames Nachdenken offen. Birthler empfahl, die Kreuze zunächst an einem geeigneten Kirchenort »in würdiger Art« aufzubewahren.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=74457&IDC=5&DB=Archiv>

06.07.2005 Berliner Zeitung S. 1

Das Kreuz mit den Kreuzen

Foto: Am Checkpoint Charlie in Berlin fiel am Dienstagmorgen zum zweiten Mal die Mauer. Obwohl sich neun Protestler an die Holzkreuze des umstrittenen privaten Mahnmals für die Maueropfer angekettet hatten, wurde das Areal geräumt. Der Senat plant dort nun doch ein Museum des Kalten Krieges. Seite 3 und Berlin Seite 20

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0706/politik/0130/index.html?>

06.07.2005 Berliner Zeitung S. 3

Blankennagel, Jens

Der Fall der Mauer

Das umstrittene private Mahnmal für die Opfer des DDR-Grenzregimes am ehemaligen Checkpoint Charlie steht nicht mehr

Eigentlich wäre alles so einfach, so naheliegend, so logisch gewesen. Als im November 1989 der "antifaschistische Schutzwall" fiel, hätte sich die geteilte Stadt Berlin einigen können, am Checkpoint Charlie - dem weltweit wohl berühmtesten Abschnitt der Mauer - einen zentralen Gedenkort zu errichten. Für die Teilung der Stadt und der Welt, für die Toten an der Mauer. Aber das scheint wohl nur aus heutiger Sicht naheliegend. Damals entsprach es nicht dem Zeitgeist. Der Kalte Krieg erhitzte noch die Gemüter. Der Ruf lautete: Die Mauer muss weg.

Doch die Mauer steht an diesem Dienstagmorgen noch links und rechts der Friedrichstraße. An dem geschichtsträchtigen Ort gehören 120 Meter Mauernachbau mit 1 067 großen Holzkreuzen zu einer Installation, die seit vergangenem Herbst als privates Mahnmal an die Mauertoten erinnert. Die Kreuze sollen an diesem Morgen ab 4.01 Uhr geräumt werden. Deshalb haben sich 50 Abrissgegner eingefunden, und doppelt so viele Journalisten. Es ist überraschend mild an diesem frühen Morgen. Das Unwetter, das am Tag davor über weite Teile Westdeutschlands zog, hat Berlin noch nicht erreicht. Wolfgang Mayer, der Mathematiklehrer aus Erfurt, erregt sich über das, was passieren soll. "Es ist eine Schande für Berlin, ein Skandal", schimpft er. Mayer hatte 1988 ganz in der Nähe die dänische Botschaft besetzt und war dafür von der DDR-Justiz zu drei Jahren Haft verurteilt, aber nach fünf Wochen wegen internationaler Proteste entlassen worden. "Unsere Aktion damals war der Auslöser für die späteren Botschaftsbesetzungen in Budapest und Prag, für den Fall der Mauer", sagt der 55-Jährige. Nun plant er mit anderen Opfern des SED-Staates eine weitere spektakuläre Aktion. Dafür ist er noch vor Mitternacht in Erfurt losgefahren. Nun ist es 5.10 Uhr und warm genug. Mayer braucht keine Jacke, sein weißes T-Shirt soll jeder sehen - die selbst gemalte Aufschrift "Verurteilt zu 3 Jahren Stasi-Haft". Er kettet sich als erster gemeinsam mit Rainer Schubert an eines der Kreuze. "Ich glaube nicht, dass die Kreuze fallen, dass sich der rot-rote Senat diesen internationalen Imageschaden gönnt."

Die Polizei riegelt die Friedrichstraße ab. Alexandra Hildebrandt, die selbst ernannte Jeanne d'Arc der Maueropfer und Chefin des benachbarten Mauermuseums, läuft zwischen ihren Unterstützern umher. Sie hat die Grundstücke im vergangenen Herbst gepachtet und dort ihr umstrittenes Mahnmal errichten lassen. Der Senat nannte die Kreuze unerträglich, hatte aber selbst kein Konzept für ein publikumswirksames Mahnmal für die Maueropfer in der City.

Hildebrandt setzte auf Wirkung: 1 067 Kreuze als plakatives Symbol, als Auslöser von Emotionen bei den Touristen, die die Mauer sehen wollen. Die Frau, die ähnlich wie Lea Rosh mit ihrem Holocaust-Mahnmal die Politik nervt, weigerte sich, das 8 000 Quadratmeter große Areal zu räumen. Obwohl ihr zum Ende 2004 der Pachtvertrag gekündigt wurde von der Bankaktiengesellschaft Hamm, die es verwaltet. Als Gerichtsvollzieher Christian Günther anrückt, haben sich neun Protestierer an Kreuze gekettet. Hildebrandt verkündet, dass sie die schriftliche Zusicherung einer Schweizer Bank hat, diese wolle den von ihr geplanten Kauf der Grundstücke für 36 Millionen Euro "begleiten". Das ist ihr letzter Trumpf. Sie redet auf die Vertreter der Bankaktiengesellschaft Hamm ein, die ihre Installation räumen lassen wollen.

Es ist kurz nach sechs Uhr. Hildebrandt steht inmitten der Fernsehkameras. "Wir haben alles getan, wir bedauern, dass die Bank politisch unter Druck steht. Das Gelände war vorher eine Brache und wird wieder eine sein", sagt sie. Die Kreuze will sie einlagern, das Areal kaufen und die Kreuze wieder aufstellen.

Aus einem Polizeilautsprecher ertönt um 6.18 Uhr die Ansage "Die Räumung wird vollzogen". Zehn Minuten später betreten Arbeiter in Blaumännern den kleineren Teil des Mahnmals und beginnen ihre Arbeit. "Haut ab, haut ab", skandieren die Protestler auf der anderen Seite. Ein Lkw mit Müllcontainer rollt vor die Szenerie. Ein Kran hebt die ersten Abdeckungen von der Mauerkrone. Um 7.14 Uhr tragen zwei Arbeiter die ersten Kreuze weg. "Aufhören, Mörder", schallte es zu ihnen herüber.

Hubertus Knabe, der Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen, steht bei den Protestierern und sagt: "Der Ort bietet sich für ein zentrales Gedenken an die Toten der Mauer an." Es sei ein Zeichen des Berliner Provinzialismus, dass der Senat zwischen der Bank und Frau Hildebrandt keinen Kompromiss vermitteln wollte. "Die Fernsehbilder gehen um die Welt. Und was bleibt hängen: In Berlin regieren wieder die Kommunisten und lassen die Mauer abreißen."

Kurz nach acht Uhr setzt der Regen ein. Die ersten Angeketteten geben auf. Ein Mann fordert die Polizisten auf, nach Hause zu gehen. Er sagt: "So wie am 13. August 1961 die Polizei die Mauerbauer schützte, beschützt ihr diese Verbrecher."

Wolfgang Mayer, der Mann aus Erfurt, ist völlig nass. Er friert. Die Polizisten müssen ihn mit einem Bolzenschneider vom Kreuz schneiden. "Ich bin mit mir moralisch im Reinen", sagt er. "Die Aktion war wichtig, damit es irgendwann ein würdiges Denkmal gibt."

Der Senat plant nun doch auf dem Gelände ein Museum des Kalten Krieges.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0706/blickpunkt/0011/index.html?>

05.07.2005 Neues Deutschland

Bagger gegen Lügen

Ob New York Times, Oberpfälzer Landbote oder Shanghai Magazine – alle werden erschütternde Bilder aus Berlin drucken. Wenn, wie vom Obergerichtsvollzieher angekündigt, heute die über 1000 Kreuze am Checkpoint Charlie mit Baggern weggeräumt werden. Eine solche Wiedererweckung von Emotionen aus Zeiten des Kalten Krieges hätte nicht sein müssen – Bagger, Abrissbirnen oder Sprengstoff will man ja auch nicht beim Palast der Republik einsetzen. Was Stück für Stück gebaut wurde, kann, wenn man will, genauso wieder entfernt werden. Obwohl: Rücksicht und Sensibilität scheinen bei der privaten Museumschefin Hildebrandt und der Arbeitsgemeinschaft 13. August nichts zu bewirken. Sie haben die Reaktion provoziert.

Jedes Pro und jedes Contra zu den Kreuzen wurde gründlich vertieft. Was blieb, war ein Event für Touristen. Eine Lüge, die falsche Emotionen erzeugte. Die Mauer zu touristischen Zwecken wenigstens teilweise zu erhalten, war vor 15 Jahren in Berlin kein Thema. Nun halten die Reisebusse vor der angeblichen Mauer in der Mühlenstraße, Friedrichshain, und die Leute fotografieren die bunte East Side Gallery, ein Nachwendeprodukt auf der so genannten Hinterlandmauer, die den Blick auf die nicht vorhandene Mauer in der Spree nahm. Alles Pseudo, Vermarktung, Betrug. Gut, soll so was haben, wer will. Die Kreuze aber haben das Spiel mit Schein und Sein auf die Spitze getrieben. Diese maßlose Inszenierung

selbstgefälliger Geschichtsauslegung war nur noch peinlich. Die Friedhofs-Installation hat die öffentliche Debatte über ein authentisches Mauer-Gedenken angestoßen. Besseres ist von ihr nicht zu sagen.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=74397&IDC=5&DB=Archiv>

05.07.2005 Berliner Zeitung S. 4

Widmann, Arno

Berlin braucht die Mauer

Der Senat sperrt sich der politischen Einsicht und schadet dem Berlin-Tourismus

Keine Kunst- und keine Mahnmal-Kommission hat den Wald aus mehr als 1 065 Holzkreuzen, mit dem Alexandra Hildebrandt, die Chefin des Berliner Mauermuseums am ehemaligen Checkpoint Charlie, an die Mauertoten des geteilten Berlins erinnern möchte, abgesegnet. Die Installation macht nichts her. Sie wirkt gerümpelig und jeder, der den Ort kennt, weiß, dass das nachgemachte Mauerstück an der falschen Stelle steht und dass auch das Grenzhäuschen allenfalls gut nachempfunden, aber keineswegs authentisch ist.

Aber diese hingepfuschte Anlage ist eine der Hauptattraktionen Berlins. Sie zieht mehr Touristen an als das Pergamonmuseum. Berlin mag für alles Mögliche bekannt sein, berühmt ist Berlin als Mauerstadt. Wer nach Berlin kommt, der will die Mauer sehen. Er will sehen, wie eine Stadt mitten durch geschnitten wurde. Das machte nämlich die Dramatik Berlins aus. Davon möchte der Berlinbesucher etwas spüren. Die Spaltung der Welt ging mitten durch diese Stadt. Der Besucher möchte das hier sehen, begreifen können. Er oder seine Eltern standen damals auf der einen oder der anderen Seite, aber diese Stadt stand auf beiden Seiten. Sie war zerrissen, und so faszinierend es ist zu sehen, dass ihr das nicht mehr anzumerken ist, so wichtig ist es doch, an der einen oder anderen Stelle die Mauer zu markieren.

Alexandra Hildebrandt hat das verstanden. Ohne ihren Einsatz gäbe es keinen Ort, an den man Besucher führen könnte, um ihnen zu zeigen: so oder doch wenigstens so ähnlich sah es aus bis zum Mauerfall. Die Stadt sollte Frau Hildebrandt feiern. So billig ist selten eine Kommune zu einer ihrer Hauptattraktionen gekommen. Damit wird - wenn diese Zeitung ausgeliefert ist - Schluss sein. Die Grundstückseigentümer, die Bankaktiengesellschaft Hamm, hat den bis Ende 2004 mit Frau Hildebrandt laufenden Pachtvertrag nicht verlängert. Sie will - so heißt es - die beiden betroffenen Grundstücke für 36 Millionen Euro verkaufen. Das wird ihr nur gelingen, wenn der Käufer nicht mit Querelen mit einem Pächter zu rechnen hat. Dienstag früh um 4 Uhr sollte mit Räumung der Anlage begonnen werden.

Man mag über die Starrköpfigkeit der Bankaktiengesellschaft, die derzeit keinen Käufer in Aussicht hat, den Kopf schütteln. Aber 36 Millionen sind ein sehr starkes Argument. Man mag auch über die ästhetische Hilflosigkeit der Gestaltung der Anlage die Nase rümpfen, aber auf die Anklagebank gehört der Senat. Er ist seit 15 Jahren - also in allen denkbaren Parteikonstellationen - unfähig, irgendeine Art von Mauergedenkstätte, die es an öffentlicher Aufmerksamkeit auch nur im Entferntesten mit der von Alexandra Hildebrandt aufnehmen könnte, zu errichten.

Der derzeitige Senat, spätestens seit Oktober vergangenen Jahres mit der problematischen Lage der Grundstücke und mit dem Auslaufen des Pachtvertrages vertraut, hat nichts unternommen. Der Verdacht, dass weder der zuständige Senator Flierl - PDS - noch der Regierende Bürgermeister Wowereit - SPD - etwas tun wollten, um das Gedächtnis an die Mauertoten wach zu halten, liegt auch schon darum nahe, weil es so leicht gewesen wäre, eine Alternative zu entwickeln.

Berlin braucht einen Ort, an dem an die Mauer und an die Mauertoten erinnert wird. Es braucht ihn an zentraler Stelle, denn nur dort wird klar, dass die Mauer die Stadt in der Mitte zerschnitt, und es braucht ihn sofort. Darum sollten in dem Moment, da sie am Checkpoint Charlie abgerissen werden, die Kreuze am Brandenburger Tor aufgebaut werden - am besten auch von jenen 200 Bundestagsabgeordneten, die vergangenen Donnerstag zurecht dort für die Errichtung eines "Mauer-Denkzeichens" votierten.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0705/politik/0019/index.html>

05.07.2005 Neues Deutschland S. 15

dpa/ND

Das Mauer-Disneyland wird weggeräumt.

04.07.2005 Das Parlament

Kailitz, Susanne

Das Kreuz mit den Kreuzen

Mauermahnmal droht Abriss

Sie ist eine unendliche Geschichte: die Diskussion um das Mauermahnmal am Checkpoint Charlie. In dieser Woche soll ihr letztes Kapitel geschrieben werden. Darin sind sich beide Streitparteien - Alexandra Hildebrandt, Chefin des Mauermuseums, und die Bankaktiengesellschaft BAG Hamm - einig. Und damit enden die Gemeinsamkeiten auch schon wieder.

Geht es nach der BAG, wird das knapp 7.000 Quadratmeter große Gelände am einst wichtigsten Grenzübergang an der Friedrichstraße am Dienstag polizeilich geräumt. Dann könnte die Aktiengesellschaft, die die den Grund seit 2003 verwaltet, das Bauland wie geplant an Investoren verkaufen. Das will Alexandra Hildebrandt verhindern. Die Museumschefin hatte das Gelände bis Dezember 2004 gepachtet und darauf auch dann noch eine Gedenkstätte errichtet, als der Pachtvertrag von der BAG schon gekündigt worden war. 1.065 schwarze Holzkreuze erinnern seither an die Mauertoten - und als der Pachtvertrag auslief, weigerte sich Hildebrandt, das Mahnmal wieder abzubauen. Seither tobt ihr Streit mit der BAG, in dem sie im April dieses Jahres vor dem Berliner Landgericht unterlag. Das Gericht verfügte die Räumung - Hildebrandt reagierte nicht, sondern suchte nach anderen Wegen, das Mahnmal zu bewahren.

Ihr Plan: Die unbequeme Museumschefin will die Grundstücke für insgesamt 36 Millionen Euro kaufen und hofft, bis zum 5. Juli rund eine Million Euro zusammen zu bekommen, um damit eine Anzahlung zu leisten. Ein Kraftakt für die 46-jährige gebürtige Ukrainerin, wie sie mit müder Stimme zugibt: "Es ist schwer. Aber wir versuchen der Bank Signale zu geben. Wir brauchen jemanden, der in finanzieller Hinsicht glaubwürdig ist und der Bank quasi eine Bürgschaft gibt und versichert, dass das Gelände wirklich bezahlt wird. Wissen Sie nicht jemanden, der helfen kann?" In ihrer Not hat sie sich an verschiedene amerikanische Stiftungen gewandt - und auch an US-Präsident George W. Bush geschrieben. Für Hildebrandt ist das Mauermahnmal längst mehr als nur ein Kunstprojekt. Ihr verstorbener Ehemann, der Historiker Klaus Hildebrandt, hatte im Juni 1963 das "Haus am Checkpoint Charlie" eröffnet und sich den Kampf für die Menschenrechte zur Lebensaufgabe gemacht. Der Wald aus Holzkreuzen ist sein Vermächtnis. Ein umstrittenes Vermächtnis: Der Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS) bezeichnete Hildebrandts Installation als "echte Zumutung", die Sprecherin der Mauer-Gedenkstätte Bernauer Straße, Maria Nooke, warf ihr vor, ein Spektakel "im Stil von Disneyland" zu veranstalten. Alexandra Hildebrandt lässt sich davon nicht beirren. Man habe den Checkpoint Charlie "zur Müllkippe verkommen lassen", obwohl ein Freiheitsdenkmal dort unverzichtbar sei. "Eigentum verpflichtet - und wenn die Bank dieses Gesetz 15 Jahre lang missachtet, muss sie sich nicht wundern, wenn andere sich dann darum kümmern."

Die BAG sieht das, wenig überraschend, anders. In einer Presseerklärung teilte sie am vergangenen Donnerstag mit, die BAG verhalte sich "konsequent unpolitisch" und betrachte die "jetzige widerrechtliche Nutzung" des Geländes "als illegitim". Den "rechtlich unbegründeten Interessen eines eingetragenen Vereins" dürfte "gegenüber den Interessen vieler Millionen Mitglieder der Genossenschaftsbanken" kein Vorrang eingeräumt werden - und deren Interesse wiederum sind viele Millionen: "Selbstverständlich", so teilt die Bank weiter mit, könne Hildebrandt das Grundstück auch käuflich erwerben. Für das Ende der

langwierigen Geschichte sind damit zwei Szenarien denkbar: der Einsatz von Baggern oder die Übergabe eines prall gefüllten Geldkoffers. Fortsetzung folgt - ganz sicher.

<http://www.das-parlament.de/2005/27/kehrseite/002.html>

04.07.2005 Die Welt

Müller, Felix

Der Kampf um die Kreuze. Am ehemaligen Checkpoint Charlie in Berlin droht morgen früh ein Eklat: Bulldozer sollen ein Mauer-Mahnmal aus über 1000 Holzkreuzen abreißen

<http://www.welt.de/data/2005/07/04/740772.html>

04.07.2005 Berliner Zeitung S. 19

Fuchs, Claudia

Ein Pater soll die Kreuze segnen

Je näher der Termin für den Abriss des Mauermahnmals rückt, umso mehr Proteste gibt es. Die Halteverbotsschilder auf der Friedrichstraße stehen schon: Ab morgen, null Uhr, darf vor dem Mauermahnmal am einstigen Checkpoint Charlie nicht mehr geparkt werden. Das private Denkmal aus zwei Mauerstücken und 1 065 Kreuzen zur Erinnerung an die Mauertoten soll am Dienstag in den frühen Morgenstunden geräumt werden. Doch je näher die Räumung rückt, um so mehr Protest gibt es.

Bereits am Sonnabend hatte sich ein halbes Dutzend ehemaliger DDR-Häftlinge eine Stunde lang an die Holzkreuze gekettet. Am Sonntagmorgen dann wurden lange Stoffbahnen an den Mauerstücken entrollt. Sie sind mit Bildern von der Mauer bedruckt. Auf freien Flächen daneben sollten Passanten für den Erhalt der Gedenkstätte unterschreiben. Organisiert wurde diese Aktion von Republicans Abroad International, einer Vereinigung der US-amerikanischen Republikaner in Berlin. "Wir denken, dass dieser Ort sehr wichtig ist", sagte deren Vorsitzender Mark Dillen. Berlin brauche diese Gedenkstätte - und sie werde angenommen. Allerdings erschloss sich das Anliegen der Aktion nicht jedem auf den ersten Blick: Der Text auf den Stoffbahnen für einen Erhalt des Mahnmals war lediglich auf Englisch formuliert, nicht jeder verstand ihn, unterschrieben wurde anfangs nur zögerlich.

Mahnmal-Initiatorin Alexandra Hildebrandt zeigte sich erfreut über die Unterstützung: "Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir nicht allein sind", sagte sie. Sie sei überzeugt, dass die Räumung in letzter Minute noch verhindert werden könne. Hildebrandt bemüht sich derzeit um 36 Millionen Euro, um die Grundstücke mit den Mauerkreuzen erwerben zu können. "Wir arbeiten daran." Hildebrandt erklärte, die Nacht vor der Räumung am Mahnmal verbringen zu wollen. "Am Montagabend um 19 Uhr werden die Kreuze gesegnet", sagte sie. Das wird der ehemalige Gefängnispfarrer der Haftanstalt Tegel, Pater Vincent, tun.

In der vergangenen Woche hatte sie vergeblich versucht, den Abriss der Kreuze gerichtlich zu verhindern. Am Donnerstag wies das Berliner Kammergericht ihren Eilantrag gegen die Räumung aber ab.

Gleichwohl - oder vielleicht gerade deshalb - setzte Hildebrandt ihre Arbeit am Denkmal auch am Wochenende fort: Seit Sonnabend sind auf drei Holzkreuzen Namen und Fotos von drei weiteren Mauertoten zu sehen. Es handelt sich um drei US-Amerikaner, die 1964 offenbar mit ihrem Flugzeug über dem Grenzgebiet abgeschossen worden waren. Alexandra Hildebrandt hatte die Namen kürzlich vom Pentagon bekommen.

Für den Erhalt des Mahnmals sprach sich gestern auch der Berliner CDU-Generalsekretär Frank Henkel aus. "Der Checkpoint Charlie ist als Symbol des Kalten Krieges weltbekannt geworden und deshalb geeignet, um dort an die Toten des SED-Regimes zu erinnern", sagte er. Henkel kritisierte den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und Kultursenator Thomas Flierl (PDS) wegen ihres mangelnden Einsatzes für das Mahnmal. "Da wird über ein fünftes Denkmal für Rosa Luxemburg diskutiert, aber der politischen Führung mangelt es an Sensibilität, um an die Opfer der DDR-Diktatur zu erinnern." Henkel kündigte an, mit Vertretern der CDU am Montagabend am Mahnmal zu demonstrieren.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0704/lokales/0026/index.html>

03.07.2005 Tagesspiegel S. 10

Cramer, Johannes

Wie viel Mauer braucht Berlin. Vorschlag: einen Ort der Erinnerung in der Mitte der Stadt

02.07.2005 Tagesspiegel S. 10

Bebber, Werner van

Denkzeichen für die Mauertoten. Bundestag beschloss eine Gedenkstätte am Brandenburger Tor und im U-Bahnhof Pariser Platz

02.07.2005 Berliner Zeitung S. 24

Richter, Christine

Flierl begrüßt Beschluss zu Mauergedenken

Am Brandenburger Tor soll ein Denkzeichen entstehen

Kultursenator Thomas Flierl (PDS) hat den Beschluss des Bundestages zum Mauergedenken begrüßt. "Es gibt keine Differenzen zwischen dem Bund und Berlin", sagte Flierl am Freitag. Der Bundestag hatte sich am Donnerstagabend einstimmig für eine Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor ausgesprochen. Dort soll nun an die Mauer und die Überwindung der deutschen Teilung erinnert werden.

"Wir sind uns darin einig, dass der neue U-Bahnhof Brandenburger Tor die Geschichte des Brandenburger Tores und seiner Umgebung mit Schwerpunkt auf der Nachkriegsgeschichte vorstellen wird", sagte Flierl. Außerdem sei oberirdisch "eine künstlerische Markierung" des Ortes geplant, sagte der PDS-Politiker. Auf Informationssäulen am Brandenburger Tor werde darüber hinaus auf die übrigen Mauerorte in Berlin und auf die Gedenkstätte Bernauer Straße hingewiesen. "Die Mauergedenkstätte liegt nur drei Bahnstationen entfernt", sagte Flierl. Nach Flierls Konzept soll die Bernauer Straße zur zentralen Mauergedenkstätte in Berlin ausgebaut werden.

"Das Brandenburger Tor ist ein sensibler Bereich, wir werden dem Wunsch des Bundestages mit viel Fingerspitzengefühl folgen", sagte Petra Rohland, Sprecherin von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD). Die Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Berlin, Franziska Eichstädt-Bohlig, die den Antrag im Bundestag mitinitiiert hatte, sagte, "15 Jahren nach dem Fall der Mauer wird eine eklatante Erinnerungslücke geschlossen". Das Brandenburger Tor müsse als Symbol der Freiheit und der Überwindung der Teilung sichtbar gemacht werden.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0702/lokales/0107/index.html>

02.07.2005 Süddeutsche Zeitung S. 11

Grassmann, Philip

Die Mauer muss weg. Die Bagger kommen - aber ehemalige DDR-Häftlinge wollen eine Räumung des Denkmals am Checkpoint Charlie verhindern

29.06.2005 Berliner Zeitung S. 25

Aulich, Uwe

Tafel erinnert an Passierscheinstelle

WEDDING. An der Seniorenfreizeitstätte Schulstraße/ Ecke Maxstraße wurde gestern eine Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert an eine von fünf Passierscheinstellen in West-Berlin, die am 29. Januar 1973 in dem Haus eingerichtet wurde. Sie bestand bis zum Fall der Mauer

und wurde von Ost-Berlin betrieben, heißt es auf der Gedenktafel. Die Passierscheine berechtigten zu einem Ein-Tages-Besuch in Ost-Berlin und waren mit Gebühren verbunden, 1980 wurde der Zwangsumtausch auf 25 D-Mark angehoben. Die Gedenktafel wurde von der Wohnungsbaugesellschaft Gesobau und der Gedenktafelkommission Mitte realisiert.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0629/lokales/0111/index.html>

29.06.2005 Tagesspiegel

wvb.

Zurück zur Brache. Abriss der Mauerkreuze: Kultursenator hat keine Pläne für Checkpoint Charlie

28.06.2005 Berliner Zeitung

Richter, Christine

Die CDU demonstriert morgens um vier für die Kreuze

Noch erinnert die Installation am Checkpoint Charlie an die Mauertoten / Am 5. Juli soll der Platz geräumt werden

Am kommenden Dienstag wollen etliche Christdemokraten früh aufstehen: Auf 4.01 Uhr wurde vom Obergerichtsvollzieher die Räumung der mehr als tausend Mauerkreuze am Checkpoint Charlie angesetzt, die CDU-Fraktion will vor Ort dagegen demonstrieren. Die anderen Parteien im Abgeordnetenhaus halten es für richtig, dass die Installation entfernt wird.

Seit Oktober 2004 sind die 1 065 Mauerkreuze, mit denen an die Mauertoten erinnert wird, auf dem Gelände am Checkpoint Charlie zu sehen. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 13. August und Leiterin des Mauermuseums, Alexandra Hildebrandt, hatte diese Installation initiiert. Nach Ablauf des Pachtvertrages weigerte sie sich, die Kreuze und die nachgebaute Grenzmauer wieder zu entfernen. Die Bankaktiengesellschaft BAG als Grundstücksbesitzerin klagte jedoch auf Räumung und bekam im April vor Gericht Recht. Doch Hildebrandt lehnt es bis heute ab, das Grundstück wieder frei zu machen.

"Recht bleibt Recht", sagte dazu die FDP-Abgeordnete Sibylle Meister. Die FDP begrüßte das Engagement von Alexandra Hildebrandt - wie die anderen Parteien auch. "Durch diese Aktion sind viele aufgeschreckt worden", sagte Meister. Aber nun sei schon ein halbes Jahr nach Ablauf des Pachtvertrags vergangen, da sei zu verstehen, dass die Bank ihr Grundstück wiederhaben wolle. Die geplante Räumung findet auch bei der Grünen-Abgeordneten Alice Ströver Zustimmung. Daraus ergebe sich jetzt aber die Verpflichtung, einen Ort zu schaffen, wo der Mauertoten angemessen gedacht werden könne. "Der Ausbau der Gedenkstätte Bernauer Straße hat deshalb Priorität", sagte Ströver. Es sei richtig gewesen, dass Hildebrandt Druck auf die Politiker gemacht habe. "Kreuze und diese nachgebaute Mauer gehören nicht an den Checkpoint Charlie", sagte Ströver. Auch die rot-rote Koalition plädiert dafür, die Mauerkreuze wieder zu entfernen. "Das neue Gedenkstättenkonzept von Kultursenator Thomas Flierl ist sinnvoll", sagte die PDS-Abgeordnete Marion Seelig. Dieses sieht den Ausbau der Gedenkstätte an der Bernauer Straße und den Erhalt des Mauermuseums am Checkpoint Charlie vor.

Die CDU dagegen unterstützt Hildebrandt. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass am Dienstag die Bagger anrollen", sagte der Abgeordnete Frank Henkel. Der Checkpoint Charlie sei ein "authentischer Ort", um der Maueropfer zu gedenken. "Dort wird Geschichte erlebbar gemacht", sagte Henkel.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0628/lokales/0042/index.html?>

27.06.2005 Märkische Allgemeine Zeitung S. 4

dpa

Mahnmal vor Abriß. Streit um den Erinnerungsort für Mauertote

27.06.2005 Berliner Zeitung S. 26

Richter, Christine

Mauerkreuze sollen am 4. Juli entfernt werden

Gerichtsvollzieher kündigt Räumung des Geländes an

Die Mauerkreuze am Checkpoint Charlie sollen nur noch eine Woche lang stehen bleiben. In einem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft 13. August, die das Mauermuseum am Checkpoint Charlie betreibt und für die Installation mit den Mauerkreuzen verantwortlich ist, kündigte der Obergerichtsvollzieher jetzt an, dass das Gelände am 4. Juli geräumt werde. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Alexandra Hildebrandt, will aber noch nicht aufgeben. "Ich habe die Hoffnung, dass wir das Grundstück kaufen können", sagte sie am Sonntag.

Wie berichtet, hatte Hildebrandt das Grundstück von der Bankaktiengesellschaft BAG aus Hamm gepachtet. Sie ließ im Herbst vergangenen Jahres dort 1 065 Holzkreuze aufstellen und die Grenzmauer nachbauen, um an die an der Mauer getöteten Menschen zu erinnern. Bei Touristen und Berlinern kam diese Gedenkstätte gut an, nicht jedoch bei den politisch Verantwortlichen in Berlin. Auch in dem neuesten Gedenkstättenkonzept des rot-roten Senats spielt dieses Mahnmal keine Rolle.

Am 31. Dezember 2004 lief der Pachtvertrag dann aus, Hildebrandt weigerte sich jedoch, die Mauerkreuze zu entfernen. Auch die Gespräche mit der Bankaktiengesellschaft über einen Kauf der Fläche verliefen ergebnislos. Im April entschied das Landgericht schließlich, dass Hildebrandt das Grundstück räumen muss. Da sie dies bislang nicht freiwillig getan hat, entschied der Obergerichtsvollzieher des Amtsgerichts Mitte nun, die Räumung anzusetzen.

"Ich führe sehr konstruktive und gute Gespräche mit der Bank über den Kauf des Grundstücks", sagte Alexandra Hildebrandt. Am Dienstag werde sie auf einer Pressekonferenz über den aktuellen Stand informieren. Zu dem Schreiben des Gerichtsvollziehers wollte sie sich deshalb nicht weiter äußern.

Erst vor einer Woche musste Hildebrandt eine Niederlage in einem ähnlichen Fall hinnehmen. Die Arbeitsgemeinschaft hatte am Bundesfinanzministerium Fotos zur Erinnerung an den Arbeiteraufstand in der DDR am 17. Juni 1953 aufhängen lassen. Nach Ablauf des Vertrags weigerte sich Hildebrandt, die riesigen Fototafeln wieder zu entfernen. Das Bundesfinanzministerium bestand jedoch darauf. Am 21. Juni wurden die Tafeln abgenommen, Alexandra Hildebrandt protestierte vergeblich.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0627/lokales/0060/index.html>

26.06.2005 Tagesspiegel S. 10

Törne, Lars von

Mauerkreuze sollen am 4. Juli fallen. Gerichtsvollzieher kündigt Räumung am Checkpoint Charlie an. Hildebrandt will Widerstand leisten

20.06.2005 Das Parlament

ks/wol

Die Freude über die deutsche Wiedervereinigung kommt zu kurz

Anhörung zum Gedenkstättenkonzept in Berlin

Kultur und Medien. Auf der Grundlage von zwei Anträgen hat sich der Kulturausschuss am 15. Juni in einer öffentlichen Anhörung mit den Berliner Gedenkstätten zur Erinnerung an die deutsche Teilung befasst. Ein fraktionsübergreifender Antrag (15/4795) fordert den Bund, den Bundestag und das Land Berlin auf, für das "Gelände um das Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die

Überwindung der deutschen Teilung" eine angemessene Erinnerungsform zu finden. In einem weiteren Antrag ruft die CDU/CSU zur Aufwertung des Mauer-Mahnmals im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (15/4719) auf. In dem Gebäude, das unter anderem die Bundestagsbibliothek und einen Teil der Parlamentsbüros beherbergt, befinden sich originale Mauerteile, die den ursprünglichen Verlauf der Berliner Mauer markieren.

Vor dem Gremium äußerten sich die Historiker Konrad H. Jarausch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Hermann Schäfer (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn), Manfred Wilke (FU Berlin) und die Beauftragte für die Stasi-Unterlagen der DDR, Marianne Birthler. Auch Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) nahm an der Diskussion teil. Er hat vor zwei Monaten ein "Gedenkkonzept Berliner Mauer" vorgelegt, das umfassend an die in Berlin kaum noch vorhandene Mauer mit Informationstafeln, audio-visuellen Medien und kleineren Gedenksstätten erinnern soll. Flierl sagte, Berlin sei bereit, anteilig mit dem Bund die Kosten für ein gemeinsames Erinnerungsprojekt zu übernehmen.

Auch in der Diskussion kam das Unbehagen zum Ausdruck, dass das Brandenburger Tor als Symbol für die Teilung Deutschlands und deren Überwindung heute kaum noch sichtbar werde.

Übereinstimmung gab es auch darin, dass andere Plätze, wie die Gedenkstätte an der Bernauer Straße im Norden Berlins, nicht in den Hintergrund treten dürften. Wegen der dort noch vorhandenen Mauerreste und der besonders eklatant zutage getretenen Ausdrucksformen der Teilung bleibe dies ein zentraler Gedenkort.

Der Historiker Wilke sah in der Idee des Gruppenantrags zum Erinnern einen zukunftsweisenden Gedanken: "Die Freude an der Überwindung der Teilung hatte bisher in unserer Republik keinen Platz." Sein Potsdamer Kollege Jarausch ergänzte diese Überlegung mit der Bemerkung, ein Erinnern am Brandenburger Tor werde das Mauerthema internationalisieren - die europäische Dimension des Kalten Krieges könne hier verdeutlicht werden.

"Positiver Wildwuchs"

Der Bonner Historiker Schäfer gab zu bedenken, dass ein Erinnern allein an die Zeit der Teilung nicht ausreiche. Das Brandenburger Tor sei seit seinem Bestehen auch ein Symbol der preußisch-deutschen Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen; dies könne man einfach nicht ausblenden. Schäfer bekräftigte seine Überlegung zu einem dezentralen Mauergedenken in Berlin und regte eine Internet-Präsentation in Form eines "virtuellen Mauerpfades" an. Viel Zustimmung fand auch die Überlegung Senator Fliers, den künftigen U-Bahnhof am Brandenburger Tor (der zur Fußball-WM 2006 fertiggestellt und eine Verbindung zum Lehrter Bahnhof ermöglichen soll) für großflächige Informationen zu nutzen. Mit den Verantwortlichen bei Bahn und BVG sollten dazu Gespräche geführt werden.

Nach Jarauschs Worten hat Berlin wegen der Fülle historischer Orte eine "einmalige" Chance für eine neue Erinnerungskultur. Die Stadt sollte "klotzen, nicht kleckern". Schäfer sah in der Fülle der Berliner Erinnerungsorte einen "in diesem Fall positiv zu bewertenden Wildwuchs", zeige sich doch darin der breite Wille der Bevölkerung zum Erinnern.

Zurückhaltender äußerte sich Birthler; sie begrüßte die Fülle der Erinnerungsorte in der Hauptstadt, sagte aber: "Im Moment haben wir erst eine Orchesterprobe, aber noch kein gemeinsames Stück."

<http://www.das-parlament.de/2005/25-26/plenumundausschuesse/018.html>

14.06.2005 Berliner Zeitung S. 19

Aulich, Uwe

Bäume oder Beton - Statt eines schönen Gartens fordert eine Initiative Erinnerung an die Mauer

MITTE. Ein Kanal ohne Wasser ist wie ein Wald ohne Bäume. Das dachten sich auch die Landschaftsplaner des Berliner Büros Hortec. Zwar werden sie nicht mehr die schicken Teichanlagen rekonstruieren, die Gartenbaudirektor Erwin Barth vor fast 80 Jahren

entworfen hatte. Bei der Neugestaltung des Waldpflanzengartens im Luisenstädtischen Kanal aber werden sie zwei kleine Wasserlöcher erhalten und in ihre Konzeption einbeziehen. Wie Landschaftsplaner Ralf Hartmann sagt, wolle man an den Wasserstellen eine Art Sumpfgebiet mit Schilf und Weiden herrichten.

Mit dem Waldpflanzengarten zwischen Adalbert- und Melchior-straße wird bis zum Jahresende ein weiterer Abschnitt des Luisenstädtischen Kanals neu gestaltet. Unter anderem stehen dafür 300 000 Euro zur Verfügung, die Metro-Gründer Otto Beisheim als Ausgleich für seine Bauvorhaben am Potsdamer Platz zahlen musste. Teile der einstigen Kanalmauer aus rotem Backstein wurden bereits rekonstruiert. Während sie an der Adalbertstraße wieder 1,10 Meter hoch sind, sollen die Mauern an den Längsseiten höchstens 30 Zentimeter hoch werden, um den Blick in den tiefer gelegenen Garten zu ermöglichen.

Das Konzept für den Garten hat Hortec mit den Denkmalpflegern und dem Bezirk abgestimmt. "Es gab aus denkmalpflegerischer Sicht große Zugeständnisse", sagt Hartmann. So wird die Promenade statt sechs Meter nur noch vier Meter breit. Und damit die Kinder vom Kinderbauernhof in Kreuzberg weiter Futterpflanzen sammeln können, wird es einen wild wachsenden Wiesenbereich geben. Auf Wunsch der Anwohner werden mehr Bänke als geplant aufgestellt. Angepflanzt werden vor allem Bäume, die für die Wälder Berlins und Brandenburgs typisch sind: Erle, Kiefer, Weißbuche, Lärche, Weide. Außerhalb des Waldpflanzengartens entstehen entlang von Engel- und Bethaniendamm breite Promenaden mit jeweils zwei Baumreihen.

All das aber lehnt die Initiative Mauerstreifen, die einen kleinen Teil der Anwohner vertritt, ab. Statt gerader Wege will man lieber wild wachsende Natur und marode Kanalmauern haben. Anwohner Hans Hein und seine Initiative haben deshalb einen sofortigen Baustopp gefordert. Im April stürten sie eine Diskussion des Bürgervers eins Luisenstadt, der die Pläne zum Waldpflanzengarten befürwortet. Sie verlangen, eine Erinnerung an die jüngere Geschichte, als der Kanal die Grenze zwischen Ost und West bildete. Das weist das Landesdenkmalamt zurück. "Wir können den Kanal nicht einfach wieder zuschütten und darauf Mauersegmente aufbauen", sagt Klaus Lingenauber. Schon nach dem Mauerfall 1990 sei die Grundsatzentscheidung gefallen, den Luisenstädtischen Kanal als Gartendenkmal wieder herzustellen. An die Berliner Mauer könnte nach bisherigen Überlegungen des Bezirks im Abschnitt zwischen Melchior- und Köpenicker Straße erinnert werden. Wenn dieser Teil saniert wird, könnten zum Beispiel Kunstwerke und Erinnerungstafeln aufgestellt werden.

Vom Schifffahrtsweg zum Garten

Der Luisenstädtische Kanal wurde 1840 von Peter Joseph Lenné als Schifffahrtskanal projektiert, er sollte die Spree mit dem Landwehrkanal verbinden. Für die Schifffahrt erlangte der Kanal aber nie Bedeutung. Zudem stank sein Wasser, weil er ein sehr geringes Gefälle hatte und häusliches Abwasser eingeleitet wurde. Aus hygienischen Gründen wurde der Kanal 1926/27 zugeschüttet. Zwischen seinen Mauern entstanden nach Entwürfen des damaligen Gartenbaudirektors Erwin Barth Gärten, Spielplätze und Promenaden.

Die Gartenanlage wurde im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört. Sie wurde aber in den 50er-Jahren teilweise mit Trümmerschutt aufgeschüttet. Mit dem Bau der Mauer 1961 verschwand der Kanal - er markierte den Grenzverlauf, auf dem Kanal stand die Mauer. Einzelne Abschnitte in Kreuzberg wurden in den 70er- und 80er-Jahren im Zusammenhang mit Stadterneuerung und Internationaler Bauausstellung neu gestaltet.

Nach dem Mauerfall wurden die Betonsegmente abgeräumt. Denkmalpfleger legten die alten Kanalmauern und das große Engelbecken frei. Die Berliner Politiker förderten das Projekt zunächst als Symbol des Zusammenwachsens beider Stadthälften. Rosengarten und Immergrüner Garten wurden 1993/94 neu gestaltet, das Engelbecken als Herzstück des Luisenstädtischen Kanals wurde 2001 rekonstruiert.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0614/lokales/0035/index.html>

27.05.2005 Die Welt

Freiwald-Jerusalem, C.

Insolvenzverwalter sucht Geldgeber für Tränenpalast - Betrieb bis August gesichert

Unter der Internetadresse www.traenenpalast.de stehen für den renommierten Veranstaltungsort am Reichstagsufer noch fünf Stellenangebote. Doch ob es nach dem gestern gemeldeten Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine Zukunft für den Tränenpalast gibt, ist für Betreiber Marcus Herold ungewiß: "Wir setzen auf das Einsehen der Kulturverwaltung, uns doch noch einen langfristigen Mietvertrag mit akzeptablen Bedingungen zu geben. Die Mehrheit der Parlamentarier haben wir hinter uns."

Herold ist verbittert: Man habe den Standort 14 Jahre lang entwickelt, etliches investiert, um aus einer Ruine, die an die deutsche Teilung erinnert, einen Kulturbetrieb aufzubauen, der im Gegensatz zu anderen Berliner Häusern ohne Subventionen auskommen muß. "Ein Kulturbetrieb ist eine zarte Pflanze, die Hilfe braucht. Auf unserem Rücken wird ein verpatzter Grundstücksdeal ausgetragen, für den die Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen worden sind." Das Land Berlin hatte 200 Quadratmeter Land an einen Hamburger Investor verkauft, das ihm nicht gehörte. Der bekam als Schadensersatz 7,9 Millionen Euro - und zwei Grundstücke, die an den Tränenpalast grenzen. Investor Harm Müller-Spreer bemühte sich daraufhin auch um das Tränenpalast-Areal. Die Tränenpalast Veranstaltungs-GmbH hatte zwar ein Vorkaufsrecht an der Friedrichstraße, konnte aber die geforderten 915 000 Euro nicht aufbringen. Auch Pläne einer Beteiligung des Bundes, die denkmalgeschützte Ex-Grenzabfertigungshalle der DDR als Erinnerungsstätte für das Mauergedenken zu erhalten, scheiterten.

Der vorläufige Insolvenzverwalter Rüdiger Wienberg erklärte, daß wegen des ungeklärten Streits um die Immobilie Geldgeber für die Kulturstätte abgesprungen seien. Die Veranstaltungen würden aber zumindest bis August wie geplant weiter laufen. Die Ausstellung "Elvis in Deutschland" am 9. Juni werde wie geplant eröffnet. Außerdem liefen Verhandlungen mit Investoren für eine Auffanglösung.

"Obwohl angeblich alle Politiker auf unserer Seite standen, wurden uns wo es nur ging Steine in den Weg gelegt. Trotzdem haben wir in den vergangenen Jahren über 9000 Veranstaltungen durchgeführt", zeigt Marcus Herold den Durchhaltewillen auf. Enttäuscht ist er vom Regierenden Bürgermeister: "Trotz viermaliger Anfrage ist ein Gespräch nie zustande gekommen." Arne Schneider, persönlicher Referent von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) sieht keine Grundlage für die massiven Vorwürfe gegen die Senatsfinanzverwaltung. Auch stehe die Insolvenz in keinem Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf.

<http://www.welt.de/data/2005/05/27/723877.html>

10.05.2005 Die Welt

Puppe, Andrea

Tränenpalast: Bund zieht sich definitiv zurück

Betreiber wirft das Handtuch und will langfristigen Mietvertrag erreichen - nun wird mit dem zweiten Interessenten verhandelt

In der aktuellen Viertelstunde des Kulturausschusses ging es gestern noch einmal um das Schicksal des Tränenpalastes. "Im Zusammenhang mit dem Gedenkstättenkonzept der Kulturverwaltung hat mich noch einmal der aktuelle Stand im Zusammenhang mit einer Beteiligung des Bundes interessiert", begründete Sybille Meister, kulturpolitische Sprecherin der FDP, ihre Fragen an die Verwaltung. Der Bund hatte noch einmal Möglichkeiten geprüft, die denkmalgeschützte Ex-Grenzabfertigungshalle der DDR "auf Dauer für das Mauergedenken zu erhalten", wie es in einem Brief des zuständigen Ministerialdirektors Knut Nevermann heißt. Leider ohne Erfolg: "Haushaltsrechtliche Bedenken" und vom Land Berlin bereits "unverständlichlicherweise" getroffene vertragliche Regelungen mit dem Hamburger Investor Harm Müller-Spreer verhindern den direkten Verkauf an den Bund. Der wollte dort eine Berliner Außenstelle des Bonner Hauses der Geschichte einrichten.

"Die letzte Möglichkeit, eine Tränenpalast-Stiftung zu gründen, wurde vom Bund ebenso abgelehnt", sagt Torsten Wöhlert, Sprecher der Kulturverwaltung, die sich vermittelnd in den Prozeß eingeschaltet hatte. Tränenpalast-Betreiber Marcus Herold resigniert: "Ich gebe den Häuserkampf auf", sagt er und will sich nun um einen langfristigen Mietvertrag beim Liegenschaftsfonds bemühen. "Wir haben alles versucht."

Harm Müller-Spreer will künftig die benachbarte Spreespitze bebauen.

<http://www.welt.de/data/2005/05/10/716768.html>

29.04.2005 Berliner Zeitung S. 19

Richter, Christine

Flierl stoppt Grundstücksverkauf an Bernauer Straße

Parlament debattiert über Gedenkstättenkonzept

Kultursenator Thomas Flierl (PDS) hat sich nicht provozieren lassen, sondern am Donnerstag im Abgeordnetenhaus sachlich sein Konzept für die Gedenkstätten in Berlin und die Erinnerung an die Mauer verteidigt. Mehrfach hatten zuvor die CDU-Abgeordneten Uwe Lehmann-Brauns und Karl-Georg Wellmann versucht, Flierl wegen seiner SED-Vergangenheit die Berechtigung abzusprechen, ein solches Gedenkstättenkonzept vorzulegen und an die Opfer der SED-Diktatur zu erinnern. Die CDU lehnte die Vorschläge Flierls wortreich ab, die anderen Parteien begrüßten dagegen das Konzept, das noch konkretisiert werden müsse.

"Ich verstehe, dass die CDU irritiert ist, dass ausgerechnet der rot-rote Senat als Erster ein solches Gedenkstättenkonzept vorlegt", sagte Flierl. Er warf der CDU vor, es während ihrer Regierungszeit in den Jahren von 1990 bis 2001 versäumt zu haben, sich um dieses Thema zu kümmern. Vielmehr hätten die zuständigen CDU-Senatoren keine weiteren Mauerreste unter Denkmalschutz gestellt oder Grundstücke wie am Checkpoint Charlie verkauft. Flierl will, wie berichtet, die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße zur zentralen Erinnerungsstätte ausbauen. Dies soll bis zum Jahr 2011 geschehen. Das Mauermuseum am Checkpoint Charlie will der Kultursenator durch einen Informationsort ergänzen. Flierl teilte mit, dass er seit der Vorstellung seines Konzepts am 18. April den geplanten Grundstücksverkauf an der Bernauer Straße habe stoppen lassen. Dort war der Bau eines Supermarktes geplant. Dieser hätte aber Flierls Pläne für die erweiterte Gedenkstätte behindert.

Lob für Flierl gab es von den Regierungsfractionen SPD und PDS, die Grünen und die FDP bezeichneten die Vorschläge als "Schritt in die richtige Richtung". Allerdings sei völlig unklar, wie der Ausbau der Gedenkstätte an der Bernauer Straße bis hin zum Nordbahnhof oder die notwendigen Grundstückskäufe finanziert werden sollten, sagte die FDP-Abgeordnete Sibylle Meister. Auch der Bund sei noch nicht einbezogen. "Wir brauchen die Zusage des Bundes, dass er gewillt ist, mitzumachen", sagte die Grünen-Abgeordnete Alice Ströver.

Uneinig ist sich das Parlament über die Zukunft der Mauerkreuze, die die Leiterin des Museums Checkpoint Charlie, Alexandra Hildebrandt, initiiert hatte. Der CDU-Abgeordnete Lehmann-Brauns sprach sich für den Erhalt der Kreuze aus und forderte den Senat auf, das Grundstück, auf dem sie errichtet wurden, zu kaufen. Die anderen Parteien lehnten diesen Vorschlag ab. Allerdings zollten vor allem die Grünen Hildebrandt Respekt. Dass nun ein Gedenkstättenkonzept vorliege, sei nicht der späten Einsicht des Kultursenators zu verdanken, sondern Hildebrandt, sagte die Grünen-Abgeordnete Ströver.

Umgang mit den Gedenkstätten

Die Mauerkreuze und der Nachbau eines Mauerstücks (Friedrichstraße) haben eine Debatte über den Umgang mit Mauerresten und Erinnerung an das Unterdrückungssystem der DDR und Maueropfer ausgelöst.

Alle Parteien lehnten die Installation am Checkpoint Charlie zunächst ab. Bei der Bevölkerung stießen die Mauerkreuze aber auf große Resonanz. Die CDU änderte ihre Meinung und will die Kreuze nun erhalten.

Das Landgericht forderte die Initiatorin Alexandra Hildebrandt auf, die Mauerkreuze von dem Grundstück zu räumen, da der Pachtvertrag ausgelaufen ist. Noch ist dies nicht geschehen, Hildebrandt legte Revision ein.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0429/lokales/0075/index.html>

20.04.2005 Berliner Zeitung S. 20

Rogalla, Thomas

Nachdenken über das richtige Gedenken

CDU kritisiert Mauer-Konzept des PDS-Senators Flierl

Das von Kultursenator Thomas Flierl (PDS) vorgelegte Gedenkkonzept Berliner Mauer hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Die grundsätzlichen Kampfpositionen in der Stadt haben sich durch das Konzept, das von einer Arbeitsgruppe aus Historikern, Denkmalschützern und Opfernverbänden vorbereitet wurde, nicht verändert.

Die CDU favorisiert weiterhin die Kreuzinstallation auf zwei Grundstücken am Checkpoint Charlie, die von Museumsleiterin Alexandra Hildebrandt ausweislich eines Landgerichtsurteils illegal besetzt gehalten werden. Flierl, die Koalitionsparteien SPD/PDS und Grüne wollen dagegen die Gedenkstätte Bernauer Straße als zentralen Gedenkort stärken. Die Leiterin der Gedenkstätte Bernauer Straße, Maria Nooke, begrüßte den am Montag sichtbar gewordenen, breiten Konsens, diesen Standort durch die Sicherung noch unbebauter ehemaliger Grenzflächen zu erweitern. "Wir freuen uns über diese Aufwertung", sagte Nooke. Endlich sei realisiert worden, dass das Areal nicht "dezentral liegt, sondern mitten in der Stadt". Der Senat müsse jetzt die freien Flächen sehr schnell sichern.

Brigitte Lange, kulturpolitische Sprecherin der SPD im Abgeordnetenhaus, unterstützte die Stärkung der Bernauer Straße, kritisierte aber, dass der von Flierl vorgesehene Realisierungszeitraum bis 2011 "viel zu lang" sei. Lange missfiel auch, dass die Presse das Flierl-Konzept eher hatte als die Abgeordneten der Koalition. Im Grundsatz richtig finden auch die Grünen das Konzept Flierls, das auch den Erhalt der in den letzten Jahren entstandenen dezentralen Gedenkort vorsieht - mit Ausnahme der Kreuze am Checkpoint Charlie, die Flierl als historisch unseriös ablehnt. Grünen-Kultursprecherin Alice Ströver forderte jedoch, aus noch vorhandenen Mauerteilen den Verlauf der Grenze an der Bernauer Straße kenntlich zu machen. Flierl lehnt eine Rekonstruktion jedoch ab.

Für den Erhalt der Kreuze am Checkpoint Charlie setzte sich CDU-Fraktionschef Nicolas Zimmer ein. Der Ort sei ein Symbol für die Verteidigung der Freiheit Berlins durch die alliierten Schutzmächte. Deshalb müsse der ehemalige Grenzübergang ein Ort des Gedenkens sein, der es "den Menschen, die Erinnerung suchen, greifbar macht, welches menschliche Leid Mauer und Stacheldraht für immer hinterlassen haben", sagte Zimmer. Das will Flierl auch, allerdings an der Bernauer Straße. Berlins CDU-Chef Joachim Zeller bezeichnete das Konzept des Senators als unzureichend.

Der kulturpolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Wolfgang Brauer, nannte Flierls Konzept eine tragfähige Grundlage für eine Versachlichung der Debatte um die Mauer. Brauer sagte, der CDU gehe es offenbar weniger um die Realisierung eines breit akzeptierten Gedenkkonzeptes, als um die Bestätigung eines Kalten-Kriegs-Weltbildes, nach dem die Linken einfach nicht tun dürfen, was ihnen die CDU nicht zubillige.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0420/lokales/0038/index.html>

19.04.2005 Die Welt

Sturm, Daniel Friedrich

Neues Konzept für Mauer-Mahnmal

Berlins Kultursenator Flierl stärkt dezentralen Standort an der Bernauer Straße

Berlin - Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) hat sich gegen ein Mauergedenken im unmittelbaren Zentrum der Hauptstadt ausgesprochen. Flierl plädiert in einem "Gedenkkonzept Berliner Mauer", das er gestern abend vorstellen wollte und das der WELT vorliegt, für einen Ausbau der bisherigen Gedenkstätte an der Bernauer Straße. Ferner setzt Flierl darauf, die Mauer in einen Kontext der damaligen weltpolitischen Lage Berlins wie des Alltagslebens in der DDR zu setzen. Als Realisierungszeitpunkt spricht Flierl vom Jahre 2011.

An der Gedenkstätte Bernauer Straße auf dem einstigen Mauerstreifen am S-Bahnhof Nordbahnhof befinden sich bereits ein Mauermahnmal sowie ein Dokumentationszentrum, unweit zudem eine Versöhnungskapelle. Kritiker monieren, daß jenen Ort längst nicht so viele Touristen finden wie das Brandenburger Tor oder den einstigen "Checkpoint Charlie". An jenen prominenten Plätzen der Stadt aber wünscht Flierl kein zentrales Gedenken an die Mauer. Zu einem fraktionsübergreifenden Antrag von 201 Bundestagsabgeordneten für eine Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor positioniert sich der Kultursenator äußerst zurückhaltend. Dieser Wunsch, so heißt es in seinem Konzept, sei "zu respektieren". Für ein Gedenken an diesem Ort schlägt er allein "die weiträumige Passerelle des Bahnhofs Brandenburger Tor" vor, der derzeit gebaut wird.

Flierl argumentiert, um einen größeren zusammenhängenden "Abschnitt der Grenzsicherungsanlage erfahrbar zu machen", biete sich "aus städtebaulichen und gedenkstättenpolitischen Gründen ausschließlich der Bereich der Bernauer Straße an".

Der Senator schlägt vor, das Gelände vom Ausgang des Nordbahnhofs bis zur Gedenkstätte zu erweitern. Jene Grundstücke gehören jedoch nicht dem Land Berlin. Die vorhandene Ausstellung sei zu ergänzen. Es gehe darum, eine Brücke zu schlagen "zu den Lebensverhältnissen in der DDR insgesamt". Ziel sei, etwas über eine Gesellschaft erfahren, "die zu ihrer externen Existenzberechtigung einer geschlossenen Grenze bedurfte". Insgesamt gelte: "Was Berlin fehlt, ist ein Ort der Dokumentation der Konfrontation der Weltmächte im Zentrum der Stadt."

Dem privaten Mauermahnmal am Mauermuseum am einstigen Checkpoint Charlie gibt Flierl keine Perspektive. Es sei "fachlich unbefriedigend". Flierl wehrt sich in seinem Papier gegen den "von seiten der Berliner CDU vermittelten Eindruck, der SPD/PDS-Senat entziehe sich der historischen Verantwortung und der Auseinandersetzung mit dem Erbe der deutschen Teilung". Dieser Eindruck sei "falsch".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel lobte das Konzept in seinen Grundzügen. "Es ist beachtlich, daß sich das Land Berlin dem Thema endlich konzeptionell widmet", sagte Meckel der WELT. Die Bernauer Straße als "alternativlosen" Ort des Gedenkens darzustellen sei jedoch fragwürdig. "Außerdem ist es erwägenswert, Teile der Mauer zu rekonstruieren", sagte Meckel. Flierl lehnt dies grundsätzlich ab.

<http://www.welt.de/data/2005/04/19/706596.html>

19.04.2005 Berliner Zeitung S. 17

Oschlies, Renate

Alle wollen die Mauerreste retten

Lob und Kritik für Flierls Gedenkkonzept

Für sein Konzept zum Gedenken an die Berliner Mauer hat Kultursenator Thomas Flierl (PDS) am Montagabend von Historikern, Vertretern der Opfer des SED-Regimes und aus der Politik viel Zustimmung erhalten. Eine ordentliche Bestandsaufnahme biete das Papier, es sei richtig das Areal rund um die Bernauer Straße zu erhalten und die Mauergedenkstätte dort zum zentralen Erinnerungsort an die Teilung der Stadt zu machen. 15 Jahre nach dem Mauerfall geschehe endlich etwas, hieß es lobend.

Doch der Senator, der sein Konzept (über das die Berliner Zeitung in der Wochenendausgabe berichtete) im ehemaligen Preußischen Landtag erstmals öffentlich vorstellte, musste auch Kritik einstecken. "Politisch zu leichtgewichtig", befanden die Historiker während der Podiumsdiskussion unisono. In den Überlegungen kämen die politischen

Akteure, die "den Menschen ihre Freiheit mit Beton und Schusswaffen vorenthielten", kaum vor, kritisierte der Zeitgeschichtler Klaus-Dieter Henke von der Universität Dresden. Kurzum, es fehle der Blick auf Täter und die geschichtliche Einordnung, bemängelte der Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU, Manfred Wilke. "Die Worte 'Flucht aus der DDR' kommen im Papier nicht vor, das aber verbinden die Menschen mit der Mauer", sagte er.

Dabei hatte Flierl den nun vorgetragenen Text gegenüber der Fassung von vor einer Woche schon revidiert. Da war von der Mauer noch als einer "politischen Architektur" die Rede, "die Angst bannte und verbreitete". Wessen Angst bannte sie, fragte der Journalist auf dem Podium, Thomas Rogalla von der Berliner Zeitung, den Kultursenator. Ulbrichts Angst vor Abwahl oder die Angst Honeckers, dass die letzten Bürger auch noch fliehen?

Positiv bewerteten die Diskutanten dagegen den Plan, private Initiativen wie das Mauer-Museum am Checkpoint Charlie oder die East Side Gallery aufzuwerten. Einig war man sich darüber, dass schnell gehandelt werden müsse, wolle man das schon verkaufte, aber noch brachliegende Gelände rund um die Mauerreste an der Bernauer Straße möglichst authentisch erhalten und die Bebauung mit Eigentumswohnungen sowie einem Lidl-Markt verhindern. Der SPD-Politiker Markus Meckel war zuversichtlich, im Bundestag Rückhalt für die Umsetzung der Pläne zu finden, Flierl will Bund und Land dafür gewinnen. Die Hoffnung stirbt eben zuletzt.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0419/lokales/0046/index.html>

16.04.2005 Berliner Zeitung S. 21

Rogalla, Thomas

Die Mauerstadt erinnert sich ihrer Mauer

Der Kultursenator will den DDR-Todesstreifen an der Bernauer Straße erhalten

Jahrzehntelang spaltete die Mauer Berlin, trennte Familien, machte West-Berlin zur Insel. Nach 1989 konnte der Abriss des weltweit bekanntesten realsozialistischen Bauwerks den Berlinern gar nicht schnell genug gehen - nur wenige Relikte von Mauer und Todesstreifen sind noch erhalten.

Jetzt zeichnet sich ein Umschwung im Denken der ehemaligen Mauerstadt ab. Kultursenator Thomas Flierl (PDS) erwägt in seinem noch unveröffentlichten "Gedenkkonzept Berliner Mauer", Teile der letzten großen Grenzbrache in der Innenstadt längs der Bernauer Straße vor einer bereits geplanten Bebauung zu bewahren. "Diese Überlegung spielt in unserem Konzept eine zentrale Rolle", sagte Flierls zuständiger Referent Rainer Klemke der Berliner Zeitung. Das Papier, das seit Sommer 2004 im Auftrag Flierls von einer Arbeitsgruppe aus Verwaltungen, Historikern und Denkmalschützern erarbeitet wurde, will der Senator am Montag der Öffentlichkeit präsentieren.

In dem mehrere hundert Meter langen Mauerstreifen zwischen Nordbahnhof und Mauerpark liegt die Gedenkstätte Bernauer Straße, deren erhaltenes Original-Mauerstück nur sehr kurz ist. Rechts und links davon ist der ehemalige Todesstreifen jedoch noch weitgehend unbebaut erhalten. Es handelt sich zwar um Bauland, allerdings wurden geplante Projekte wegen der Flaute auf dem Wohnungsmarkt bislang nicht realisiert.

Der freie Todesstreifen, für dessen Schaffung das DDR-Regime ganze Häuserzeilen längs der Straße abriß und auf dem man 1985 sogar die Versöhnungskirche sprengte, zieht sich auch 15 Jahre nach dem Mauerfall als deutlich erkennbare Schneise durch die Stadt. Zusammen mit dem alten Bahngelände des Nordbahnhofs, auf dem in einem Park noch ein rund 400 Meter langes Originalstück der Hinterlandmauer erhalten ist, ergibt sich mitten in der Stadt ein großes Areal, auf dem die trennende Wirkung der Mauer noch erkennbar ist.

Als einen Grund für das neue Nachdenken über dieses Areal konstatierte das Potsdamer "Zentrum für Zeithistorische Forschung" in einer Zuarbeit für Flierls Konzept: "Anderthalb Jahrzehnte danach (.) schlägt die erfüllte Entsorgungsforderung um in den Wunsch nach einem authentischen Erinnerungsort, der den verfliegenen Schrecken der Mauer fassbar macht."

Auch der große Erfolg der umstrittenen, weil verfälschten Mauerrekonstruktion am Checkpoint Charlie bei Einheimischen und Touristen lieferte der Verwaltung einen Anstoß, über die Aufwertung der authentischen Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße nachzudenken. Die Vorsitzende des Gedenkstätten-Vereins Bernauer Straße, Gabriele Camphausen, begrüßte die Überlegungen: "Zu einer eindrucksvollen Dokumentation der Teilung Berlins gehört die räumliche Erfahrung", sagte sie.

Für eine Realisierung der Pläne wären allerdings hohe rechtliche und finanzielle Hürden zu überwinden. Zum einen wären die Interessen der unterschiedlichen Besitzer der Flächen unter einen Hut zu bringen, zum anderen müssten sich die Eigentümer bei Bund, Land und Privaten mit einem Tausch von Grundstücken oder einem Verzicht auf eine Bebauung einverstanden erklären. Oder Berlin müsste Flächen kaufen, um sie brachliegen zu lassen. Der stellvertretende Leiter des Planungsamtes von Mitte, Steffen Klette, hält es deshalb für illusorisch, den gesamten Grenzstreifen zu erhalten. "Das würde wahnsinnig viel Geld kosten", sagte Klette. Er hält es aber für denkbar und wünschenswert, wenigstens die Grundstücke zwischen der Gedenkstätte und der Versöhnungs-Kapelle frei zu halten, ebenso das nach Norden angrenzende Friedhofsareal der Sophiengemeinde. Das ergäbe einen "Schutzraum" links und rechts der Gedenkstätte. Bedroht ist dieses Gesamt-Ensemble unter anderem akut von zwei Bauvorhaben. Eines, ein Haus mit Eigentumswohnungen, soll direkt neben der Gedenkstätte entstehen. Den Ausverkauf des letzten großen Mauerareals in der Innenstadt Berlins, so ärgert sich ein Historiker, stelle aber die Planung der Firma Lidl dar. Die Kette will in Sichtweite der Gedenkstätte auf dem ehemaligen Todesstreifen einen Supermarkt bauen.

Neues Konzept // Am Montag stellt Kultursenator Thomas Flierl (PDS) seine Vorstellungen für das Gedenken an die Mauer öffentlich vor. Zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für die in der Stadt verstreuten verschiedenen Gedenk-orte war Flierl unter anderem von CDU und Grünen im Abgeordnetenhaus aufgefordert worden.

Die Debatte um die Installation aus über 1 000 Holzkreuzen und Mauerteilen am früheren Grenzübergang Checkpoint Charlie hat die Arbeitsgruppe des Senators außerdem zur Eile angehalten. Genüsslich hatte die Chefin des Mauermuseums, Alexandra Hildebrandt, dem Senator gedenk-politische Untätigkeit vorgeworfen.

In der Bernauer Straße ein historisch glaubwürdiges Gegengewicht zu der Inszenierung am Checkpoint Charlie zu schaffen, lag deshalb nahe. Allerdings stellen sich eine Reihe schwer wiegender Probleme: planerische, rechtliche und finanzielle.

Die Grundstücke auf dem ehemaligen Mauerstreifen werden nach dem Mauergesetz von 1996 durch das Bundesfinanzministerium verwaltet, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima). Die Grundstücke werden nach marktüblichen Preisen verkauft, ausgenommen solche, bei denen ein Alteigentümer Interesse anmeldet. Dann erhält er entsprechend einer Sonderregel das Grundstück zu einem Viertel des Verkehrswertes angeboten.

Die Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke landen im Mauergrundstücksfonds, aus dem die neuen Bundesländer anteilig Geld erhalten. Berlin bekam aus diesem Fonds bislang rund 6,5 Millionen Euro, die in das Dokumentationszentrum Berliner Mauer flossen.

Etliche Flächen gehören nun wieder Privateigentümern, die für ihre Projekte teilweise bereits über gültige Baugenehmigungen verfügen.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0416/lokales/0016/index.html>

09.04.2005 Berliner Zeitung S. 23

Paul, Ulrich

Die Mauerkreuze sollen weg

Nach Urteil des Landgerichts müssen die Grundstücke am Checkpoint Charlie geräumt werden

Das umstrittene Mauermahnmal am früheren Grenzübergang Checkpoint Charlie muss geräumt werden. Das hat gestern das Landgericht entschieden und damit einer Klage des Grundstückseigentümers, der Bank-Aktiengesellschaft Hamm (BAG), stattgegeben.

Die Arbeitsgemeinschaft 13. August mit der Chefin des privaten Mauermuseums, Alexandra Hildebrandt, ist nun aufgefordert, die von ihr aufgestellten 1 065 Kreuze und die Nachbildungen der Berliner Mauer abzubauen. Eine Justizsprecherin begründete die Entscheidung damit, dass der Mietvertrag für das Grundstück nur vom 1. Januar 2004 bis Ende Dezember 2004 gelaufen sei. Er sei rechtzeitig mit einer Frist von drei Monaten gekündigt worden. Die Argumentation der Arbeitsgemeinschaft 13. August, sie sei erst später als vereinbart auf das Grundstück gekommen und habe deswegen einen Anspruch, dort länger zu bleiben, sei "nicht stichhaltig". Alexandra Hildebrandt sagte in einer ersten Reaktion, sie werde "auf jeden Fall" in die Berufung gehen. Die weiteren Schritte werde sie mit ihren Rechtsanwälten besprechen. Ihr Ziel sei es, dass der Checkpoint Charlie "eine würdige Gestaltung erhält". Sie wolle die betreffenden Grundstücke mit Hilfe von Sponsoren erwerben, um dort der Mauertoten zu gedenken.

Die Bank-Aktiengesellschaft in Hamm zeigte sich gestern äußerst wortkarg. "Wir möchten uns nicht äußern", erklärte eine Sprecherin. Damit bleibt unklar, ob die Bank die Grundstücke zwangsweise räumen lässt. Nach dem gestrigen Richterspruch ist das Urteil sofort vollstreckbar, wenn die Bank als Sicherheit 320 000 Euro hinterlegt. Für den Fall, dass sich die Arbeitsgemeinschaft 13. August letztinstanzlich durchsetzen sollte, wäre dies der Betrag, um das Mahnmal wiederherzustellen. Alexandra Hildebrandt sagte, sie rechne nicht damit, dass die Kreuze geräumt werden. Dies würde für die Opfer "einen zweiten Tod" bedeuten.

Das private Mauermahnmal ist seit Monaten umstritten. Kritiker bemängeln die Art des Gedenkens und sprechen von einer Art Disneyland. Bei Touristen ist die Erinnerungsstätte jedoch sehr beliebt. Mit mehreren tausend Unterschriften haben sich die Berlin-Besucher für den Erhalt der Gedenkstätte ausgesprochen.

CDU-Fraktionschef Nicolas Zimmer forderte den Senat gestern auf, die Mauerkreuze zu erhalten. Zusammen mit der Bundesregierung müsse der Senat dafür sorgen, dass das Areal zentraler Gedenkort für die Opfer der DDR-Diktatur werde. Die Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Manuela Damianakis, sagte, im Rahmen des künftigen Gedenkstättenkonzeptes werde es sicher eine Neugestaltung am Checkpoint Charlie geben. Kultursenator Thomas Flierl (PDS) arbeitet zurzeit an diesem Gedenkstättenkonzept.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0409/lokales/0068/index.html>

09.04.2005 Die Welt

DW

Mauerkreuze müssen geräumt werden

Berliner Landgericht gibt Klage von Zwangsverwaltern statt - Urteil sofort vollstreckbar
 Berlin - Das umstrittene Mauermahnmal am Checkpoint Charlie in Berlin muß geräumt werden. Das Berliner Landgericht entschied am Freitag, daß die Arbeitsgemeinschaft 13. August die Installation aus 1065 Holzkreuzen von dem Areal am ehemaligen Mauerstreifen in Berlin-Mitte entfernen müsse. Das Gericht legte zugleich fest, daß das Urteil ungeachtet einer möglichen Berufung der Beklagten nach der Zustellung sofort vollstreckbar sei. Dies könnte in zwei bis drei Wochen der Fall sein. Vor der Vollstreckung muß der Kläger eine Sicherheitsleistung in Höhe von 320 000 Euro hinterlegen.

Die BAG Bank-Aktiengesellschaft Hamm hatte als Zwangsverwalterin des Grundstücks geklagt, weil das Areal nach Ablauf des Pachtvertrages zum Jahresende 2004 nicht geräumt worden war. Eine gütliche Einigung war Mitte März gescheitert. Die von Alexandra Hildebrandt, der Chefin der Arbeitsgemeinschaft, initiierte Installation hatte eine Kontroverse um das Gedenken an die Mauertoten ausgelöst. Auf dem Areal an der Zimmerstraße stehen

neben den Holzkreuzen weißgetünchte Mauerteile zur Erinnerung an die deutsch-deutsche Teilung.

Alexandra Hildebrandt sagte nach Verkündung des Richterspruchs: "Das ist keine Niederlage." Hildebrandt nannte das Urteil "gar nicht so schlecht. Wir legen die Verantwortung für diesen historischen Ort nicht nieder." Es seien mehr als 6000 Unterschriften für den Erhalt des Mahnmals gesammelt worden. "Wir wollen das Gelände kaufen", sagte Hildebrandt. Der ihr genannte Kaufpreis liege bei weit über vier Millionen Euro. Es handele sich um einen "langen Prozeß", der noch nicht beendet sei. Über eine mögliche Berufung wolle sie nun mit ihren Anwälten beraten. "Wir glauben nicht, daß geräumt wird", sagte Hildebrandt, denn das würde "für die Opfer einen zweiten Tod" bedeuten.

Auch der Berliner CDU-Fraktionschef Nicolas Zimmer erklärte, die Gerichtsentscheidung bedeute nicht das Aus für die Mauergedenkstätte. Der Senat sei nun in der Pflicht, Kaufverhandlungen mit der BAG aufzunehmen. Der dauerhafte Erhalt der Mauerkreuze müsse Priorität haben. Zusammen mit dem Bund müsse die rot-rote Berliner Senatskoalition dafür sorgen, daß das betroffene Areal an der Zimmerstraße und das benachbarte Mauermuseum zentraler Gedenkort werden.

Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) begrüßte die Entscheidung des Gerichts und sagte, das Urteil bestätige die Position des Senats, daß es sich um ein temporäres Kunstwerk handele. Es sei das "falsche Denkmal am falschen Ort", betonte der Kultursenator. Gleichwohl habe die Initiative von Frau Hildebrandt Defizite beim Mauergedenken offenbart. Flierl will nach Angaben eines Sprechers am 18. April ein Konzept zum Mauergedenken vorstellen.

Die Berliner Grünen begrüßten das Urteil. Damit sei der Willkür von Hildebrandt und der Arbeitsgemeinschaft ein Ende gesetzt, "die gemeint haben, allein über Art und Weise des Gedenkens an die deutsche Teilung an dieser Stelle bestimmen zu können", erklärte die kulturpolitische Sprecherin Alice Ströver. Allerdings müsse der Senat nun endlich ein angemessenes Gedenken an die Maueropfer an diesem Ort ermöglichen.

<http://www.welt.de/data/2005/04/09/670784.html>

09.04.2005 Berliner Zeitung S. 4

Richter, Christine

Die Mauerkreuze müssen zu Recht weg

Die Mauerkreuze am Checkpoint Charlie müssen weg. Das Berliner Landgericht gab am Freitag einer Klage des Grundstücksbesitzers statt, die Initiatorin der umstrittenen privaten Gedenkstätte, Alexandra Hildebrandt, konnte sich nicht durchsetzen. Und dies völlig zu Recht.

Die Sache ist nämlich eindeutig: Hildebrandt hatte das Grundstück bis Ende 2004 für die Aktion mit 1 065 Mauerkreuzen gepachtet. Der Vertrag war von den Eigentümern aber nicht verlängert worden. Und auch wenn Alexandra Hildebrandt es nicht wahrhaben will: Verträge müssen eingehalten werden. Dies gilt für die Fläche am Checkpoint Charlie ebenso wie für das Bundesfinanzministerium, wo sich Hildebrandt kürzlich weigerte, ein großes Foto-Plakat zu Erinnerung an den Aufstand am 17. Juni 1953 wieder zu entfernen. Auch dort verlor sie die Auseinandersetzung.

Doch so eindeutig die rechtlichen Fragen sind, so schwierig ist es offenbar, der Opfern des DDR-Regimes angemessen zu gedenken. Die Aktion an dem historischen Ort, für die sogar ein Stück Mauer nachgebildet worden war, fand ja auch deshalb Zuspruch, weil die anderen Gedenkstätten ihren Zweck nur unzureichend erfüllen. So wurde die Gedenkstätte an der Bernauer Straße künstlerisch verfremdet, das Grauen vermittelt sie nicht. Kreuze stehen für Tote, sie drücken das Leiden deutlicher aus.

Aus dem Streit mit Alexandra Hildebrandt können die politisch Verantwortlichen etwas lernen: Berlin braucht dringend ein Konzept für seine Gedenkstätten. Vielleicht gehören dazu auch Kreuze - dann aber an geeigneter Stelle.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0409/politik/0112/index.html>

19.03.2005 Berliner Zeitung S. 22

Rogalla, Thomas

"Wir räumen den Checkpoint nicht"

Gütliche Einigung im Prozess um Mauermahnmal geplatzt

Im Prozess um das umstrittene Mauermahnmal am Checkpoint Charlie ist eine gütliche Einigung gescheitert. Das Landgericht traf am Freitag noch keine Entscheidung darüber, ob die Installation von 1 065 Holzkreuzen und einem weiß getünchten Teilstück der Berliner Mauer geräumt werden muss. Die Richterin machte aber deutlich, dass der Klage der Zwangsverwalterin der Grundstücke stattgegeben wird. Mit einem Urteil wird in vier Wochen gerechnet.

Zunächst hatte die Richterin bei einem Gütetermin versucht, zwischen der Chefin der Arbeitsgemeinschaft 13. August, Alexandra Hildebrandt, und der Zwangsverwalterin des Grundstücks zu vermitteln. Die Zwangsverwaltung besteht, seit die früheren Grundstückseigentümer 2003 ein Insolvenzverfahren eröffneten. Hinter der Zwangsverwaltung steht die Bankaktiengesellschaft Hamm, die Kredite an die insolvent gewordenen Eigentümer vergeben hatte. Dafür hatte sie sich so genannte Grundpfandrechte an den beiden Grundstücken an der Ecke Friedrich-, Zimmerstraße gesichert.

Die Zwangsverwalterin verlangte gestern erneut, dass die AG 13. August das Grundstück räumt, da der Pachtvertrag bis zum 31.12.2004 befristet gewesen sei. Hildebrandt weigerte sich jedoch bislang, ihren Gedenkpark abzubauen. Ihr Anwalt Christoph Lehmann rechtfertigte das gestern mit dem Argument, die Zwangsverwaltung habe das Grundstück erst mit mehrmonatigem Verzug und nicht vollständig zur Verfügung gestellt. So stehe auf der von Hildebrandt gepachteten Fläche immer noch ein Pavillon mit dem "Größten Buch der Welt". Als eine Art Schadenersatz beanspruche Hildebrandt daher, die anfangs nicht erfüllte Pachtzeit bis Ende Oktober 2005 nachzuholen.

Das bezeichnete die Richterin als "juristischen Klimmzug". Vielmehr sei der Pachtvertrag von der Zwangsverwalterin fristgerecht gekündigt worden. "Sie haben keinen Anspruch, bis zum Sankt Nimmerleinstag auf dem Grundstück zu bleiben, Frau Hildebrandt", sagte sie. Wenn Hildebrandt Einwände gegen den Pachtvertrag gehabt habe, dann hätte sie früher dagegen klagen müssen. Auch der Anwalt der AG 13. August geht davon aus, dass das Gericht ein Räumungsurteil verkünden wird. Dagegen ist eine Berufung beim Kammergericht möglich. Allerdings muss die Zwangsverwalterin mit einer Räumung nicht unbedingt bis zu einem Urteil der höheren Instanz warten.

Den Vorschlag der Richterin, Hildebrandt noch einige Monate das Grundstück zu überlassen, lehnte die Zwangsverwalterin ab, da man sich nach den bisherigen Erfahrungen mit Hildebrandt nicht sicher sein könne, ob sie sich dann an den Vertrag halten werde. Hildebrandt kündigte an: "Wir räumen das Grundstück nicht."

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0319/lokales/0067/index.html>

14.02.2005 Das Parlament

wol/bes

Das Brandenburger Tor im Fokus

Initiativen zur Berliner Mitte

Inneres. Die historische Mitte Berlins mit dem Brandenburger Tor und Mauergedenkstätten soll aufgewertet und vor politischem Missbrauch geschützt werden. Drei parlamentarische Initiativen beschäftigen sich mit diesem Thema.

Am Brandenburger Tor soll nach dem Willen von 202 Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein Ort zur Information über die Berliner Mauer entstehen. Dies geht aus einem Antrag von Parlamentariern aller Fraktionen hervor (15/4795). Ohne einen zentralen Ort des

Gedenkens an die Mauer "drohe die Erinnerung an die Teilung Berlins, Deutschlands und der Welt zu schwinden", befürchten die Antragsteller. Neben dem privaten Mauermuseum am ehemaligen Checkpoint Charlie und der Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße stehe das Gelände um das Brandenburger Tor "mehr als alle anderen Orte" für die "historische Teilung Berlins, Deutschlands, Europas und der Welt und für deren friedliche Überwindung".

Am Brandenburger Tor verdichte sich die Geschichte einer ganzen Generation in der Erinnerung an die Teilung und den ungebrochenen Willen der Menschen, sie zu überwinden. Unter Einbeziehung der vorhandenen Orte der Erinnerung und des Gedenkens soll der Bundestag gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Land Berlin ein Gesamtkonzept und einen Verfahrensvorschlag zur Dokumentation und Erinnerung an die Berliner Mauer erarbeiten. Im Rahmen der Konzeption sei auch das Dokumentationszentrum an der Bernauer Straße aufzuwerten, heißt es in dem Antrag.

Einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes (15/4731) hat die CDU/CSU vorgelegt. Mit ihrer Initiative wollen die Unionsabgeordneten verhindern, dass sich "beschämende Bilder" von demonstrierenden Neonazis mit schwarz-weiß-roten Fahnen unter dem Brandenburger Tor wiederholen. Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges müssten derartige Aufmärsche am Brandenburger Tor und in der Nähe des Holocaust-Denkmals zuverlässig unterbunden werden können, heißt es. So sollten das Brandenburger Tor und das Holocaust-Mahnmal in den befriedeten Bezirk für den Deutschen Bundestag einbezogen werden. Außerdem solle der bisherige Grundsatz umgekehrt werden, wonach Demonstrationen innerhalb der Bannmeile grundsätzlich zugelassen sind. Vielmehr müssten künftig nur noch "Ausnahmen vom Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen innerhalb der befriedeten Bezirke" zugelassen werden können.

Darüber hinaus plädiert die CDU/CSU in einem weiteren Antrag (15/4719) für eine Aufwertung des Mauer-Mahnmals im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin. In dem Gebäude, das die Bundestagsbibliothek und einen Teil der Parlamentsbüros beherbergt, befinden sich originale Mauerteile, die den ursprünglichen Verlauf der Berliner Mauer markieren. Nach Angaben der Fraktion fehlt allerdings ein Konzept für die Gestaltung und den ursprünglich geplanten öffentlichen Zugang zum Gedenkraum im Lüders-Haus. Angesichts der nahen Fertigstellung der nördlichen Spreeufer-Promenade entlang des Gebäudes sei ein Konzept zu erarbeiten, um den Gedenkort öffentlich zugänglich zu machen. Die Opfer der Teilung an der innerdeutschen Grenze sollen - so die Parlamentarier - in einem wissenschaftlich fundierten Totenbuch geehrt werden. Ein entsprechender Auftrag müsse erteilt und der Gedenkort in das angekündigte neue Konzept Berlins und des Bundes eingebunden werden.

<http://www.das-parlament.de/2005/07/plenumundausschuesse/010.html>

03.02.2005 Berliner Zeitung S. 22

Rogalla, Thomas

Experten diskutieren über Mauergedenken

Besichtigungstour per Bus

Wie weiter mit den Überresten der Mauer in Berlin? Darüber diskutiert seit gestern die im Hause von Kultursenator Thomas Flierl (PDS) angesiedelte Mauer-Arbeitsgruppe mit geladenen Experten. Bei einer Besichtigungstour per Bus wurde den Politikern, Historikern und Denkmalschützern noch einmal schmerzlich klar, wie wenig Mauer-Substanz in der ehemaligen Mauerstadt noch erhalten ist. Neben den bekannten Gedenkort Bernauer Straße und Checkpoint Charlie besichtigten die Experten auch Ben Wargins Mauer-Installation im Parlamentsviertel und den in privater Initiative erhaltenen DDR-Wachturm an der Kieler Straße. Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge für ein Mauer-Gesamtkonzept vorlegen, das die vorhandenen Gedenkort sinnvoll miteinander verknüpft.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0203/lokales/0099/index.html>

03.02.2005 Die Welt

Schoelkopf, Katrin

Mauer-Gedenken: Konzept im April erwartet

Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) will im April ein Gesamtkonzept für das Mauer-Gedenken in Berlin vorlegen und dieses öffentlich in einem Hearing diskutieren. Nach Abstimmung mit Opferverbänden und dem Bund soll das Konzept dann im Frühsommer im Abgeordnetenhaus beraten werden. Gestern hatte der Senator zu einem zweitägigen internen Meinungsaustausch mit Experten geladen.

"Mit Hilfe des Konzept sollen Handlungsempfehlungen für die einzelnen vorhandenen Gedenkorte gegeben, Spuren gesichert, die Gedenkorte miteinander vernetzt und zusätzliche Informationsangebote gemacht werden", sagte Flierl gestern. Das Wichtigste sei, die Erinnerung an Mauer und Teilung der Stadt zu stärken. Vorwürfe, erst die Debatte um das umstrittene Mauermahnmal der Mauermuseumschefin Alexandra Hildebrandt am Checkpoint Charlie, habe Flierl zu einem Gedenkstättenkonzept bewegt, wies Flierl zurück. "Frau Hildebrandt hat das Mauergedenken nicht erfunden." Er werde aber den Dialog mit der Mauermuseumschefin suchen, wenngleich ihn deren Aktivitäten "mit Ekel" erfüllten. Das Thema Mauer sei viel zu ernst, um es, wie Hildebrandt, karnevalistisch auszuschlachten und mit historischen Unwahrheiten zu inszenieren. Die Bundestagsabgeordnete Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) räumte ein, daß die Debatte um die Hildebrandtschen Holzkreuze wie auch der 15. Jahrestag des Mauerfalls die Diskussion über ein Gedenkstättenkonzept angestoßen habe. Dies müsse nun konstruktiv genutzt werden. Eichstädt-Bohlig ist Mitinitiatorin eines Antrags von 201 Bundestagsabgeordneten im Bundestag für eine zusätzliche Mauer-Gedenkstätte am zentralen Ort des Brandenburger Tors. Am 16. Februar plant der Kulturausschuß des Bundestages eine Anhörung zum Mauer-Gedenken.

Nach Angaben des Leiters der Arbeitsgruppe Gedenkstätten beim Kultursenator, Rainer E. Klemke, gibt es in Berlin 100 Mauer-Gedenkorte und 27 originale Mauersegmente.

<http://www.welt.de/data/2005/02/03/458015.html>

31.01.2005 Das Parlament

dpa

Initiative für Gedenkstätte

Parteienübergreifender Antrag

Die parteienübergreifende Initiative für eine Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor in Berlin wird Thema im Bundestag. Der Gruppenantrag von vier Bundestagsabgeordneten sei am vergangenen Freitag bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eingereicht worden, teilte Carl-Ludwig Thiele (FDP) der Deutschen Presseagentur mit. Der Gedenkstättenantrag werde mittlerweile von 201 Bundestagsabgeordneten unterstützt.

Das Gelände um das Brandenburger Tor soll nach dem Antrag ein Ort des Erinnerns an die bis 1989 existierende Berliner Mauer und ihre Opfer werden und an die Überwindung der deutschen Teilung erinnern. Die Debatte über das Mauergedenken hatte im Vorjahr die Chefin des privaten Berliner Mauermuseums am Checkpoint Charlie, Alexandra Hildebrandt, mit einer Mauer-Installation aus einem Teilstück der Mauer und mehr als tausend Holzkreuzen ausgelöst. In den Augen der Bundestagsabgeordneten ist das aber kein adäquater Ersatz für einen Ort des Erinnerns an einem weltweit bekannten Symbol wie dem Brandenburger Tor.

<http://www.das-parlament.de/2005/05-06/kehrseite/004.html>

29.01.2005 Die Welt

dpa

Initiative zu Mauergedenken am Brandenburger Tor

Die parteienübergreifende Initiative für eine Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor wird Thema im Bundestag. Der Gruppenantrag von vier Bundestagsabgeordneten ist gestern bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eingereicht worden, teilte der FDP-Parlamentarier Carl-Ludwig Thiele mit. Der Gedenkstättenantrag werde mittlerweile von 201 Bundestagsabgeordneten unterstützt.

Das Gelände um das Brandenburger Tor soll nach dem Antrag ein Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer und ihre Opfer werden und an die Überwindung der deutschen Teilung erinnern. Zu den Initiatoren gehören neben Thiele auch Stephan Hilsberg (SPD), Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) und Werner Kuhn (CDU).

Laut Bundestagsgeschäftsordnung werden mindestens fünf Prozent der Abgeordnetenstimmen gebraucht, um einen Antrag einzubringen. Den Antrag hat laut Thiele ein Drittel der Parlamentarier unterstützt. Die Initiatoren wollen erreichen, daß der Antrag bald in erster Lesung behandelt wird.

Deutschland und Berlin brauchten dringend ein Gesamtkonzept des Erinnerns an die Mauer, appellierte Thiele. Das Gelände um das Brandenburger Tor stehe wie keine andere Stelle für die Teilung Berlins.

<http://www.welt.de/data/2005/01/29/435512.html>

13.01.2005 Berliner Zeitung S. 29

Bernau, Nikolaus

Kreuze und Stelen

Zwei Denkmale, zwei Frauen: Über Erinnerungspolitik in Berlin

Am einstigen Checkpoint Charlie stehen die Menschen vor schwarzen Kreuzen und einer langen, weiß gestrichenen Wand aus Betonteilen der Berliner Mauer. "Mauer-Mahnmal" wird die umstrittene Installation von ihren Initiatoren um die Chefin des privaten Mauer-Museums, Alexandra Hildebrandt, genannt. Die Besucher lesen auf Plakaten, dass der rot-rote Berliner Senat dies "Mahnmal" abräumen lassen wolle. Mancher ist erregt, viele lassen sich vor den Kreuzen und Betonteilen fotografieren. Die Besucher wollen ihre eigene Geschichte mit der Mauer verbinden. Sie ist nicht eine lokale oder nationale Angelegenheit, sondern das Zeugnis des Kalten Krieges schlechthin.

Das "Mauer-Mahnmal" soll eine Aktion aller Bürger sein. Denn seit den großen Denkmaldebatten des 19. Jahrhunderts herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass wirkungsvolle Monumente von einer Bürgerbewegung getragen werden müssen. Ob Schiller-, Kaiser-, Bismarck- Völkerschlacht- oder Holocaust-Denkmal: Immer begleiten Medien- und Spendenkampagnen, Vereinsgründungen, Feiertage, Parlamentsbeschlüsse oder Sonderbriefmarken die Stiftung.

Unverkennbar hat Alexandra Hildebrandt aber noch ein Vorbild: Lea Rosh und deren Umkreis. Diese fechten seit den achtziger Jahren für ein Denkmal, das an die zwischen 1933 und 1945 ermordeten europäischen Juden erinnern soll. Sie waren etwa daran beteiligt, die heutige "Topographie des Terrors" durch ungenehmigte Ausgrabungen vor West-Berliner Straßenplanern zu retten. Hildebrandt knüpft an diesen Mythos der West-Berliner Gedenkszene am Checkpoint Charlie äußerlich an: Das "Mahnmal" wurde ohne Baugenehmigung errichtet, seit dem 1. Januar 2005 ist auch der Mietvertrag für das Gelände mit einer Bank ausgelaufen. Aber das Pathos der illegalen Ortsbesetzung verpufft: Im Gegensatz zur Gestapo-Zentrale, deren Ort vergessen war, ist die Mauer als Dokument des auch moralischen Scheiterns der DDR weltberühmt.

Rosh wird, bei aller Kritik an ihrer Person, ernst genommen. Hildebrandt dagegen gilt als Querulantin, die zwar Druck machen kann, jedoch nicht in der Lage ist, einen gesellschaftlichen Lernprozess anzuleiten. Diese unterschiedliche Beurteilung der Projekte und Personen hat Gründe.

Der Wichtigste ist der Versuch von Alexandra Hildebrandt und ihrem Umkreis, Unvergleichliches zu vergleichen. Die Kreuzreihen sollen an die Stelen des Holocaust-Denkmal erinnern. In den Ausstellungen des Mauer-Museums werden Widerstandskämpfer gegen die

Nazis mit den Mauer-Fluchthelfern gleich gestellt. So diktatorisch die DDR und so tragisch die Mauer waren: solche Anklänge sind unerträglich.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der beiden Projekte kommt aber auch aus der Selbstinszenierung der Protagonistinnen: Rosh lässt ihren familiären Bezug zum Holocaust immer nur durchscheinen. Hildebrandt hingegen bezieht ihre Legitimation fast nur aus demonstrativer Witwenschaft: 1995 hatte sie den legendären Gründer des Mauer-Museums, Rainer Hildebrandt, geheiratet. Nach dessen Tod 2004 wurde sie seine Nachfolgerin. Rosh zeigt sich als Intellektuelle mit Cape und wehendem Haar. Vor ihrer Läuterung und Umkehr fordernden Predigt sollen Politiker und Medien niederknien oder erschrecken. Hildebrandt ist keineswegs weniger durchsetzungsfähig. Doch inszeniert sie sich als ästhetische Antipodin der anstrengenden Rosh, zeigt sich dicht eingepackt als um Hilfe bittende Mutter der Entrechteten. Sie appelliert so geschickt an das schlechte Gewissen der Politiker in Bund und Berlin, denen nicht einmal eine angemessene Gedenkfeier zum 17. Juni 1953 gelang.

Beide Frauen überschreiten gerne polemisch Grenzen, indem etwa Kritiker in extreme politische Lager gestellt werden; bei Rosh ist es die rechte, bei Hildebrandt die linke Ecke. Beide Frauen verteidigen so ihren Anspruch auf moralische Lufthoheit, versuchen, sich als einzig legitime Opfervertreterinnen zu stilisieren, jede andere Geschichtsinterpretation als die ihre falsch erscheinen zu lassen.

Doch die medienerfahrene Fernsehjournalistin Rosh gibt sich als Vertreterin eines öffentlich auftretenden und diskussionsbereiten Interessesekreises; es ist schwierig, ein Foto von ihr allein zwischen den Stelen des Holocaust-Denkmal zu finden. Hildebrandt hingegen zeigt sich nicht nur auf den vielen Fotos zwischen Kreuzen als Einzelkämpferin. Ihr sozialer Hintergrund - die Arbeitsgemeinschaft 13. August, aber auch andere Opferverbände - bleibt seltsam vage, fast geheimnisvoll.

Vor allem aber nimmt man Rosh und ihrem mit Historikern en masse bestückten Umkreis ab, dass sie nicht nur das Gedenken, sondern auch das Verstehen als Ziel haben. Es hat deswegen harte Debatten gegeben, aber inzwischen hat auch Rosh die Notwendigkeit der Aufklärung akzeptiert. Der "Ort der Information" unter dem Stelenfeld soll nun nüchtern Ursachen und Ablaufes des Massenmords erklären. Immer wieder wird inzwischen betont, das es sich beim Holocaust-Denkmal nicht um einen originalen Tat-Ort handele. Und um die Ebenen ja nicht zu vermischen, sollen keine Reliquien aus Konzentrations- oder Vernichtungslagern gezeigt werden.

Das "Mauer-Mahnmal" hingegen versucht, originale Geschichte vorzutäuschen. Den Besuchern wird etwa nirgends erklärt, dass die Betonstücke weder am Checkpoint Charlie noch an dieser Stelle standen, sondern eigens für das Denkmal hierher transportiert wurden. Sie erfahren auch nicht, dass die eigentliche Mauer auf der anderen Seite der Zimmerstraße stand. Die Kreuze tragen nur in den vordersten Reihen Fotos der Opfer, dasjenige mit dem Namen und Abbild des berühmtesten Maueropfers, Peter Fechter, steht gut fotografierbar vorne links.

Ähnlich plakativ ist auch das Mauer-Museum aufgebaut. Seit jeher entzieht es sich jeder wissenschaftlichen Leitung und Gestaltung. Inzwischen ist es daher selbst ein Denkmal des Kalten Krieges geworden. Das Interesse, an die Toten und das Unrecht zu erinnern, überwiegt bei weitem das Interesse, über die Ursachen des Leidens zu informieren. Das Mauer-Mahnmal verdoppelt also nur die Botschaft des Mauer-Museums. Es appelliert nur an das Gefühl, nicht an den Verstand.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0113/feuilleton/0008/index.html>

12.01.2005 Berliner Zeitung S. 20

Rogalla, Thomas

Abgeordnete fordern neuen Mauergedenkort

Bundestagsinitiative für zentrales Mahnmal

Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen sprechen sich in einem gemeinsamen Antrag für einen zentralen Ort der Erinnerung an die deutsche Teilung nahe dem Brandenburger Tor aus. Bislang hätten 188 Bundestagsmitglieder den Entwurf unterzeichnet, erklärten die vier Initiatoren von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen am Dienstag. Die PDS-Gruppe wurde nicht einbezogen. "Wir sind nach 1945 geboren und geprägt von der Mauer", sagte der FDP-Politiker Carl Ludwig Thiele. "Es kann nicht richtig sein, dass dieses zentrale Moment der deutschen Geschichte nicht dargestellt wird", begründete er den Antrag.

Die Initiative sieht vor, dass vorhandene Orte der Erinnerung wie die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße aufgewertet und gemeinsam mit dem privaten Mauermuseum am ehemaligen Checkpoint Charlie in ein Gesamtkonzept einbezogen werden. Das Konzept soll der Bundestag gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Land Berlin erarbeiten. Der Regierende Bürgermeister lehnte ein Mahnmahl am Brandenburger Tor bislang ab. Der Abgeordnete Stefan Hilsberg (SPD) sagte, die Erinnerung an die Teilung und ihre Überwindung sei eine Aufgabe aller demokratischen Politiker in Deutschland. Eichstädt-Bohlig meinte, der Senat werde sich der Diskussion nicht entziehen können.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0112/lokales/0068/index.html>

06.01.2005 Die Welt

Senatorin Junge-Reyer fordert Konzept zu Mauergedenken

Im Streit um das private Mauermahnmal am Checkpoint Charlie dringt Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) auf ein Gesamtkonzept für das Mauergedenken. Die Senatorin gehe davon aus, daß in den nächsten Monaten von Kultursenator Thomas Flierl (PDS) Konkretes vorgelegt wird, sagte Sprecherin Manuela Damianakis gestern.

Die Genehmigung für die Installation von Alexandra Hildebrandt mit 1065 Holzkreuzen und einem weiß getünchten Teilstück der Berliner Mauer war zum Jahresende abgelaufen. Trotzdem steht das von der Chefin des Mauermuseums initiierte Mahnmahl weiter dort. Hildebrandt bekräftigte, ihr "Freiheitsdenkmal" nicht abzureißen. Die Sprecherin von Junge-Reyer sagte, jetzt sei das Bezirksamt Mitte in der Pflicht. Dort war die Installation genehmigt worden. Der Bürgermeister von Mitte, Joachim Zeller (CDU), hatte zuvor gesagt, das Mahnmahl habe viele Menschen angesprochen, deshalb könne er sich vorstellen, daß es stehen bleibt.

Junge-Reyer bekräftigte nach Angaben ihrer Sprecherin dagegen die Ablehnung der Installation. Es könne nicht gebilligt werden, daß ein privater Verein die Deutungshoheit über das Gedenken für die Mauertoten für sich beanspruche. Die Senatorin könne sich vorstellen, daß das Gedenken am Checkpoint in das Gesamtkonzept aufgenommen wird. Damianakis sagte, die Verwaltung stelle sich auf eine längere Auseinandersetzung mit dem Mauermuseum ein.

<http://www.welt.de/data/2005/01/06/384355.html>

05.01.2005 Berliner Zeitung S. 22

Aulich, Uwe

Die K-Frage wird nach dem Urlaub geklärt

Mauer-Kreuze am Checkpoint Charlie sollten schon weg sein, doch Senatorin Junge-Reyer hat frei

Ein Wallfahrtsort sind die 1 065 Mauerkreuze beiderseits der Friedrichstraße nahe dem ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie in diesen Tagen nicht gerade. Die wenigen Blumen, die dort liegen, sind längst verwelkt, die Kränze vertrocknet. Immer wieder bleiben aber ein paar Touristen an der weiß getünchten Mauer und vor den Kreuzen stehen, um sich die Erklärungen auf den Tafeln am Boden durchzulesen. Dann ein kurzer Blick auf die dunkel gestrichenen Kreuze - und weiter gehen sie die Friedrichstraße lang.

Bezirk will keine neue Brache

Obwohl der Pachtvertrag von Alexandra Hildebrandt für die beiden Grundstücke an der Zimmerstraße am 31. Dezember ausgelaufen ist, steht ihr selbst gestaltetes und privates Mauer-Mahnmal immer noch. Die Chefin des Museums am Checkpoint Charlie beruft sich dabei auf Aussagen des Bürgermeisters von Mitte und CDU-Landeschefs Joachim Zeller, dass es dort nach dem Abbau der Installation nicht wieder eine Stadtbrache geben dürfe. Ursprünglich hatte sich Alexandra Hildebrandt gegenüber dem Bezirk verpflichtet, die Kreuze und die Mauer bis zum 1. Januar 2005 wieder abzubauen.

Was jetzt aus den umstrittenen Mauerkreuzen wird, ist unklar. "Ich versuche, so viel Geld zusammenzukriegen, um die Grundstücke zu kaufen", sagt Alexandra Hildebrandt. Wie hoch der Preis sein könnte, weiß sie nicht. Gleichzeitig verhandelt Hildebrandt mit der Bankaktiengesellschaft in Hamm (BAG), die das Grundstück zusammen mit einem Insolvenzverwalter verwaltet, über eine Verlängerung des Pachtvertrages. "Der Bank darf die Geschichte dieses Areals nicht egal sein. Ich hoffe, dass die Kreuze stehen bleiben", sagt Hildebrandt.

Das aber wollen weder der Berliner Senat noch der Bezirk. So waren sich Bürgermeister Zeller und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) schon im Dezember einig, dass die Installation so wie bisher nicht genehmigungsfähig ist. Der Senat sieht deshalb nach dem Ablauf der Frist den Bezirk in der Pflicht, etwas gegen die Kreuze zu unternehmen. "Die Senatorin kommt am Mittwoch aus dem Urlaub zurück, dann wird der Fall noch einmal mit dem Bezirk besprochen", sagte gestern Junge-Reyers Sprecherin Manuela Damianakis. Zeller wiederum will sich die Verantwortung nicht zuschieben lassen. Zumal Kultursenator Thomas Flierl (PDS) befürwortete, dass die Mauerteile so lange stehen bleiben, bis ein Gedenkstättenkonzept für Berlin vorliegt. Zeller geht die Sache pragmatisch an: Weil es derzeit keinen besseren Vorschlag für das Gelände gebe, sollte die Installation erst einmal erhalten bleiben. "Eine neue Müllhalde an dieser Stelle kann sich niemand leisten", sagt er. Jetzt müsse der Grundstückseigentümer entscheiden.

Ob es Verhandlungen über eine Verlängerung des Pachtvertrages mit Frau Hildebrandt gibt oder ob man die Mauerreste selbst abräumt, beantwortet die Bankaktiengesellschaft nur mit den Worten: "Kein Kommentar". Sie verweist dabei auf das Bankgeheimnis. In einer Erklärung vom Dezember teilt sie aber mit, "dass die derzeitige Nutzung des Grundstücks - schon allein aus wirtschaftlichen Gründen - kaum zukunftsweisend sein kann". Eine Veräußerung des Grundstücks werde nur zu marktüblichen Bedingungen erfolgen, teilte die BAG mit.

Getarnt als Kunstaktion, hatte Alexandra Hildebrandt Anfang November die 120 Mauerteile aufstellen lassen. Der Bezirk verzichtete dafür auf ein förmliches Genehmigungsverfahren. Bürgermeister Zeller musste nach der Eröffnung des Mahnmals aber einräumen, dass man von den Holzkreuzen nichts gewusst habe und deshalb etwas "blauäugig" gewesen sei. Kritiker der Mauer-Aktion sprachen sogar von einem "Disneyland" an der Friedrichstraße, weil die Mauerteile nicht am authentischen Ort stehen.

Mit ihrem Mauer-Mahnmal hat Hildebrandt zumindest den Anstoß gegeben, dass in Berlin über ein würdiges Gedenken an die Maueropfer diskutiert wird. Im Senat wird derzeit ein Konzept erarbeitet, wie die verschiedenen Mauer-Denkmäler in der Stadt miteinander verknüpft werden können. Ob dabei Hildebrandts umstrittene Installation eine Rolle spielt, ist offen. Frühestens im Sommer soll das Konzept vorliegen.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0105/lokales/0022/index.html>